Nr. 295. 18. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 18. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Unsere Postabonnenten wollen umgehend das Abonnement erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Kleinbauern und Zölle.

I.

Den konservativen wie den klerikal-agrarischen Agitatoren ist die von antizöllnerischer Seite mehrfach an der Hand der Statistik nachgewiesene Thatsache, daß im Allgemeinen nur die größeren Landwirte von den beabsichtigten Zollerhöhungen Vorteil haben, die Kleinbauern hingegen, soweit sie eine einigermaßen rationelle Viehzucht treiben, direkt geschädigt werden, recht unbequem, umsomehr als sich neuerdings aus den Kreisen der kleinbäuerlichen Viehzüchter heraus, die unter der junkerlichen Vormundschaft noch nicht die Befähigung verloren haben, die Rückwirkung der Futtermittel-Zölle auf ihre Wirtschaft zu verabschlagen, die Proteste mehren gegen die ihnen vom Großgrundbesitz in bekannter Uneigennützigkeit zugedachten Wohlthaten. Die Großgrundbesitzer, zumal die klerikalen, sind in manchen Gegenden auf die Mithilfe eines Teils der Kleinbauernschaft angewiesen; sie bemühen sich deshalb seit einiger Zeit eifrig, kleinbäuerliche Wirtschaften zu entdecken, die ebenfalls Nutzen von den geplanten Zollerhöhungen haben, und sobald eine neue derartige Rarität aufgefunden ist, wird ihre Entdeckung unter kräftigen Tamtamschlägen der Welt verkündet. Meist handelt es sich nicht nur um völlig unkontrollierbare, sondern auch völlig wertlose „Beweise"; denn die ganze Beweisführung beschränkt sich darauf, zu konstatieren, daß da oder dort, in dem und jenem Jahre einige Kleinbauern so und so viele Centner Getreide über gehabt und verkauft haben — die Frage, was sie an Futtermittel, Saatn ꝛc. zugekauft und was sie für diese, sowie für eiserne Werkzeuge, landwirtschaftliche Maschinen, allerlei Haushaltungsbedürfnisse u. s. w. mehr ausgeben müssen, wenn die Zolltarif-Vorlage Gesetz wird, diese Frage wird kaum gestreift. Dennoch kann gern zugegeben werden, daß, selbst wenn solche Mehrbelastung in Betracht gezogen wird, es kleinbäuerliche Wirtschaften giebt, die von den Getreide- und Futtermittelzöllen Nutzen haben. Da sitzt z. B. im Dorf ein Schmied, zugleich halber Stellmacher und Schlosser, der mit seinem erwachsenen Sohn arbeitet. Er hält ein Pferd, das er zumeist für sein sich auch über die Nachbardörfer erstreckendes Geschäft braucht, macht außerdem jährlich zwei Schweine fett, von denen er eines für den Eigenbedarf schlachtet, und baut auf seinen vier, fünf, sechs Hektaren in wechselnder Fruchtfolge Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Futterkräuter ꝛc. Da er Rindvieh nicht hält, wird er sicherlich in manchen Jahren recht ansehnliche Mengen verkaufen können und bei den durch die Zollerhöhungen bewirkten Preissteigerungen je nachdem einen Extraprofit von 30, 40, 50 M., vielleicht manchmal auch noch etwas mehr, einstecken. Derartige Fälle kommen vor; wer sich auf dem Lande umgesehen hat, wird das bestätigen; nur ist das nicht die Regel, sondern eine Ausnahme. Meist handelt es sich um viehlose Wirtschaften oder doch solche, wo die Viehhaltung reine Nebensache ist und neben der Landwirtschaft ein andres Gewerbe betrieben wird: eine Schankwirtschaft, Krämerei, ein Handwerk oder dergleichen. Solche Fälle zu verallgemeinern, das ist gerade so lächerlich, als wenn jemand in den großen Zeitungsdruckereien, lithographischen Anstalten, Maschinenfabriken ꝛc. nach qualifizierten Arbeitern, die über 2500 M. pro Jahr verdienen, herumstöbern und dann verkünden wollte: Seht, die Klagen über niedrige Arbeitslöhne sind absolut unberechtigt; die Arbeiter verdienen ja durchschnittlich über 2500 M.

Indes Herr Dr. Heim aus Ansbach, der in unverständlicher Verkennung seiner Begabung sich statt dem komischen Fach der Ueberbrettlkunst der politischen Bühne gewidmet hat — vielleicht erkennt er noch mal seine ihm durch die Vorsehung zugewiesene natürliche Bestimmung — geht noch einige Schritte über die Grenzen, in welchen ein Rest von Bescheidenheit die Behauptungen der konservativen Wortführer zurückhält, hinaus. Allerdings übernimmt ja Herr Heim für die Wahrheit seiner Behauptungen eine Garantie nur bis zur Höhe von 5 M. Er versicherte im Reichstage, daß in Bayern viele Bauern mit einem Besitz von 5 Hektar alljährlich 70—80 Centner Getreide verkaufen und deshalb bei einer Zollsteigerung von 2 M. pro Doppelcentner 80 M. profitieren würden.

Wir wollen uns nicht dabei aufhalten, daß Herr Heim hier einfach annimmt, der Getreidepreis steige genau um den Zollbetrag, hinterher aber in seiner Reichstagsrede gegen die Ansicht polemisierte, der Zoll komme voll im Getreidepreis zum Ausdruck; dieser Widerspruch ist nicht sein eignes Gedankenprodukt, er gehört zu den beliebtesten Repertoirstückchen klerikal-agrarischer Jongleurkunst. Dagegen vermögen wir nicht darauf zu verzichten, uns die Heimschen Bauern etwas näher anzusehen. Nehmen wir die Statistik über die bayrische Landwirtschaft zur Hand; wir finden dort, daß durchschnittlich bei den ländlichen Betrieben von vier bis fünf Hektar nicht ganz 78 Proz. auf die landwirtschaftliche Fläche, 18 Proz. auf Waldland, 1½ Proz. auf Haus, Hofraum, Wege ꝛc., 1 Proz. auf gärtnerisch bebauten Boden entfallen, demnach ist es hoch gerechnet, wenn wir annehmen, daß der Bauer 4 Hektar mit Getreide bebaut. Nach der Statistik wurden im Durchschnitt der Jahre 1893/99 in Bayern vom Hektar geerntet: 14,3 Doppelcentner Roggen, 14,4 Doppelcentner Weizen, 14,7 Doppelcentner Gerste, 14,1 Doppelcentner Hafer. Setzen wir ein über den Durchschnitt stehendes Ergebnis, nämlich 16 Doppelcentner pro Hektar, so erhalten wir als Ertrag 64 Doppelcentner; davon gehen ab für Aussaat (je nach dem Verhältnis, in welchem Weizen, Roggen, Gerste usw. angebaut wird) sechs bis sieben Doppelcentner und, wenn wir ferner annehmen, daß der betreffende Bauer nur mit Frau und einem erwachsenen Sohn wirtschaftet und noch drei jüngere Kinder zu Hause sind, 12 Doppelcentner Brotgetreide für den eignen Haushalt. Es bleiben also selbst in diesem günstigen Fall nur etwa 45 Doppelcentner zum Verkauf. Womit aber füttert der Bauer, wenn er nur Getreide baut und dieses fast sämtlich verkauft, sein Vieh? Womit düngt er; kauft er Stalldung von seinen Nachbarn oder nimmt er künstlichen Dünger? Und selbst, wenn er gut düngt, wird er nicht jedes Jahr in ähnlicher Weise Getreide bauen können, soll nicht in kurzer Zeit der Boden erschöpft sein. Wovon lebt überhaupt dieser Bauer mit seiner Familie? Wenn er den Dung kaufen, in Ermangelung von eignem Zugvieh sich solches zur Ackerbestellung mieten muß, keine Kühe hält, reicht doch der Erlös aus den 4 bis 4½ Tonnen Getreide nicht zur Wirtschaftsführung aus? Betreibt der Bauer vielleicht noch nebenbei ein Handwerk, arbeitet er den größten Teil des Jahres gegen Lohn auf einem großen Hof oder in einer nahen Stadt, betreibt er in größerem Maße Gemüsebau für einen nahegelegenen Marktort?

Entweder existiert diese Bauernspecies nur in der Heimschen Phantasie, oder es liegen ganz aborme Verhältnisse vor. Eine normale bayrische Kleinbauernwirtschaft haben wir uns darunter jedenfalls nicht vorzustellen, denn in dieser ist die Viehhaltung die Hauptsache. Auf die 44 925 Betriebe von 4—5 Hektar, die 1895 in Bayern gezählt wurden, kamen beispielsweise 7476 Pferde, 192 258 Stück Rindvieh (davon 15 308 Zugochsen), 85 542 Schweine und Ferkel, 19 413 Schafe. Auf jeden sechsten Betrieb dieser Größe kam also ein Pferd, auf jeden dritten ein Zugochse; außerdem entfallen auf jede Wirtschaft 4 Rinder und ½ Schaf. Demnach können wir auf einen guten Betrieb von 5 Hektar — etwas über den Durchschnitt — 1 Zugochsen, 4 Kühe und 2 Schweine rechnen. Als landwirtschaftlich bebauten Boden nehmen wir wieder 4 Hektar an, zum Teil milden Thonboden (Weizenboden), zum andren Teil guten Lehmmergelboden (Gerstenboden), ferner ½ Hektar Wiese. Auf 2 Hektaren soll der Bauer Weizen bauen, auf 75 Ar Futtergerste, auf den übrigen 75 Ar zu gleichen Teilen Futterrüben, Klee und Kartoffeln. In Wirklichkeit ist diese Annahme etwas zu günstig; der Bauer wird einen solchen Fruchtwechselanbau, will er nicht dem Boden zu viele Kräfte entziehen, auf die Dauer nicht fortführen dürfen; auch wäre es rationeller, er schränkte den Weizenanbau ein und baute mehr Futter; aber der gute Mann ist vielleicht etwas von der Heimschen Landwirtschafts-Theoretik angekränkelt, er möchte gern die durch die Zollsteigerung hochgetriebenen Weizenpreise ausnützen und rechnet auch auf das Stroh.

Welchen Ertrag erzielt der Bauer. Nach der Statistik wurden in den Jahren 1893/99 durchschnittlich in Bayern vom Hektar gewonnen: 14,4 Doppelcentner Weizen, 14,7 Doppelcentner Gerste, 102,1 Doppelcentner Kartoffeln, 41,9 Doppelcentner Wiesenheu. Um uns indes nicht dem Vorwurf auszusetzen, zu niedrig gerechnet zu haben, nehmen wir auch hier einen beträchtlich über dem Durchschnitt stehenden Ertrag an: für Weizen 16 Doppelcentner, Gerste 16 Doppelcentner, Kartoffeln 120 Doppelcentner, Wiesenheu 44 Doppelcentner, für Klee 56 Doppelcentner, für Futterrüben 320 Doppelcentner. Der Bauer erntet also:

32	Doppelcentner	Weizen
12	„	Futtergerste
14	„	Klee
22	„	Wiesenheu
80	„	Kartoffeln
80	„	Futterrüben.

Vom Weizen geht ab für Aussaat etwa 3 Doppelcentner, von der Gerste 1 Doppelcentner; ferner werden von dem Weizen für die Haushaltung (6 Personen inklusive Kinder) 12 Doppelcentner abgenommen, bleiben 17 Doppelcentner Weizen zum Verkauf. Nach dem Dreschen ergeben sich — es sind hier die Verhältniszahlen zu Grunde gelegt, die G. Krafft, Professor der Land- und Forstwirtschaft an der k. k. Hochschule in Wien in seinem „Lehrbuch der Landwirtschaft", 5. Aufl., 4. Band, S. 13 ff. angiebt — an Weizen- und Gerstenstroh 155 Doppelcentner, außerdem 14 Doppelcentner Spreu. Seine 12 Doppelcentner Weizen schickt der Bauer zur Mühle und erhält davon zurück außer dem Haushaltsmehl 1⅓ Doppelcentner Kleie und 1 Doppelcentner Futtermehl. Er hat jetzt als Futter für sein Vieh:

155	Doppelcentner	Stroh,
11	„	Futtergerste,
25	„	Kartoffeln (nach Abzug von 5 D.-C. für Saatkartoffeln),
22	„	Wiesenheu,
14	„	Klee,
14	„	Spreu,
80	„	Futterrüben,
1	„	Futtermehl,
1⅓	„	Kleie.

Daß dieses Quantum für die Aufrechterhaltung der Viehhaltung nicht ausreicht, ergiebt sich beim ersten Ueberblick. Stroh ist zwar überreichlich vorhanden, der Bauer scheint auch hinsichtlich der Strohproduktion sich den Abgeordneten Heim zum Muster genommen zu haben. Nehmen wir an, daß der Bauer, um viel Mist zu erhalten, gut unterstreut und dafür ca. 20 Doppelcentner verbraucht und daß ferner für andre Zwecke noch fünf Doppelcentner in der Wirtschaft verloren gehen, so bleiben immer noch ca. 130 Doppelcentner für Futter. Das ist entschieden um über ein Drittel zu viel. Unser Bauer kann den Ueberschuß verkaufen.

Die Not.

Hungernde Kinder.

Die Wucherpresse hat versucht, die Mitteilungen Bebels über den Hunger von Schulkindern in mehreren Gegenden Sachsens anzuzweifeln. Aber wie im Kölner Fall so hat auch in dieser Notstandsschilderung Bebel nur absolut Beweisbares mitgeteilt. Die nationalliberale „Dresd. Zeitung", auf deren Nachrichten Bebels Mitteilung beruhte, erklärt:

„Die Leute, denen unsre Notiz unbequem ist, mögen sich zufrieden geben, auch unsre Thatsachen sind zweifelsfrei und unbedingt richtig. Einmal sind die Berichte durch erprobte und erfahrene Hände gegangen und sind von dritter Seite kontrolliert worden, und sodann hat eine Rückfrage noch folgendes ergeben: Es wurden unabhängig von einander je eine Klasse von drei Schulen mit vorwiegend Arbeiterbevölkerung in der Leipziger, Chemnitzer und Dresdener Gegend untersucht. Das Ergebnis schwankte in den drei Schulen etwas, war in einer Woche noch größer, sank aber nicht unter die angegebene Ziffer. Auch die Befragungen der Kinder über die Art des warmen Mittagsessens zu Hause lieferten **betrübende Resultate.** Die Zahlen sind von unsren Gewährsleuten nochmals geprüft und sind richtig. Wer sie bezweifelt, kann ja in Pieschen, Löbtau, Striesen, Dresden, in Leipzig, Reudnitz, Plagwitz, Lindenau, in und um Chemnitz, oder, wenn er noch lieber will, im Erzgebirge eine offizielle Untersuchung unter Zuhilfenahme der Bezirksärzte und Schuldirektoren beantragen, es werden außer den von uns genannten Dingen noch andere zu Tage kommen. Wir deuten nur noch an, daß sich auch angesehene ärztliche Kreise in mehreren Gegenden Sachsens **für die Ernährung der Schulkinder** zu interessieren anfangen. Die Frage ist noch nicht zu Ende."

Pastoren gegen Minister.

Ein **„eigentlicher Notstand" der Arbeiter existiert nicht** — das war die Antwort der Minister auf die socialdemokratische Anklage, daß es um so weniger angehe, Brotwucher zu betreiben, in einer Zeit, da die Arbeiterschaft von schwerer Not und Arbeitslosigkeit heimgesucht werde.

Jetzt aber sagen die Geistlichen der Himmelfahrts-Gemeinde in Berlin, die Pastoren Berlin, Heinze und Dr. Preuß in einem Aufrufe folgendes:

„Noch nie haben wir für unsre arme Gemeinde des Berliner Nordens in den Zeitungen gebeten. **Aber dieses Winters Not ist zu groß. Gesteigerte Mieten, schlechtere Arbeitsgelegenheit wirken zusammen."**

Heimatlos.

Aus dem Jahresbericht pro 1900/1901 des Vereins zur Beschäftigung brotloser Arbeiter in der Provinz Sachsen und dem Herzogtum Anhalt geht hervor, daß im Berichtsjahr 203 067 Wanderer in den 70 Wanderer-Arbeitsstätten verpflegt wurden gegen 180 602 im vorangegangenen Jahre. Das ist also ein Mehr von 22 465 Verpflegten. Ein Bericht der Verwaltung von 457 Herbergen zur Heimat innerhalb Deutschlands ergiebt, daß in denselben im letzten Berichtsjahre 3 791 230 Schlafnächte gezählt worden sind, das ist um 6 Proz. mehr als im Vorjahre; die Zahl der Mittellosen wuchs um 11 Proz., die Zahl der vermittelten Stellen ging um 5,34 Proz. zurück. Im Jahre 1901 war der Verkehr bis Ende September um 24,45 Proz. gegen 1900 gestiegen resp. wies eben so viel Schlafnächte auf, wie das gesamte Vorjahr. Die Verpflegungs-Stations-„Gäste" stiegen, wie derselbe Bericht mitteilt, in diesen neun Monaten um 42,06 Proz.

Erschreckende Zahlen!

Weberelend.

In der „Chemnitzer Volksstimme" schildert ein Arbeitsloser nach eigner Beobachtung und Umfragen die gegenwärtig unter den Webern von Hohenstein-Ernstthal herrschende Not. Wir lesen unter anderm: Für die Hausweber in Hohenstein-Ernstthal ist der Geschäftsgang von Ostern 1900 bis jetzt nichts weiter als **eine Kette von Elendstagen** gewesen, von denen sie sich nicht wieder erholen werden. Ausnahmen können an diesen Thatsachen nichts ändern. Auf Jahre hinaus wird hier ein kolossaler Ueberschuß an Hauswebern vorhanden sein, der auch bei dem günstigsten Geschäftsgang nicht genügend beschäftigt werden kann. Was es bedeutet, wenn Hunderte von Familien **einen Wochenlohn von 4 bis 6 Mark** haben bei einer Familie, die in der Mehrzahl aus fünf, sechs und noch mehr Köpfen besteht, davon können sich unsre satten arbeiterfeindlichen Staats- und Ordnungsstützen keinen Begriff machen. Der Winter wird deshalb sehr hart sein. Eine Masse junger Leute hat sich diesen Sommer bei verschiedenen Beschäftigungen durchgewürgt. Beim Eintreten des Winters hört auch dieses auf. In ihrem eigentlichen Beruf als Weber können sie keine Beschäftigung erhalten und die andern Erwerbszweige leiden schon längst auch unter einer ungünstigen Geschäftskonjunktur.

So sieht es bei den Webern aus, in den Fabriken dieser Stadt ist es aber nicht viel besser, wie die Angaben zeigen, die man dem Schreiber des Artikels in der „Chemnitzer Volksstimme" gemacht hat. Ein älterer Weber machte folgende Angaben: Mein Sohn hat in der Seidenweberei von Lotze vom 4. bis 17. Oktober, also in **14 Tagen 7,28 Mark** verdient. Ein anderer Arbeiter, 17 Jahre alt, in derselben Zeit 5,90 Mark, wieder ein

anderer Arbeiter, 18 Jahre alt, **11,60 Mark.** In der Seidenweberei von Lotze gehen etwa vierzig Stühle. Davon sind 7 bis 8 Jacquardstühle, die andern sind Schaftstühle. Auf den Jacquardstühlen wird ungefähr ein wöchentlicher Lohn von 12—14 M. erzielt, jedoch sind die Stühle von Webern besetzt, die in Folge langen Ausharrens bei dieser Firma sich endlich einen solchen „horrenden" Lohn verdienen können. An den Schaftstühlen schwankt der Lohn zwischen 11—16 M. in 14 Tagen. Selten wird mehr verdient. Es sind dies meistens junge Arbeiter und Arbeiterinnen. **Der Stundenlohn,** den die Seidenweberei von Lotze diesen Arbeitern zahlt, beträgt **zehn Pfennige,** jedoch wird hauptsächlich nach dem Alter und der Dauer der Beschäftigung die Höhe des Stundenlohnes festgesetzt.

Inmitten dieses Elends steht, man sollte es nicht für möglich halten, die **Brotwucher-Agitation** in voller Blüte, arbeiten Regierungen und die herrschenden Parteien mit Eifer daran, dem Volke die notwendigsten Lebensmittel zu verteuern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Dezember.

Aus dem östreichischen Abgeordnetenhause.

Ein klassisches „Citat".

—st— Wien, 15. Dezember. Hätte Herr v. Koerber mit seiner vielberufenen „Staatsstreichrede" nur beabsichtigt, die Abgeordneten ins Bockshorn zu jagen, so hätte er einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Thatsächlich entwickelt das Haus, dessen Signatur sonst geschäftiger Müßiggang war, seit jener Drohung einen Arbeitseifer, wie es ihn in seinen besten Zeiten nicht gehabt hat. Es hat sich mit Feuereifer in die Beratung der Vorlage über die Errichtung von landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gestürzt und will von Politik, von nationalen Dingen, von dem was sonst die Lieblingsbeschäftigung der Parteien war, nichts mehr wissen. Bis zu den Weihnachtsferien wird nun täglich Sitzung gehalten und auf der Tagesordnung stehen sechzehn Ausschußberichte — lauter sachliche Dinge! Kurz, die Abgeordneten nehmen sich jetzt gründlich zusammen, um der Welt zu offenbaren, daß sie höchst gesund sind und leben wollen, um den gestrengen Herrn Ministerpräsidenten wieder gut zu machen. Daß die Idylle nicht lange währen wird, ist freilich selbstverständlich. Das Haus ist brauchbar zu gesetzgeberischen Bagatellen; wie man ihm eine halbwegs schwere Arbeit aufbürden wird, stürzt es krachend zusammen.

Die Vorlage über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften gehört auf das Conto der „kleinen Mittel", die die Landwirtschaft auch in Oestreich nicht entbehren zu können vermeint. Die Vorlage, die übrigens eine lange Leidensgeschichte aufzuweisen hat und das Parlament schon von 1893 an beschäftigt, bezweckt die Schaffung obligatorischer Verbände der Landwirte: einesteils eine Organisation der Landwirte eines Bezirkes und zweitens die Zusammenfassung der Bezirksgenossenschaften in eine Landesgenossenschaft. Das Gesetz, das im Reichsrat beschlossen wurde, ist nur ein sogenanntes Rahmengesetz; die nähere Ausführung wird, wegen der Ungleichheit der einzelnen Kronländer, der Landesgesetzgebung vorbehalten. Die wird auch bestimmen, ob Liegenschaften, die ein bestimmtes Mindestmaß der Fläche nicht erreichen (die Kleinbauern), von der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden, weiter, ob der Großgrundbesitz eine eigene Genossenschaft zu bilden hat. Der Wirkungskreis der Genossenschaften, wie er in der Vorlage umgrenzt wird, wäre nicht gering; er umfaßt den Einkauf landwirtschaftlicher Betriebsartikel, den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte der Mitglieder, die Errichtung von Magazinen, Speichern, Kellereien, Sennereien, Schlachthäusern, Backhäusern, die Förderung von Darlehnskassen, die Vermittlung bei Konvertierung von Hypothekarschulden, die Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, die Mitwirkung bei der Samenkontrolle — und zum Schlusse das Recht des Mitsprechens in allen agrarpolitischen Fragen. Der „Wirkungskreis" wird so umfänglich ausgemessen, daß schließlich auch den glühendsten Enthusiasten etwas schwül wurde und sie die Bestimmung der Aufgaben der Genossenschaft mit dem charakteristischen Satz anhuben, daß „alle mit Verlustgefahr verbundenen Geschäfte grundsätzlich ausgeschlossen sind". Aber ohne Risiko kann man geschäftliche Unternehmungen wohl nicht beginnen. Von den landwirtschaftlichen Arbeitern weiß die Vorlage so gut wie gar nichts; das einzige, was sie für sie thut, ist die Bildung eines Schiedsgerichtes „zur Austragung der zwischen den Genossenschaftsmitgliedern und ihren Hilfsarbeitern aus dem Arbeits- und Lohnverhältnis entstehenden Streitigkeiten" — zu welchem „Gericht" aber die Arbeiter beileibe nicht als Gleichberechtigte zugelassen werden! Die Vorlage ist sonst ganz gut gemeint; nach den Enttäuschungen, die man mit den Zwangsgenossenschaften der Handwerker erlebt hat, wird man aber gut thun, sich von der so pomphaft auftretenden Organisation der Bauern ja nicht zu viel zu versprechen. Der großartige „Wirkungskreis" wird zunächst nur auf dem Papier bleiben.

Die Socialdemokraten haben die Verhandlung benutzt, um zu Gunsten der landwirtschaftlichen Arbeiter einen Vorstoß zu machen. Sie haben zwei Anträge gestellt, wodurch die Regierung aufgefordert werden soll, dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten vorzulegen, durch den die Dienstboten- und Gesinde-Ordnung aufgehoben und allen landwirtschaftlichen Arbeitern und Dienstboten volles Koalitionsrecht gewährt wird, Bestimmungen über die Arbeitszeit, die Lohnzahlung, sowie die Kündigungsfristen getroffen und zur Austragung aller aus dem Arbeitsverhältnis entspringenden Streitigkeiten besondere, nach Analogie der Gewerbegerichte zusammengesetzte landwirtschaftliche Gerichte bestellt werden. Ein zweiter Antrag geht dahin, daß die Regierung ohne Verzug einen Gesetzentwurf einbringe, durch den die Gesetze über die Kranken- und Unfall-Versicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten ausgedehnt werden. Das Ereignis der letzten Parlamentswoche war aber nicht das agrarische Gesetz, nicht einmal die Rede des Ministerpräsidenten, sondern ein Zwischenruf, der in der Sitzung vom Freitag gefallen ist. Er wird so berühmt werden, wie das bekannte Citat aus „Götz", denn es war jene freundschaftliche Einladung, die unser Genosse Schuhmeier an den antisemitischen Abgeordneten Geßmann ergehen hatte lassen. Man ist von dem östreichischen Abgeordnetenhause mancherlei gewöhnt worden, aber jene saftige Grobheit hat die Empfindsamen dennoch arg verletzt und gestern konnte man in allen Wiener Blättern Leitartikel lesen, in denen über die schlechten Manieren der Herren Volksvertreter sehr moralische Betrachtungen angestellt worden waren. Nun kann man wohl zugeben, daß der urwüchsige, temperamentvolle Schuhmeier da ein bißchen über die Stränge gehauen hat, aber er kann sich zu seiner Rechtfertigung auf viele „Präjudize" des hohen Hauses berufen. Zudem sind unsre Genossen schwer gereizt worden, denn die Antisemiten waren es, die die so berechtigte Anfrage des Abgeordneten Ellenbogen über den unerhörten Ammann-Skandal — über diesen vermessenen Rechtsbruch haben wir den Lesern schon berichtet — benutzt hatten, auch die socialdemokratischen Abgeordneten mit ihrer bewährten Schimpfkraft anzugreifen. Wer den Dr. Geßmann kennt, seine ekelhafte Art, die den Speichel mit Schimpfworten auswirft, der begreift schon, daß man sich gegenüber seinen geifernden Schmähungen auf die „klassische" Antwort aus dem „Götz" zurückzieht. Und den guten Geschmack in allen Ehren — die Ehre ist ein weit kostbareres Gut: das Parlament also, dem Ehrabschneidereien der gewöhnliche Verkehr sind, darf sich über eine Abirrung von dem Tone der „guten" Gesellschaft nicht übermäßig beklagen. Was Goethe riskieren durfte, kann am Ende auch ein östreichischer Abgeordneter wagen.

Roseberys Rede.

Der kommende Mann hat nunmehr seine mit so großer Spannung erwartete Programm-Rede gehalten. Wenn man von den augenblicklichen politischen Umständen, der wachsenden Unbeliebtheit des Kabinetts Salisbury und dem Nimbus, der den populären Politiker umgiebt, abstrahiert, begreift man kaum den Enthusiasmus, den die in ziemlich ausgefahrenen Ideengeleisen sich bewegende Rede hervorgerufen hat. Rosebery bekennt sich, was ohnehin Jedermann wußte, zum Imperialismus, erklärt, daß es notwendig sei, den Boerenkrieg mit Waffengewalt zu Ende zu führen und weicht nur in der Nuance von dem südafrikanischen Programm der am Ruder befindlichen Regierung ab, indem er die Ansicht kundgiebt, daß man zwar nicht mit den Boerenkommandanten in Südafrika, wohl aber mit Ohm Krüger in Unterhandlungen eintreten könne, um den Boeren die Unterwerfung zu erleichtern. Im übrigen eifert er gleich Chamberlain gegen die Iren, die er zu Vaterlandsfeinden stempelt; kurz, sein Programm weicht nur in der Nuance von dem des bekämpften Kabinetts ab.

Nimmt man indes die momentane politische Situation und die populäre Person des bereits gestern eingehend charakterisierten Redners hinzu, so erklärt sich durchaus die Sensation und die Bewunderung, die die Rede hervorgerufen haben. Auch der Charakter der Rede Roseberys wird verständlich, wenn man sich die Intentionen und die Rolle Roseberys vergegenwärtigt. Rosebery hofft in kurzem das Kabinett Salisbury stürzen und zum Premier eines unionistisch-liberalen Kabinetts avancieren zu können. — Ein solches Kabinett muß aber imperialistisch sein, wenn es anders möglich sein soll. Deshalb durchklingt die ganze Rede Roseberys die imperialistische Note. Der Redner beschränkt sich auf relativ untergeordnete Ausstellungen gegen die jetzige Südafrikapolitik und persönliche Kritik, um wiederholt mit Pathos die Notwendigkeit des „Reichsgedankens", des Empire, zu betonen. Dagegen hat es bemerkenswerterweise Rosebery nicht für notwendig gehalten, die Grundzüge eines innerpolitischen Programms aufzurollen.

Aus Roseberys Ausführungen seien folgende Stellen wiedergegeben:

> Es sei zwar möglich, daß in der nächsten Thronrede aufrichtig erklärt werde, daß die Beziehungen zu allen auswärtigen Regierungen freundschaftliche seien; wie stehe es aber mit den fremden Völkern? In der ganzen Geschichte Englands finde sich kein Beispiel zu dem Groll und dem Uebelwollen, mit dem England fast einmütig von den Völkern Europas betrachtet werde. Er sei nicht sicher, daß die Regierungen aller Länder bestrebt seien, mit England auf gutem Fuße zu bleiben, und ein solches Uebelwollen, wie es in ganz Europa herrsche, sei Besorgnis erweckend, wenn nicht eine unmittelbare Gefahr. Die englische Regierung sei in ausgedehntem Maße dafür verantwortlich und hätte die falschen Eindrücke, die im Auslande bezüglich der Ursachen des Krieges vorherrschen, durch Uebersendung von Noten zerstreuen sollen, in welchen alle Schritte nochmals aufgeführt wurden, die England unternommen, um Gerechtigkeit für seine Staatsangehörigen in Transvaal zu erlangen. Eine solche Note würde ein maßgebendes Schriftstück gewesen sein, auf das die verständigen Leute aller Länder, deren Meinung doch schließlich die Ansichten der Völker leite, hätten verwiesen werden können. Rosebery sprach sich dann abfällig über die Reden Chamberlains aus, die er taktlos nannte. Im weiteren Verlaufe seiner Rede verteidigte Rosebery die rücksichtslose, nachdrückliche Fortsetzung des Krieges zu seinem natürlichen Ende, das, wie er glaube, ein regulärer Friede, ein regulärer Vertrag sei. Deshalb würde er nicht taub sein gegen die verantwortliche Eröffnung von Friedensverhandlungen seitens der ausgewanderten Regierung, die sich zur Zeit irgendwo in den Niederlanden um die Person Krügers geschart aufhalte und die die einzige Regierung sei, welche mit England in den Kriegszustand gekommen sei. Es sei unmöglich, mit den im Felde befindlichen Führern zu verhandeln, da sie keine Vollmacht hätten. Die gesamte liberale Partei, so fuhr Rosebery fort, sei nunmehr frei von einem Bündnis mit den Iren, die sich in die Reihe der Feinde des Landes gestellt hätten. Redner ermahnte die Partei, eine Absonderung von dem neuen Reichsgedanken, der die Nation erfülle, zu vermeiden.
>
> Rosebery schloß mit der Erklärung, er biete dem Lande seine Dienste an.

Die Riesenversammlung bereitete dem Redner stürmische Ovationen. Nach der Rede sprach Sir Asquith, um Rosebery dafür zu danken, daß er seinen Entschluß, sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen, aufgegeben hätte. Alsdann sprach noch Sir Edward Grey, der die Ueberzeugung ausdrückte, daß die Einheit der liberalen Partei sich auf der Basis, welche Rosebery aufgestellt hat, wieder herstellen lasse.

Den Enthusiasmus der Presse haben wir bereits erwähnt. Man kann sich einen Begriff von dem Eindruck der Rede Roseberys machen, wenn man die Auslassungen der beiden extremsten Blätter der englischen Hauptstadt „Daily Mail" und „Morningleader" zu der Rede vergleicht. Die beiden großen Partei-Organe ergehen sich in Ausdrücken des höchsten Lobes für Rosebery, welchen sie, trotz ihrer verschieden parteipolitischen Stellung als Apostel begrüßen. „Daily Graphic" bringt Roseberys Bild auf dem Titelblatt mit der Unterschrift: „Der Mann des Augenblicks." „Daily Telegraph" ruft entzückt: „Achilles ist aus seinem Zelt getreten." Nur zwei Blätter greifen ihn heftig an: das Organ des gegenwärtigen Kabinetts „Standard" und die altliberale „Daily News". Sämtliche übrigen Blätter, „Times" eingeschlossen, zollen wärmsten Beifall und verteidigen das Kabinett Salisbury nur lahm oder gar nicht.

Die Chancen des kommenden Mannes erscheinen also äußerst günstig. —

* *

Deutsches Reich.

Gerichtliche Klarstellung über die Duellrede? Wegen der Duellrede des Kaisers hat am Montagvormittag der Redacteur Groll von der „Potsdamer Zeitung" die erste gerichtliche Vernehmung gehabt. Die Anklage bezieht sich auf öffentliche Beleidigung zweier Offiziere, der Lieutenants v. Goßler und v. Kessel, die darin gefunden wird, daß ihnen nach dem Bericht der „Potsdamer Zeitung" in einer landläufigen Redensart durch den Kaiser ihre Jugend vorgehalten wurde. Der Strafantrag ist vom Generalkommando des Gardecorps gestellt worden. Am Montag weilte außerdem ein höherer Beamter der Berliner politischen Polizei in Potsdam, um an verschiedenen Stellen Nachforschungen nach dem Gewährsmann des Potsdamer Blattes zu halten. Das Blatt hat sich über diese Persönlichkeit bisher nicht geäußert und hüllt sich über die sensationelle Affaire und deren weiteren Verlauf in vollständiges Schweigen.

Die Agitatoren der kapitalistischen Interessenverbände scheinen sich zu einer Gewerkschaft gegen ihre Unternehmer zusammengeschlossen zu haben. Im Berliner Kaiserhof-Hotel ist, wie die „Leipziger Volkszeitung" erfahren hat, die merkwürdige Organisation gegründet worden.

In dem Einladungsschreiben zu der konstituierenden Versammlung heißt es über den Zweck der Organisation: „... Allmählich ist ein neuer Berufsstand entstanden, welcher — ungeachtet der Verschiedenartigkeit in der wirtschafts- und socialpolitischen Anschauung und Thätigkeit seiner einzelnen Angehörigen — als Gesamtheit gleiche Standes- und Berufsinteressen hat ..."

Unter der Einladung finden sich die Namen der „wissenschaftlichen" Arbeiter der verschiedenartigsten bürgerlichen Interessenverbände. Neben dem freihändlerischen Handelsvertragsverein findet man den hochschutzzöllnerischen Landwirtschaftsrat, neben den Agitatoren der Scharfmacherei die Flammacher der Berlepschschen Socialreförmchen.

Unser Leipziger Parteiorgan stellt folgende Namen von den 38 Unterzeichnern des Aufrufs neben einander:

Dr. W. Borguis, Handelsvertragsverein.	Dr. H. Dade, Deutscher Landwirtschaftsrat.
M. Busemann, Deutsch-russischer Verein zur Pflege und Förderung gegenseitiger Handelsbeziehungen.	H. Sundermann, Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft.
Dr. M. Bosberg-Redow, Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen.	Landes-Oekonomierat Wöllbling, Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft.
Prof. F. C. Huber, Handels- und Gewerbekammer Stuttgart, Vertreter des Handelsvertragsvereins.	Dr. Jürgens, Königl. Landesökonomiekollegium u. Centralstelle der preußischen Landwirtschaftskammern.
Prof. Dr. E. Francke, Gesellschaft für sociale Reform.	Dr. E. Jänicke, Deutsches Drahtstift-Syndikat.
Dr. Alfred Weber, Privatdocent (Specialfach: Arbeiterschutz).	Dr. Joka, Verband ostdeutscher Industrieller.
Prof. Dr. Andr. Voigt, Institut für Gemeinwohl.	Rágóczy, Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Eisen- und Stahlindustrie in Elsaß-Lothringen und Luxemburg.

Daneben findet man Landwirtschafts-, Handwerks- und Handelskammersekretäre, die Vertreter des Fischereivereins und des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, des Deutschen Feuerversicherungs-Schutzverbandes ꝛc. ꝛc.

Was mögen die Herren mit ihrer Organisation wohl wollen? Offenbar verfolgen sie gewerkschaftliche Zwecke, die — da sie materiell nicht notleiden — vermutlich auf moralische Hebung des Standes abzielen. Die kapitalistischen Vereinigungen, denen die Herren mit ihrem Kopfe dienen, mögen ihre „wissenschaftlichen" Handlanger gleich hochmütig behandeln, ob sie nun für Stumm oder Berlepsch, für Freihandel oder Brotwucher schreiben. Auch diese Angestellten fühlen sich bedrückt durch ihre Unternehmer, und so verfielen sie auf den Gedanken der solidarischen Gegenwehr.

Ob nun die Verbände „ihren" Leuten befehlen werden, aus ihrer Organisation auszutreten? Bei den Klopffechtern der Scharfmacher ist es ohnehin principienwidrig, daß sie solch einem — Streikverein beitreten. Wir sehen schon ahnend den Tag kommen, da die Sekretäre des Centralverbandes der Industriellen die Arbeit niederlegen, Streikposten stellen und die Parole ausgeben: Zuzug fernhalten! —

Die Khaki-Internationale. Wenn die Socialdemokraten in Deutschland an deutschen militaristischen Unternehmungen oder öffentlichen Skandalen Kritik üben, so weist man uns regelmäßig auf die viel patriotischeren Franzosen oder Engländer hin, die derlei „Beschmutzungen des eignen Nestes" niemals verüben.

Dieses Argument hat den Vorzug, daß es in allen Ländern gleichermaßen angewendet wird. Die Jingos und Khakipatrioten aller Nationen suchen stets dadurch die einheimischen Kritiker zum Schweigen zu zwingen, daß sie auf das angebliche nationalere Verhalten ihrer Parteigenossen im Ausland hinweisen.

Wie hat man die deutsche Socialdemokratie verleumdet und beschimpft, weil sie an dem Chinazug die gebührende Kritik geübt! So etwas käme doch in England und Frankreich nicht vor! Das Gleiche aber behaupten die Hehler des Hummentums in England und Frankreich genau so für Deutschland.

Die Londoner „Pall Mall Gazette" beschäftigte sich unlängst mit dem Hunnenprozeß des „Vorwärts" und bemerkte dazu:

> „Unsre Boerenfreunde sollten den Bericht über den Zeitungsprozeß lesen, der aus der deutschen China-Expedition entstanden war. Der „Vorwärts" veröffentlichte seiner Zeit einen Artikel, worin die Deutschen beschuldigt wurden, unschuldige Leute getötet und sich allgemein grausam benommen zu haben. Robert Schmidt und Paul John sind zu sechs bezw. sieben Monaten verurteilt worden. **Wie würde es den „Daily News" ergehen, wenn die Regierung wegen ihrer Berichte über die Konzentrationslager gegen sie vorgehen würde?** Aber die Deutschen verfahren mit ihren **Proboeren** anders als wir. Hier zu Lande dulden wir sie. **Die Deutschen werfen sie ins Gefängnis.** Unsre Methode ist vielleicht die bessere, sollte aber einigermaßen Anerkennung finden von denen, die den Vorteil davon haben. Die Deutschen sind natürlich in Bezug auf ihren guten Ruf sehr empfindlich. Sie lassen ihn weder von fremden Staatsmännern, noch von ihren eignen Zeitungen antasten. Wenn wir etwas empfindlicher wären, würde dies vielleicht eine heilsame Wirkung auf unsre feindlichen Kritiker daheim und im Auslande üben."

Ungefähr ebenso könnten unsre „Berliner Neuesten Nachrichten", „Post", „Hamburger Nachrichten" schreiben, wenn die deutschen Socialdemokraten deutsche Angelegenheiten kritisieren, was dieselben Blätter nicht hindert, über die an den Boeren verübten Grausamkeiten maßlos zu schmähen.

Hier verlangt ein englisches Blatt unter Berufung auf Deutschland, daß man den unbequemen Mahnern und Anklägern im eignen Lande nach deutschem Muster das Handwerk lege. Darin hat allerdings das Blatt recht: In England hat man noch Achtung vor der Wahrheit, auch wenn sie peinlich ist, die Meinungsfreiheit der Presse wird nicht beschränkt. Und in dieser gelästerten englischen Nation giebt es genug charakterfeste bürgerliche Männer, die unbekümmert ihre Ueberzeugung aussprechen, mag sie der Mehrheit und der Regierung noch so hart ins Gesicht schlagen. „Die Deutschen aber werfen sie ins Gefängnis," schreibt das englische Khakiblatt neidvoll. —

Die antisemitischen Brüder. Die „Staatsbürger Zeitung" behauptet, kein Wort sei wahr an der Behauptung Böckels, daß Bruhn Versuche gemacht habe, Böckel als Redacteur zu gewinnen. Im Gegenteil hätten die Freunde Böckels Bruhn zu veranlassen gesucht, Artikel von Böckel aufzunehmen mit der Begründung, Böckel wolle dies gern.

Die Herren werden wohl ungefähr sämtlich das gleiche Verhältnis zur Wahrheit haben. —

Der Ausgang der Reichstags-Ersatzwahl in Wiesbaden.

Aus Wiesbaden schreibt man uns:

Daß die Reichstags-Stichwahl mit einem Siege des freisinnigen Kandidaten enden würde, war vorauszusehen. Was wir vorausgesagt haben, ist eingetroffen: der Klasseninstinkt der bürgerlichen Parteien hat alle Proklamationen betr. Wahlenthaltung in den Wind geschlagen und fast geschlossen ist die ultramontane und nationalliberale Garde für Dr. Krüger eingetreten. Das Centrum hat die von oben ausgegebene Parole getreulich befolgt und den „freisinnigen Schmarotzerexistenzen", wie das Wiesbadener ultramontane Blatt sie genannt hatte, aus der Patsche geholfen. Nur die katholischen Arbeiter des Rheingaues haben zum weitaus größten Teil die Parole nicht beachtet, sondern socialdemokratisch gestimmt. In Eltville stieg unsre

Stimmenzahl von 77 bei der Hauptwahl auf 119 bei der Stichwahl, in Niedrist von 62 auf 109, in Geisenheim von 211 auf 258, in Lorch von 26 auf 80, in Rüdesheim von 69 auf 182 (!!), in Winkel von 150 auf 181, in Wollmerschied von 00 auf 28, und so weisen alle Orte des Rheinganes eine erhebliche Stimmenzunahme auf — ein Beweis, daß auch die katholischen Arbeiter des Rheinganes antischutzzöllnerisch gesinnt sind. Im übrigen haben aber die bürgerlichen Elemente des Centrums fest geschlossen für Dr. Crüger gestimmt.

Die **Nationalliberalen** hatten in letzter Stunde die Parole: Wahlenthaltung proklamiert. „Wir können nicht, hieß es in dem betreffenden Wahlaufruf, uns den Terrorismus der Freisinnigen gefallen lassen, wenn anders wir als Partei diejenige Beachtung beanspruchen wollen, die jeder anständige Mensch im Privatleben ohne weiteres für sich fordert. Helfen wir auch jetzt wieder, wie seit 30 Jahren, der freisinnigen Partei in der Stichwahl zum Siege, so werden wir niemals die unsrer Partei und ihrer Stärke nach gebührende Stellung im Wahlkreise einnehmen. . . . Deshalb sind wir diesmal nicht in der Lage, für den Kandidaten der Freisinnigen einzutreten". Und vierundzwanzig Stunden später ging die Gesellschaft hin und wählte — freisinnig. Eine größere politische Selbstentmannung dürfte wohl noch selten dagewesen sein. Ueberhaupt hat gerade diese Wahl die Zersetzung der bürgerlichen Parteien und ihre politische Unmoral im schönsten Lichte gezeigt.

Wenn man all' das erwägt, so haben wir noch sehr gut abgeschnitten und durchaus keine Ursache zum Kopf hängen lassen. In Wiesbaden Stadt sind infolge der eifrigen Wahlarbeit unsre Stimmen von 4709 bei der Hauptwahl auf 5498 bei der Stichwahl gestiegen; in Wiesbaden Land von 3270 auf 3741; (in Biebrich allein wurden noch 300 Arbeiterstimmen herausgeholt); im Rheingau von 943 auf 1412, im Untertaunuskreis (Waldgegend) von 584 auf 661.

Die **Freisinnigen** haben ihren Sieg lediglich der Wahlhilfe der Nationalliberalen und des Centrums zu verdanken. Die 8000 Stimmen, die sie bei der Stichwahl zu ihren 6400 Stimmen bei der Hauptwahl hinzubekommen haben, sind lauter rechtsparteiliche, hochschutzzöllnerische. Sehr richtig sagt denn auch das Frankfurter nationalliberale Blatt in einer Wahlbetrachtung: „. . . Es muß für Herrn Dr. Crüger wahrlich kein erhebendes Gefühl sein, bei seinem Einmarsche in den Reichstagssaal auf Krücken einherzuhumpeln, die ihm gerade der vom Freisinn so schwer geschmähte Nationalliberalismus hingereicht hat."

Auch das Centrum verabreicht den Freisinnigen einige recht bittere Pillen. In seiner Wahlbetrachtung schreibt das ultramontane „Wiesbadener Volksblatt": „Das Centrum hat, so schwer es wohl manchem Wähler gefallen sein mag, Wort gehalten, wie besonders die Resultate aus dem Rheingau beweisen. Ohne die Hilfe des Centrums wäre der 2. nassauische Wahlkreis mit dem stolzen Wiesbaden heute durch einen Socialdemokraten vertreten. Wie es bei der kommenden Reichstagswahl 1903 wohl gehen wird, das läßt sich mit Bestimmtheit voraussagen. Wenn das Centrum rüstig weiter arbeitet und seine Organisation ausbaut, dann muß es mit den Socialdemokraten in die Stichwahl kommen. In den nassauischen Wahlkreisen hat man mehr aus Gewohnheit als Ueberzeugung freisinnig gewählt. Das wird aufhören. Das Centrum hat sich durch sein Verhalten Anspruch auf die Dankbarkeit des Freisinns erworben; inwieweit diese Dankbarkeit in der That sich zeigen wird, das wird die Zukunft lehren."

Zweifellos dürfte es der **letzte** Wahlsieg gewesen sein, den die Freisinnigen in diesem Wahlkreis erfochten haben. Entweder wird er von der vereinigten agrarischen Rechten oder vom Centrum bei der nächsten Hauptwahl erobert. Die Agrarier werden sich sicher den Wahlerfolg zu nutze machen und eine intensive Agitation beginnen, und dann ist es um die „freisinnige Herrlichkeit" geschehen. Herr Richter hat wirklich keine Ursache, über diesen Wahlsieg zu frohlocken. —

Import französischer Kongregationen. Die „Kölnische Volkszeitung" meldet: Der Kultusminister hat den Schulschwestern von Notre Dame auf der Brede bei Brakel (Kreis Höxter) gestattet, in Brakel eine Niederlassung zu errichten und eine Handarbeits- und Haushaltungsschule für Bauerntöchter zu gründen. —

Zur Finanzlage Badens

wird uns von dort geschrieben: Der Fehlbetrag im Budgetvoranschlag für 1902/1903 beläuft sich auf insgesamt 2 005 282 M., eine Summe, die an sich noch niedrig erscheinen muß, wenn man die ungeheure Steigerung berücksichtigt, die die **Matrikularbeiträge** an das Reich für das laufende und das nächste Etatsjahr erfahren haben. Denn statt 18,7 Millionen soll Baden nach dem Voranschlag in diesen Jahren je 23,1 Millionen an das Reich zahlen, anschlagsgemäß aber statt 17 Millionen nur das geringe Mehr von 18,8 Millionen zurückerhalten. „Nach den zur Zeit unsrer Budgetaufstellung bekannt gewordenen Einzelheiten über das Reichsetatsbild" — heißt es in dem Exposé des badischen Finanzministers — „werden wir mit einem durch Ueberweisungen nicht gedeckten Matrikularbeitrag in der Höhe von 4,3 Millionen zu rechnen haben." Wenn unser Budget also in zwei Jahren nur je zwei Millionen Fehlbetrag aufweist, so kann die eigne Finanzlage des Landes vorerst noch nicht als besonders ungünstig angesehen werden.

Die Ursache hierfür liegt in dem **Steigen der Steuereinnahmen**, das von der Regierung auch bei der Aufstellung des Budgets für 1902/3 zu Grunde gelegt ist. Aus den verschiedenen direkten Steuern und Accisen erhofft der Finanzminister im Jahre 1902 eine Mehreinnahme von vier Millionen gegenüber 1901. Dabei ist allerdings die **wirtschaftliche Depression**, deren ungünstige Einflüsse auf die Staatsfinanzen erst im folgenden Jahre in vollem Umfange zur Geltung kommen werden, völlig außer Rechnung gelassen. Unsre Regierung war es seit der Mitte der 90er Jahre gewohnt, die Staatseinnahmen aus direkten Steuern und Verbrauchsabgaben die Voranschläge jeweils zum Teil ganz erheblich überstiegen zu sehen, und demgemäß waren auch die von ihr aufgestellten Budgets hinsichtlich der Ausgaben seither mit einer gewissen Opulenz behandelt. So weist auch der Voranschlag für 1902/3 wieder rund 14,7 Millionen an Ausgaben auf, für die keinerlei Deckung vorhanden ist, die vielmehr, falls die Volksvertretung keine Abstriche macht, durch Inanspruchnahme der Amortisationskasse und Ausgabe von Schatzanweisungen im Betrage von fünf Millionen gedeckt werden sollen.

Interessant ist, daß in der allgemeinen Debatte, die sich am verflossenen Freitag in der Zweiten Kammer über unsre Finanzlage entspann, gerade die **Volksvertreter**, die Sprecher der beiden großen Parteien, der Nationalliberalen und des Centrums, es waren, die die Situation in **möglichst rosigem Lichte darzustellen suchten**. Die Herren kommen eben, mit allerhand Wünschen bepackt, auf den Landtag und glauben, diese dann eher erfüllt zu bekommen, wenn sie bei ihren Kollegen keine pessimistische Auffassung der Lage aufkommen lassen. Der **Finanzminister** war es denn auch, der, um einer allzu reichen Besetzung der Wunschzettel unsrer Landboten von vornherein den Boden zu entziehen, dem rosafarbenen Finanzbild der genannten beiden Parteiredner einige kräftige Schatten aufsetzte. —

Militär-Kultur. Aus **Baden** wird uns berichtet: Mit großer Bestimmtheit tritt jetzt die Meldung auf, daß auch für das badische Armeecorps ein eigner **Truppen-Uebungsplatz** errichtet werden soll. Derselbe soll auf die Hochebene des Schwarzwaldes zu liegen kommen und **drei ganze Ortschaften**, die Gemeinden **Pfaffenweiler, Thannheim** und **Herzogenweiler**, die zusammen nahezu 1300 **Einwohner** zählen, würden denselben **zum Opfer fallen**. Das Terrain soll bereits durch Beamte der staatlichen und der Militärverwaltung einer eingehenden Besichtigung unterzogen worden sein. Die Kosten der Anlage werden auf **16 Millionen Mark** angegeben. —

Wreschen und die russische Presse.

Man schreibt uns:

Die einflußreichen russischen Blätter besprechen fortgesetzt die Wreschener Vorfälle und die Poleninterpellation im deutschen Reichstage, wobei sie gegen die deutsche Polenpolitik die schärfsten Angriffe richten und eine eifrige Propaganda entwickeln, das Polentum ganz für das stammverwandte Rußland zu gewinnen. Die offiziöse „Nowoje Wremja" verhöhnt mit grimmiger Schadenfreude die Aeußerung Bülows, daß an einer Unterdrückung des Polentums die drei beteiligten Monarchien in gleicher Weise interessiert seien, und ruft gegenüber dem Vorschlag der chauvinistischen deutschen Presse, der angeblichen gemeinschaftlichen Polengefahr durch gemeinsame Abwehr energisch entgegenzutreten, aus: „Ein origineller Vorschlag! Im Sumpf seiner nationalen „Hunnenpolitik" steckend, ist Preußen bereit, Rußland und Oestreich seinen starken Arm zu leihen, damit sie nicht ins Verderben geraten . . . Welch rührende Aufmerksamkeit! Welch neugeborener politischer Altruismus!" „Bis jetzt deutet nichts darauf hin, daß der Wreschener Skandal und der europäische Protest gegen die preußische „Herrenmoral" zu irgend welchen Komplikationen führen könnten, die außer Preußen noch jemand anders unangenehm oder gefährlich werden könnten." Noch schärferer Ausdrücke bedienen sich die Petersburger „Wjedomosti", das einflußreiche Organ des Fürsten Uchtanski. Der betreffende Artikel enthält u. a. folgende Aeußerungen: „In Deutschland ist **ein zweiter Chamberlain** aufgetaucht; gleich einem neuen Pilatus wäscht Herr Bülow seine Hände vor dem Deutschen Reichstage." „Die Berliner Machthaber sind nicht einmal in der Lage, für sich das anführen zu können, was die Engländer geltend machen: ihr grausames Werk geht mitten im tiefen Frieden vor sich!" Zum Schluß spricht das Organ den Wunsch aus, daß die „gegenwärtigen empörenden Vorgänge in Posen **einen Wendepunkt in den russisch-polnischen Beziehungen** bilden mögen. Nur von der russischen öffentlichen Meinung und dem Bewußtsein der russischen Solidarität mit ihnen haben die stammverwandten Polen eine moralische Hilfe zu erwarten."

So führt die preußische Polenpolitik dahin, daß selbst die Presse des Zarismus sich als Schutzhort für die Rechte der Polen ausspielen darf! Die Polenpolitik Preußens treibt selbstmörderisch die polnischen Staatsangehörigen, anstatt ihnen Preußen und das Reich angenehm zu machen, in die Arme des Auslands. —

Die internationale Zuckerkonferenz ist am Montag in **Brüssel** zusammengetreten. Alle an dem Gegenstand der Beratung interessierten Länder außer Rußland haben Delegierte entsandt. Der belgische Ministerpräsident eröffnete die Konferenz und gab einen Ueberblick über den Gang der Dinge seit der vorigen Konferenz im Jahre 1898 und über die Verhandlungen, welche die belgische Regierung mit den interessierten Mächten gepflogen habe. Ein von der belgischen Regierung ausgearbeiteter Entwurf einer Konvention dient als Grundlage der Erörterung. Ueber diesen Entwurf wird Stillschweigen beobachtet. Die Erörterungen sollen möglichst beschleunigt werden, damit die Sitzungen am Sonnabend abgebrochen werden können. Dann werden die Delegierten ihren Regierungen über den Gang der Erörterung Bericht erstatten und nach dem 1. Januar 1902 die Sitzungen wieder aufnehmen. —

Ausland.

Die Camorristen und Enrico Ferri.

Die heuchlerische Entrüstung der Parlamentsmehrheit über die ungeschminkte Ausdrucksweise des Genossen Ferri bei der Erörterung der „Frage des Südens" veranlaßt selbst die „Germania" zu der Aeußerung:

„Eine **schneidendere Kritik für die Regierung** ist kaum denkbar, als **daß für Ehre und Redlichkeit nur noch in der Deputiertenkammer die Socialisten einzutreten den Mut finden!** Auch ein Segen des modernen Italiens!"

Eine Aeußerung, die zwar den Socialisten Gerechtigkeit widerfahren läßt, die jedoch vergißt, auch dem italienischen **Klerus** sein vollgerütteltes Maß der Verantwortlichkeit zuzuschieben. Denn wenn der Klerus nicht ebenso korrumpiert wäre wie die herrschende Bourgeoisie, würde sie schon längst der Socialdemokratie die Herkulesarbeit des Ausmistens des ungeheuren Augiasstalles der Korruption vorweggenommen haben!

Einen neuen Beitrag zur Camorra liefert uns unser römischer Korrespondent. Derselbe schreibt uns vom 14. November:

Bereits Neapel, Catania und Palermo sind Gegenstand einer Enquete gewesen, die die jämmerliche kommunale Verwaltung, wie sie die herrschenden Machthaber geübt haben, aufgedeckt hat.

Und jedesmal sind es die **Socialisten** gewesen, die die korrupte Verwaltungspolitik der Camorristen entlarvten; in Catania war es das Werk des revolutionären Deputierten De Felice, in Palermo der Kampf, den das socialistische Organ „La Battaglia" („Der Kampf") führte.

Heute ist die dreibändige Enquete über die Municipalverwaltung veröffentlicht worden. Sie stellt fest:

1. Für die städtischen Beamten sind von 1886 bis 1890 die Gehälter von 200 000 Fr. auf 500 000 Fr. erhöht worden, wozu in einem **einzigen Jahre** noch Trinkgelder in der Höhe von 150 000 Fr. kamen.

2. Es giebt nicht eine einzige Behörde, der nichts vorzuwerfen wäre. Auf dem Standesamt sind wiederholt Fälschungen der Geburtsbescheinigungen vorgekommen.

3. Das für Wohlthätigkeitszwecke bestimmte Geld ist für die unverantwortlichsten Zwecke verausgabt worden.

4. Von großen öffentlichen Arbeiten sind allein für zwei Theater, die nach dem Anschlag 3 Millionen kosten sollten, nicht weniger als 13 Millionen verausgabt worden, während die Stadt nicht ein einziges Hospital hat, das den Ansprüchen der modernen Wissenschaft entspräche.

5. Die Sanierung der Stadt hat bereits 10 Millionen gekostet und wird weitere 27 Millionen erfordern, während die Stadt nicht mehr als 17 Millionen dafür ausgeben kann.

Diese Liste könnte leicht fortgesetzt werden.

Und nach all diesen Beispielen der Korruption und der Camorra in der Mehrzahl der Kommunalverwaltungen des Südens hatte man heute in der Deputiertenkammer die Unverschämtheit, Enrico Ferri verhindern zu wollen, in seiner Rede die Wendung zu gebrauchen: „In dem Norden Italiens sind die Oasen des Verbrechens die Ausnahme, im Süden die Oasen der Anständigkeit."

Die **Thatsachen** geben Ferri recht, aber die Bourgeoisie, welche die Grundursache der Korruption ist, erträgt nur die Vertuschung.

Das erklärt die Sympathien, die die Socialisten in den gedrückten Bevölkerungsschichten des Südens gewinnen, da sie die einzigen sind, welche ihre Anklagen gegen die Räuber und Beutelschneider schleudern.

*

Ueber die Scene, die den Worten Ferris folgte, mag noch folgende anschauliche Darstellung eines bürgerlichen Blattes folgen:

Bei diesen Worten entsteht ein **ungeheurer Tumult**. Die Deputierten des Südens **erheben sich wütend gegen Ferri**; sie werden mit Mühe von ihren Freunden von Thätlichkeiten gegen den tollkühnen Socialisten abgehalten, der mit **verschränkten Armen und eiserner Ruhe** in den ihn **umheulenden Sturm** sieht. Vergeblich sind die Bemühungen des Präsidenten, die Ruhe wiederherzustellen. Als Ferri mit alles überlönender Stimme ruft: „**Ihr seid nur gut zum Brüllen!**" werden die berühmten **Tischklappen in Bewegung gesetzt**. Der Präsident findet keinen andern Ausweg, als die Sitzung zu schließen. Ferri schreit: „**Dies ist ein Akt der Präsidentencamorra!**" Erneuter furchtbarer Lärm und Thätlichkeiten stehen bevor. **Da erlöschen die Lampen**, so daß keiner den andren mehr erkennen kann. Aus dem Dunkel hört man noch immer die alles **übertönende Stimme des socialistischen Agitators**, während die Deputierten schnell den Saal verlassen. —

*

Ferri veröffentlicht im **„Avanti" einen Brief**, in dem er erklärt, daß er mit seiner Erklärung in der Kammer nur **gewisse Cliquen** und die **Camorra habe treffen wollen**, daß **man seine Worte wohl auch in diesem Sinne verstanden hätte**, ihn aber **hindern** wolle, für seine **Anträge**, betreffend die Verminderung der Militärspesen und die Civilliste, **einzutreten**. Keine Macht werde ihn auch ferner hindern, einen **Räuber Räuber zu nennen** und sein Mandat im Parlament zu erfüllen. —

Dänemark.

Die Steuerreform. Das Folketing beendete am Freitag nach neuntägiger Verhandlung die erste Lesung des Regierungsentwurfs über die Reform der direkten Besteuerung. Dieser Entwurf ist keineswegs so ausgefallen, wie man das von einem liberalen Ministerium hätte erwarten können, er zeigt vielmehr, daß das Ministerium und das Gros der liberalen Partei eine ganz bedenkliche Schwenkung nach rechts gemacht haben. Es wird darin eine ganz wesentliche Bevorzugung der Agrarier auf Kosten der städtischen Bevölkerung geplant. Alle bisherigen direkten Staatssteuern, die insgesamt 10½ Millionen einbrachten, sollen aufgehoben werden und dafür sollen eingeführt werden: eine Einkommensteuer, die 5¾ Millionen, eine Vermögenssteuer, die 2½, und eine Grundsteuer, die 3⅞ Mill. einbringen wird, zusammen 11½ Millionen. Den Kommunen aber wird der Staat hiervon einen Zuschuß von zusammen 2½ Millionen gewähren, wovon die Städte 35 Proz., die Landgemeinden 65 Proz. erhalten sollen. Bringt man dies von den 11½ Millionen in Abzug, so zeigt sich, daß der Staat gegen früher eine Mindereinnahme von 1½ Millionen zu leiden hätte, die natürlich auf andre Weise gedeckt werden müßte. Nach „Socialdemokratens" Berechnung würde Kopenhagen durch die Reform 1½ Millionen Kronen jährlich verlieren, die übrigen Städte gut ½ Millionen; dagegen würde das Land gut 3½ Millionen gewinnen. — Außerdem soll den Kommunen das Recht, Steuern nach stark steigender Skala zu erheben, beschränkt werden.

Der Entwurf wurde seitens der Socialdemokratie einer sehr eingehenden und scharfen Kritik unterzogen. Vor allem wurde hierbei auch auf die Notwendigkeit der Reform des indirekten Steuerwesens hingewiesen und dem Finanzminister das Versprechen abgenötigt, sobald die Reform der direkten Steuern durchgeführt sei, einen Entwurf zur Reform des Zollwesens einzubringen. — Die Regierungsvorlage wurde an eine Kommission verwiesen. —

Norwegen.

Der Friedenspreis für 1902. Um für die Verteilung von Nobels Friedenspreis für 1902 in Betracht zu kommen, müssen die Kandidaten dem Nobel-Komitee des norwegischen Storthings von einer hierzu berechtigten Person bis zum 1. Februar 1902 vorgeschlagen sein. Berechtigt, solche Vorschläge zu machen, sind: Mitglieder des Nobel-Komitees des norwegischen Storthings, Mitglieder der Nationalversammlungen und Regierungen der verschiedenen Staaten, Mitglieder des interparlamentarischen Rates, der Kommission des internationalen Friedensbureaus und des „Institut de Droit international", Universitätsprofessoren der Staats- und Rechtswissenschaft, der Geschichte und Philosophie, sowie Personen, die den Friedenspreis Nobels erhalten haben. — Nobels Friedenspreis kann auch Institutionen und Vereinen erteilt werden. Nähere Aufklärungen werden vorschlagsberechtigten Personen mitgeteilt, wenn sie sich an: „Das Norwegische Storthings-Nobel-Komitee", Victoria-Terrasse 4, Kristiania, wenden. —

Frankreich.

Das Generalkomitee der socialistischen Partei beschloß, die Abgeordneten, die in der jüngsten Debatte über die China-Anleihe einer Tagesordnung zustimmten, worin das französische Expeditionscorps belobt worden war, vom nächsten socialistischen Parteitag **auszuschließen**. —

Millerand über den Entwurf einer Arbeiter-Pensionskasse. In der Kammerkommission für Arbeiterversicherung und sociale Fürsorge äußerte sich am Dienstag Handelsminister Millerand über den Entwurf betr. Schaffung einer Arbeiterpensionskasse. Der Minister schlug vor, daß die **fremden Arbeiter ebenso behandelt** werden sollen, wie die **französischen** unter der Bedingung, daß sie bereits 10 Jahre ihr Domizil in Frankreich haben, oder daß sie einem Lande angehören, welches durch einen Reciprocitätsvertrag mit Frankreich verbunden ist. —

Italien.

Die Mailänder Socialisten sind nun wieder vollständig rekonstituiert. Beide ehemaligen Organisationen sind aufgelöst worden; es wurde eine neue Föderation begründet, ein neuer Vorstand und ein neues Schiedsgericht gewählt. Das letztere soll über den eventl. Ausschluß einzelner Personen entscheiden, wobei es möglichste Großherzigkeit üben wird; in den meisten Fällen wird es, wie der „Avanti" sich ausdrückt, „Amnestie" eintreten lassen. Auch die beiden Organe werden ihr Erscheinen einstellen; an ihre Stelle tritt ein einziges: „Der Socialist". —

Rußland.

Maßnahmen gegen demonstrierende Studenten. Der „Regierungsbote" teilt mit: In den letzten Tagen haben sich an der Charkower Universität wiederholt Studenten Ruhestörungen zu Schulden kommen lassen und es sind infolgedessen 52 Studenten vom Professorenkollegium von der Universität ausgeschlossen worden. Das Professorenkollegium hat den Unterrichtsminister um Verhaltungsmaßregeln ersucht, um die Ordnung sicherzustellen. Der Minister empfiehlt zur Herstellung eines regelmäßigen Ganges des Unterrichts: 1. Vorlesungen und die Beschäftigungen in Laboratorien und Kliniken sind nicht abzubrechen; 2. die Universitätsbehörde hat sogleich zur Aufklärung der Schuld der Studenten zu schreiten, sie darf Verweise erteilen und Strafen verhängen bis zum Ausschluß aus der Universität für eine bestimmte Zeit; 3. die Professoren sollen diejenigen Studenten, welche sich an den Ruhestörungen nicht beteiligt haben, um ihre Mitwirkung ersuchen und den im letzten Semester stehenden Studenten bekanntgeben, daß diejenigen, welche den regelmäßigen Gang des Unterrichts hindern, nicht zum Staatsexamen werden zugelassen werden. —

Ein russisch-persischer Zollverein. Die russische Regierung hat, wie ein Blatt meldet, mit Persien soeben eine Zollkonvention abgeschlossen, wonach beide Länder ihre Produkte **gegenseitig zollfrei einführen**. **Für Erzeugnisse andrer Länder wird Persien den russischen Zolltarif anwenden**. Rußland hat damit ein äußerst vorteilhaftes Geschäft gemacht. Die zollfreien Waren werden natürlich allen übrigen die empfindlichste Konkurrenz bereiten. —

Amerika.

Der Senat hat mit 72 gegen 6 Stimmen den **Hay-Pauncefote-Vertrag** genehmigt.

Der Boeren-Krieg.

Bedrohung des Zululandes durch die Boeren.

Das „Reutersche Bureau" meldet vom 12. d. M. aus Nkandhla, Zululand: Die Boeren ziehen sich von neuem an der Grenze des Zululandes im Babanango-Distrikt zusammen.

Scharmützel bei Dwaalfontein.

Oberst Price stieß am 24. d. M. bei Dwaalfontein auf die Schützen Odendals und Wessels. Der Feind, der 60 Mann stark war und 85 Pferde hatte, befand sich in einer festen Stellung unterhalb der Patriotsklip-Berge und hielt auch die Höhen besetzt. Eine Abteilung Kolonialtruppen erstürmte das Lager, wobei 1 Offizier und 2 Mann verwundet wurden. Die Boeren flohen in die Berge, sie ließen 79 Pferde und Maultiere, ihre Munition, Sättel und andre Ausrüstungsgegenstände zurück. Oberst Price hat die Verfolgung aufgenommen.

Ein Angebot Krügers?

Wie in London bestimmt verlautet, hat Präsident Krüger der englischen Regierung die Abtretung von Watersrand mit allen Goldgruben angeboten, falls den Boerenstaaten die Unabhängigkeit gelassen wird.

Das Konzentrationslager vor der belgischen Abgeordneten-Kammer.

Bei der fortgesetzten Debatte über die Interpellation Vandervelde betreffend die englischen Konzentrationslager in Südafrika erklärt Staatsminister Beernaert am 17. Dezember, die Tagesordnung Vandervelde, in welcher es heißt, die Kammer sei tief bewegt über die Sterblichkeit in den Lagern und hoffe, die englische Regierung werde die nötigen Maßnahmen zur Herabminderung der Sterblichkeit ergreifen, sei unannehmbar. Redner bekämpft jede Einmischung der Regierung in diese Frage und setzt dann auseinander, daß der Verwaltungsrat des Haager Schiedsgerichtshofes, der nur Verwaltungsbefugnisse habe, nichts für die Boerendelegierten habe thun können. Eine Einmischung Belgiens könne den Boeren alte und wertvolle Sympathien nehmen. Staatsminister Woeste spricht in demselben Sinne und schlägt folgende Tagesordnung vor: „Im Bewußtsein der Pflichten, welche die Neutralität ihr auferlegt, und in der Ueberzeugung, daß die Kriegführenden sich die Pflichten der Menschlichkeit angelegen sein lassen, geht die Kammer zur Tagesordnung über." Diese Tagesordnung wird von den Socialisten bekämpft.

Der Vorschlag Vanderveldes, die belgische Regierung möge die Initiative ergreifen zur Fortschaffung der Frauen und Kinder aus den Konzentrationslagern, ist übrigens durchaus nicht unrealisierbar oder ohne Beispiel. Im Gegenteil, wie Genosse Ledebour in der Reichstagssitzung vom 5. März 1901 hervorhob, hat 1870 die Schweiz das gethan, was Vandervelde anregte.

Bei der Belagerung von Straßburg hat ein schweizerisches Hilfskomitee an den damaligen Kommandierenden der deutschen Belagerungstruppen von Straßburg, an den General v. Werder, das Ansuchen gestellt, die Frauen und Kinder der belagerten Straßburger Bürger aus der Stadt zu schaffen, um sie vor den Unbilden der Belagerung zu sichern. Diesem Wunsche ist von dem General v. Werder, zweifellos unter Zustimmung der damaligen norddeutschen Bundesregierung und der übrigen deutschen Staaten, willfahrt worden. Die Schweizer haben eine große Zahl Frauen und Kinder der Straßburger in Sicherheit gebracht und sie vor den Gefährdungen durch den Krieg geschützt. Und durch diesen Eingriff der Schweizer ist in keiner Weise das freundschaftliche Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland beeinträchtigt worden.

Ganz im Sinne Vandervelde forderte damals bereits Genosse Ledebour die deutsche Regierung auf, dem humanen Vorbild der Schweiz zu folgen. Unser Genosse fand mit seiner Anregung freilich ebensowenig Gehör, wie jetzt Vandervelde bei der belgischen Regierung. —

Partei-Nachrichten.

Der „Märkische Landbote" für 1902 ist bislang in 220 000 Exemplaren verbreitet und überall auf dem Lande mit Freuden aufgenommen worden. Nur einem liegt der Kalender schwer im Magen, das ist der „Verlag des Ausschusses des evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins". Dieser Verlag giebt einen zur unentgeltlichen Verbreitung bestimmten „Patriotischen Volkskalender" heraus. Dieser Kalender wurde früher für 20 Pf. abgegeben. Seit einigen Jahren muß der Kalender, um überhaupt Abnehmer zu finden, unentgeltlichen Eingang suchen. Was dem Inhalt fehlt, wird durch den Umfang zu ersetzen gesucht. Der patriotische Kalender bietet, einschließlich etwa 30 Seiten Inserate, 200 Seiten Text. In diesem Text machen 2 Artikel ihrem Aerger über den bösen socialdemokratischen Kalender Luft. Der eine rührt von dem konservativen Agitator für den noch v. Levetzowschen Wahlkreis, Herrn Fr. Bedicke, der zweite von dem Mitglied des Herrenhauses, Rittergutsbesitzer von Burgsdorff-Markendorff, aus dem Kreise Lebus her. v. Burgsdorff ist Besitzer des Rittergutes Carzig und des Majorats Markendorff. Beide Güter umschließen 1408 Hektar, darunter 740.17 Hektar Ackerland. Begreiflich ist bei diesem Besitz die unrichtige Behauptung, daß unser Kalender, der in eingehender Weise gegen den Brotwucher Front macht, darauf hin arbeite, „den Besitzer zu ruinieren". Er rät den Bauern, den socialdemokratischen Kalender" ins Feuer zu werfen". Das werden sie nicht thun, verehrtes Herrenhaus-Mitglied, und es wird auch gehen: bei angestrengter Arbeit selbst mit einem socialdemokratischen Reichstagsvertreter für den Frankfurt-Lebuser Kreis, in dem der Majoratsherr von Burgsdorff so prächtig für die Socialdemokratie agitiert.

Bestrafung für socialdemokratische Wahlen.

In Johanngeorgenstadt, einer 5000 Einwohner zählenden Stadt im sächsischen Erzgebirge, siegte bei der Gemeindewahl am 29. November die socialdemokratische Liste und damit erlangte die Socialdemokratie die Mehrheit im Stadtgemeinde-Rat. Das hat hier um so mehr Bedeutung, als die Stadt nur der Städte-Ordnung für kleine Städte untersteht und nur ein Kollegium hat, so daß dem socialdemokratischen Gemeinderat kein reaktionärer Magistrat gegenübersteht.

Die Thatsache, daß eine Stadtverwaltung eine socialdemokratische Mehrheit hat, die erste Stadt in Sachsen, hat alle Reaktionäre in gewaltige Aufregung versetzt und auch die Behörden, die sich ja nicht als Beauftragte der Bevölkerung, sondern als Beauftragte der Besitzenden betrachten, haben sich schon gerührt. Das ist zwar nichts Neues, ist aber diesmal in einer Weise geschehen, die selbst in Sachsen bemerkenswert sein dürfte. Wie die „Chemnitzer Volksstimme" berichtet, wurden die socialdemokratischen Stadtverordneten vor den Bürgermeister geladen und ihnen dort ein Schreiben der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg vorgelesen, worin diese Behörde in Aussicht stellt, **daß infolge des Ausfalles der Wahl** voraussichtlich die bisher gewährten **außerordentlichen Staatszuschüsse** in Zukunft **fortfallen würden.**

Es handelt sich dabei um etliche Tausend Mark, die zu Wegebauten, Schulbauten und dergleichen gezahlt werden und für einen Fall auch besonders in Aussicht gestellt waren.

Die sächsischen Behörden scheinen demnach die Staatszuschüsse für Kulturaufgaben an arme Gemeinden als eine Belohnung für politisches Wohlverhalten zu betrachten. Zur Zeit, als der Staat nichts als eine Domäne des Monarchen und die Einwohner seine Hintersassen waren, mochte solche Auffassung verständlich sein, wenn sie auch niemals sachlich begründet war, heut aber, wo auch Sachsen eine moderne Verfassung hat, deren Einführung noch an jedem Jahrestage selbst von den reaktionärsten Blättern als eine Kulturthat behandelt wird, nimmt sich doch solches Verfahren im höchsten Grade komisch aus.

Die Staatsmittel sind nicht Eigentum der Regierung oder des Monarchen, sie sind Eigentum des Staates, und der besteht aus mündigen Staatsbürgern, und wenn Mittel für Kulturzwecke vorhanden sind, so hat die Regierung nur nach dem Bedarf, nicht aber nach der Würdigkeit zu fragen. Eine Gemeinde ist keine Kinderschule und die Regierung kein Schulmeister, der nach Bedarf die Zuchtrute über die ungeratenen Kinder schwingt.

Ebenso wenig ist der Bürgermeister ein Schulmeister des Gemeinderats, wie der Bürgermeister von Johanngeorgenstadt zu glauben scheint. Der Herr hat nämlich noch eine Extra-Maßregel in petto. Er drohte den geladenen socialdemokratischen Gemeinderats-Mitgliedern an, daß die Sitzungen, die bisher des Abends stattfanden, auf den Nachmittag verlegt werden würden. Da die Gemeinderatsmitglieder Arbeiter sind, würde das für sie eine wesentliche Erschwerung in der Wahrnehmung ihrer Pflichten bedeuten, ihnen wahrscheinlich Unbequemlichkeiten in ihrem Arbeitsverhältnis bereiten. Gegen diese Maßregel, falls der Bürgermeister dazu überhaupt gegen den Willen des Gemeinderats berechtigt ist, würde übrigens das Kollegium auch Repressalien anzuwenden in der Lage sein und der Herr Bürgermeister dürfte sich das wohl noch überlegen.

Gleichviel, ob es zu dieser und zu der Strafmaßregel der Regierung kommt, bedeuten die erhobenen Drohungen schon, daß Sachsen in der politischen Kultur mit Mecklenburg auf einer Stufe steht.

Socialdemokratische Wahlerfolge in Schweden und Norwegen.

Bei den Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung in Malmö, die am Sonnabend stattfanden, wurden zwei Socialdemokraten, der Vertrauensmann des Maurerverbandes, Nils Persson, und „Arbetets" Redacteur Aug. Nilsson, gewählt, ersterer mit 23 935, letzterer mit 13 131 Stimmen. — Bei den Stadtverordnetenwahlen im vorigen Jahre erhielten die beiden Kandidaten 20 273, resp. 10 000 Stimmen, man sieht, was für einen Fortschritt die Socialdemokratie in Malmö in dieser kurzen Zeit gemacht hat.

Die Kommunalwahl in Hammerfest, die am 2. Dezember stattfanden, führte zu einem vollen Sieg der Arbeiterpartei. Es wurden 12 Socialdemokraten, 4 Konservative und 4 Liberale gewählt. Man hatte auf die Anwendung des proportionalen Wahlsystems verzichtet. Die Arbeiterpartei hatte die Kandidaten der beiden andern Parteien mit auf ihre Liste übernommen. Somit hat also die Socialdemokratie in der nördlichsten Stadt Europas, am Eismeer die Mehrheit in der Gemeindevertretung. —

In Kristiansand wurden 6 Socialdemokraten, 24 Konservative und 22 Liberale gewählt.

In Skien 9 Arbeitervertreter, 19 Konservative, 14 Abstinenzler und 10 liberale Gemeindevertreter gewählt.

Die Fortschritte der Socialdemokratie haben großes Aufsehen erregt. Charakteristisch für die Stimmung in bürgerlichen Kreisen ist, was die konservative Zeitung „Aftenposten" schreibt: „Es nützt nichts, sich die Wahrheit zu verbergen, daß die Socialdemokratie in unserm Lande immer mehr um sich greift, daß sie unaufhaltsam wächst und daß die bürgerlichen Parteien beizeiten beginnen müssen, ein Bollwerk zu bauen, das stark genug ist, um die Angriffe der Socialdemokraten auf die bestehende Gesellschaftsordnung zurückzuweisen. Die Wahl in Bergen ist ein Wahrzeichen, das am besten die Entwicklung kennzeichnet. Wie schon das Gleiche in vielen andren Städten. Der Totaleindruck der bisher vollzogenen Wahlen ist, daß die Socialdemokratie sich in unsrem Lande in einem unaufhörlichen Wachstum befindet."

Aus Industrie und Handel.

In der Generalversammlung der Neuen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft wurde dem gegenwärtigen Direktor die Entlastung verweigert, weil man ihm die Schuld an dem schlechten Geschäftsergebnis beimißt, vor allem sind die Aktionäre entrüstet, daß trotz erheblicher Zuschüsse das Unternehmen am Rande des Verderbens steht. Es wurde die Forderung laut, Herr Voigt solle sein Amt freiwillig niederlegen, zumal gegen ihn, wegen seiner optimistischen Aeußerungen in der letzten Generalversammlung, Regreßansprüche geltend gemacht werden könnten. Bezüglich einer Vereinigung mit der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft wurde dem Aufsichtsrat empfohlen, die Fusionsbestrebungen mit aller Energie weiter zu betreiben. Wie nachträglich berichtet wird, hat der Aufsichtsrat die Entlassung des Direktors Voigt verfügt.

Watt, Accumulatorenwerke, Aktiengesellschaft Berlin. Der Vorstand kündigt für die diesjährige Generalversammlung die Mitteilung an, daß die Hälfte des Grundkapitals verloren ist. Zugleich wird eine außerordentliche Generalversammlung zwecks Beschlußfassung über Herabsetzung des Grundkapitals und Zuzahlung auf die Aktien einberufen.

Ein Zeitbild. Ein Berliner Cigarrenfabrikant fragte bei einem seiner langjährigen Kunden, einem Kleinhändler in Remscheid an, weshalb dieser gar nichts mehr bestelle und ob er denn seine Ware von einem andern Lieferanten beziehe. Der Remscheider Händler antwortete darauf, daß er wegen des schlechten Geschäftsganges der dortigen Industrie fast gar keinen Absatz mehr habe. In dem Schreiben heißt es:

Die Zahl der Arbeiter im Röhrenwerk hat sich über die Hälfte vermindert. Fast sämtliche früheren Arbeiter sind verabschiedet oder nach Rath bei Düsseldorf versetzt worden. Die Arbeit geht hier so schlecht wie seit langen Jahren nicht, und wo noch Arbeit ist, da werden die Arbeiter übermäßig gezwiebelt. 10—25 Proz. werden den Arbeitern schon seit dem 1. September am Lohn gekürzt. Die alten Arbeiter sind durch neue ersetzt, die nur einen sehr geringen Lohn erhalten. Unter solchen Umständen kann fast niemand mehr an Cigarrenrauchen denken.

Das ist die Klage eines Einzelnen. Hunderte, ja Tausende kleiner Geschäftsleute könnten durch ähnliche traurige Erscheinungen bekunden, wie die Arbeitslosigkeit auch bei ihnen den Geschäftsgang beeinträchtigt. Aber trotz alledem will man den Notstand weiter Volksschichten noch durch unverschämte Zollerhöhungen verschlimmern.

Die Laurahütte in Oberschlesien kündet ihren Arbeitern eine Lohnreduktion von 6 bis 8 Proz. an. Eine schöne Weihnachtsgabe für die Arbeiter.

Verhaftet wurde der Großfabrikant Hermann Krahner, Inhaber der mit 800 000 M. Passiven in Konkurs geratenen Lederfirma Hermann Krahner jun. in Neustadt. Die Verhaftung erregt außerordentliches Aufsehen.

Walzdraht-Syndikat. Die am 13. und 14. Dezember in Köln gepflogenen Verhandlungen haben nach Meldungen von dort zur Neubildung des Walzdraht-Syndikats geführt. Die oberschlesischen und süddeutschen Gruppen werden dem Syndikat angegliedert und der Sitz der gemeinsamen Verkaufsstelle von Hagen nach Berlin verlegt.

Eine geschäftliche Besserung ist in den letzten Wochen in der schweizerischen Stickerei-Industrie eingetreten. In St. Gallen, dem Hauptsitze derselben, sind größere Aufträge eingegangen, die volle Beschäftigung der Stickerei-Arbeiter wie auch ein Steigen der Preise für verschiedene Stickereien zur Folge hatten. Zugleich wird von beabsichtigten Fabrikerweiterungen berichtet, so aus Arbon am Bodensee, und ferner sind in Stickmaschinenfabriken infolge neuer Aufträge die vor Monaten wegen Arbeitsmangel entlassenen Arbeiter wieder eingestellt worden.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen im Maurergewerbe 1901. In 134 Orten hat der Centralverband der Maurer Deutschlands in diesem Jahre Lohnerhöhungen und teilweise auch Verkürzungen der Arbeitszeit durchgesetzt; in den meisten Fällen wurden die Erfolge auf dem Wege gegenseitiger Unterhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, also ohne Streiks erzielt. Von den 134 Orten sind die wichtigsten Bernburg mit 19 Orten in der Umgegend (der bisherige Höchstlohn von 40 Pf. wurde als Mindestlohn anerkannt), Cassel (Lohnerhöhung um 2 Pf.), Coburg (Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, Lohnerhöhung um 2 Pf.), Greifswald (Lohnerhöhung um 3 Pf.), Ketzin und 19 Orte der Umgebung (Lohnerhöhung um 2½ bis 4½ Pf.), Meuselwitz und 21 Orte der Umgebung (Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, Lohnerhöhung um 2 bis 3 Pf.), Wiesbaden (Lohnerhöhung um 5 Pf.). Die Lohnerhöhungen und Arbeitszeit-Verkürzungen haben ausnahmslos nur in Mittel- und Kleinstädten, sowie in Landorten stattgefunden. Es ist das ein Beweis dafür, daß die Krise sich dort in dem Umfange noch nicht breit gemacht hat wie in den Großstädten.

Eine Werftarbeiter-Aussperrung, deren Ursache wohl in der Geschichte der Arbeiter-Aussperrungen ihresgleichen nicht findet, hat die Leitung einer Lübecker Werft unternommen. Auf der Kochschen Schiffswerft in Lübeck hatte der Bohrer Hübner durch einen Betriebsunfall seinen Tod gefunden. Die Werftleitung hatte angeordnet, daß die Werftarbeiter ihrem im Dienst der Werft zu Tode gekommenen Kollegen nicht die letzte Ehre erweisen sollten! Nur eine Delegation sollte dem Begräbnis beiwohnen. Am Donnerstagmorgen erschien ein Anschlag, nach welchem **alle diejenigen Arbeiter, welche** entgegen der „Verfügung" der Werftleitung am Freitag **zum Begräbnis ihres Kollegen gingen, bis zum kommenden Mittwoch ausgesperrt werden sollten.** Man ging noch weiter, indem man erklärte, daß auch dann sämtliche Arbeiter feiern sollten, wenn auch nur eine Arbeiterkategorie der „Verfügung" zuwider handelte. Eine ungeheure und wohlbegreifliche Erbitterung bemächtigte sich der Arbeiter, von denen jeder Einzelne eventuell am nächsten Tage das Schicksal des toten Kameraden teilen konnte. Die Beerdigung gestaltete sich trotz der Drohung der Firma zu einer imposanten. Bis auf fünfzig Mann, einschließlich der alten Leute und der Lehrlinge, blieben alle der Arbeitsstätte fern und reichlich 700 Personen gaben dem im Dienste der Werft Gefallenen das letzte Geleit; vier Banner und 12 Kränze wurde im Zuge mitgeführt. Man hätte meinen sollen, daß im Angesichte dieses braven Verhaltens ihrer Arbeiterschaft die Werftleitung bestimmt ihre Verfügung zurückziehen würde. Aber da meldete der Telegraph, daß die Aussperrung zur Thatsache geworden ist! Giebt es Worte, die bei unsren Begriffen von Preßfreiheit ein solches Verhalten gebührend kennzeichnen können? — Ein Bravo aber den tapferen Arbeitsbrüdern, die trotz aller Drohungen der Werft, trotz des bevorstehenden Weihnachtsfestes durch die That bewiesen haben, daß die Solidarität der Arbeit doch kein leerer Wahn ist!

Die Feingoldschläger in Nürnberg erklärten, lieber in eine Produktions-Einschränkung durch Verkürzung der Arbeitszeit zu willigen, als in eine Lohnreduktion. Auf jeden Versuch, die von den Unternehmern angekündigten Lohnabzüge zur Durchführung zu bringen, wollen die Arbeiter mit Niederlegung der Arbeit in dem betreffenden Betriebe antworten.

Ausland.

Der Streik der Deicharbeiter zu Westkapelle (Holland) ist beendet. Die verlangte Lohnregulierung wurde durch die Unternehmer anerkannt.

Die Eisenarbeiter in Barcelona sind in einen Ausstand getreten. Die Zahl der Ausständigen soll nach dem „Wolffschen Telegraphen-Bureau" 16 000 betragen. Es fanden bereits mehrere Zusammenstöße mit Gendarmen und Polizisten statt.

Eine Konferenz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern findet zur Zeit in New York statt, um ein Uebereinkommen zu treffen, wodurch künftighin die Möglichkeit eines Konflikts zwischen beiden Parteien abgeschwächt werden soll. Ferner soll ein Schiedssystem eingeführt werden, um in Zukunft jeden Ausstand zu verhindern.

Aus der Frauenbewegung.

Fabrikinspektion durch Frauen. Der Landtag des Fürstentums Reuß j. L. bewilligte die Mittel zur Anstellung einer Assistentin des Fabrikinspektors.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 17. Dezember. Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg." aus Dortmund **entläßt** der **Hörder Verein** mit **Jahresschluß gegen 100 Arbeiter,** hofft aber, zu größeren Entlassungen nicht schreiten zu müssen.

Freiberg i. S., 17. Dezember. (W. T. B.) Heute mittag flog, wie der „Freiberger Anzeiger" meldet, die Gelatinebude der Dresdner Dynamitfabrik bei Freiberg in die Luft. Zwei Arbeiter wurden getötet, einer schwer, mehrere andre leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt.

Bern, 17. Dezember. (B. H.) Die Mitglieder des Rates von Bern, welche bereits vor einiger Zeit einen Beschluß zu Gunsten der in den **Konzentrationslagern** befindlichen Boerenfamilien gefaßt hatten, haben nunmehr auch, bis auf einige wenige Ausnahmen, ihre parlamentarischen Diäten in die Kasse zur Unterstützung der Boerenfamilien fließen lassen.

Paris, 17. Dezember. (B. H.) Das Blatt „Rappel" meldet aus London, gerüchtweise verlaute, daß ein Mann auf den **Kaiser** von **Japan** einen **Schuß abfeuerte,** als dieser sich nach dem Parlament begab, um dasselbe zu eröffnen. Der Schuß ging jedoch fehl und es gelang dem Attentäter, bei der entstandenen allgemeinen Verwirrung zu entkommen.

St. Etienne, 17. Dezember. (B. H.) **3000 Weber** sind in den **Ausstand** getreten. Die Ausständigen durchziehen gruppenweise die Straßen der Stadt; Unruhen sind bis jetzt nicht vorgekommen.

Brüssel, 17. Dezember. (W. T. B.) Repräsentantenkammer. Vandervelde änderte seine Tagesordnung ab. In dieser abgeänderten Tagesordnung wird besonders der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die von der englischen Regierung ergriffenen Maßregeln zur Minderung der Sterblichkeit in den Konzentrationslagern wirksam sein werden. Francotte schlägt eine einfache Tagesordnung vor. Man müsse, so sagt er, den Krieg verdammen, aber nicht das große englische Volk. Der Minister des Auswärtigen de Favereau lehnt die Tagesordnung Vandervelde ab, da sie das englische Volk verletze. Es stehe kein Interesse Belgiens in Frage. England habe schon Maßregeln ergriffen, bevor die Socialisten beschlossen, zu interpellieren. Der Minister schließt sich der einfachen Tagesordnung an, welche von der Kammer mit 51 gegen 46 Stimmen angenommen wird.

Rom, 17. Dezember. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Das Haus und die Galerien sind stark besetzt. Pantano spricht namens der republikanischen Gruppe über die Angelegenheit Ferri und erklärt, er wende sich keineswegs gegen die Anwendung der Geschäftsordnung, indessen solle die über Ferri verhängte Censur widerrufen und ihm die Teilnahme an der Sitzung gestattet werden, damit er seine Aeußerung vom Sonnabend erläutern könne. Costa erklärt namens der Socialisten, man habe gestern bei Anwendung der Geschäftsordnung die von dieser vorgesehenen Garantien nicht beachtet. Darauf läßt der Präsident zunächst über das Protokoll der gestrigen Sitzung abstimmen. Dieses wird genehmigt. Der Präsident legt sodann dar, daß sein Verhalten bei dem ganzen Zwischenfall Ferri durchaus richtig und gesetzlich gewesen sei und stellt danach den von Pantano und Genossen eingebrachten Antrag zur Abstimmung, wonach die Censur über Ferri aufgehoben und dieser zur Erläuterung seiner Worte zugelassen werden solle. Ministerpräsident Zanardelli erklärt, daß sich die Mitglieder des Kabinetts der Abstimmung enthalten werden. Der Antrag Pantano wird durch Sitzenbleiben und Aufstehen abgelehnt. In diesem Augenblick schlägt Abgeordneter Ferri, der hinter einer verschlossenen Glasthüre steht, eine Scheibe ein und schreit: „Die parlamentarische Camorra dauert fort!" (Heiterkeit; minutenlange Unruhe.) Nach diesem Zwischenfall tritt die Kammer in die Tagesordnung ein.

Die Beratung über den Antrag Luzzatti betreffend Besserung der Zustände in Neapel und Süditalien wird wieder aufgenommen.

London, 17. Dezember. (W. T. B.) Lord Kitchener meldet aus Belfast vom 17. Dezember, General French berichte, daß Kommandant Krutzinger bei dem Versuche, die Blockhäuser-Linie in der Nähe von Hanover Road zu überschreiten, schwer verwundet und gefangen genommen worden sei.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Zur Gemeindewahl in Mainz.

Von Eduard David.

Der „Vorwärts" hat sich in verschiedenen Notizen über Gemeindewahlen in Hessen und insbesondere über diejenigen in Mainz mißbilligend ausgesprochen. So wenig ich ihm das Recht bestreite, Kritik zu üben, wo und wie er es für angebracht hält, so scheinen mir doch zwei Voraussetzungen dabei sehr wünschenswert.

Erstens könnte unser Centralorgan so viel Rücksicht auf kämpfende Parteigenossen nehmen, daß es seine Kritik nicht mitten in den Wahlkampf hineinwirft, wie das mit den beiden ersten Notizen geschehen ist. Damit erregt man nur Verwirrung und Verstimmung in den eignen Reihen und fördert die Sache der Gegner.

Zum Zweiten fände ich es schöner, wenn man sich, bevor man von oben herunter und vor aller Welt einen Urteilsspruch abgiebt, erst über die speciellen Verhältnisse informieren wollte. Eine briefliche Anfrage ist doch billig. Genügt die interne Auskunft bezw. Aussprache der „oberen Preßbehörde" nicht, so ist es ihr ja immer noch unbenommen, ihre Censur zu erteilen. Ich dächte, das wäre der unter parteigenössischen Instanzen richtigere Weg.

Der Verfasser jener Notizen kennt nicht einmal das Wahlverfahren bei den hessischen Gemeinderatswahlen. Das hält ihn nicht ab, Betrachtungen über die Siegeschancen anzustellen, die die Mainzer Parteigenossen auch ohne „Kompromiß" gehabt hätten. Zu seiner Information bemerke ich: Unsre Kommunalwahlen sind Kollektivwahlen; die ganze Stadt bildet einen Bezirk; sämtliche freiwerdenden Mandate (ein Drittel aller) werden in einem allallgemeinen Wahlgang gewählt; der Zettel resp. die einzelnen Namen, welche die höchsten Stimmenzahlen aufweisen, haben gesiegt. Es genügt also die relative Mehrheit im ersten Wahlgang; eine Stichwahl giebt es dabei nicht.

Dieses Wahlsystem könnte dem Fernstehenden auf den ersten Blick als sehr günstig für die Socialdemokratie erscheinen. Es ermöglicht in der Theorie einer Partei die Gewinnung sämtlicher Mandate der Stadt schon dann, wenn sie stärker ist als jede andre Partei, einzeln genommen; sie braucht nicht erst so stark zu werden, daß sie die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt.

In der Praxis gestaltet sich die Sache aber ganz anders. Die relativ stärkste Partei, die es unternimmt, durch Aufstellung eines reinen Zettels sämtliche Mandate an sich zu reißen, hat naturgemäß sofort alle Parteien gegen sich. Alle sonstigen Gegensätze treten für diesen Fall zum Zweck der Selbsterhaltung zurück. Die Folge ist, daß die relativ stärkste Partei gar nichts und die Minoritätsparteien alles erhalten.

Der Ausgang der Offenbacher Wahl bietet dazu eine klassische Illustration. Die Ueberrumpelung 1898 hat die Gegner gewitzigt, und in dem Maße, wie die Socialdemokratie als Mehrheitspartei die specifischen Arbeiterinteressen in nachdrücklicherer Weise zur Geltung brachte, schlossen sich alle Schichten des Bürgertums zur gemeinsamen Abwehr zusammen. Dem glänzenden Sieg vor drei Jahren folgte die bedauerliche Niederlage des reinen Arbeiterzettels diesmal. Und das wird sich wiederholen, sofern es der Partei nicht gelingt, die sichere absolute Mehrheit der Stimmberechtigten hinter sich zu bekommen. Daß das in Offenbach, der ausgesprochensten Industriestadt Hessens, wo uns das Reichstagsmandat im ersten Wahlgang zufällt, trotz intensivster Agitation nicht gelang, zeigt zugleich, was es mit den Kautelen unires Kommunal-Wahlrechts (Ortsbürgerrecht oder vierjährige Ansässigkeit! Zahlung des letztfälligen Kommunal-Steuerzieles bis zum Wahltage!) auf sich hat. In den übrigen hessischen Städten hat die Socialdemokratie aus eigner Kraft bis jetzt noch keinen einzigen Stadtratssitz erobert.

Die Wahlvereinbarungen können, wie das in Gießen und Darmstadt der Fall war, durch Austausch von Namen auf den besonderen Parteizetteln erfolgen, oder sie können sich, wie in Alzey und Mainz, durch Zusammenstellung der Parteikandidaturen auf einen gemeinsamen Zettel vollziehen. Im Effekt kommt beides auf dasselbe hinaus. Es hängt von den örtlichen Verhältnissen und der jeweiligen Situation ab, welches Verfahren vorzuziehen ist. Von einem „Kompromiß" im Sinne einer Programmkonzession ist dabei gar keine Rede. Es sind lediglich Wahlvereinbarungen von Fall zu Fall, aufgenötigt durch ein Wahlsystem, das die brutalste Unterdrückung aller andren durch die relativ stärkste Partei bedeutet, sofern nicht durch vorherige Vereinbarung eine Art Proportional-Wahlsystem — allerdings eine sehr mangelhafte Art — daraus gemacht wird.

Das in Preußen übliche Dreiklassen-Wahlsystem macht es, bei aller ihm anhaftenden Elendigkeit und Ungerechtigkeit, der Socialdemokratie doch viel leichter eine beschränkte Zahl von Stadthaussitzen zu erobern, wie das hessische „allgemeine" Wahlrecht. Zur Eroberung der dritten Wählerklasse nach Einzelbezirken bedürften auch wir keiner „Kompromisse", und der Telegraph hätte nicht mit dem Sieg in Berlin zugleich die Niederlage in Offenbach zu verbreiten gehabt.

Es hängt natürlich von der parteipolitischen Konstitution der verschiedenen Städte ab, wie die Wahlkombinationen sich gestalten. In Offenbach stehen jetzt Nationalliberale und Ultramontane innig vereint gegen die Socialdemokratie; unsere Genossen sind da nicht mehr in Versuchung, Wahlbündnisse einzugehen. In Gießen beherrscht eine nationalliberal-freisinnige Mehrheit die Wahl; die Herren haben aber wenigstens soviel „Anstand", einen Socialdemokraten jeweils auf ihren Zettel zu nehmen. In Darmstadt dominieren die Nationalliberalen, sie bewilligen den übrigen bürgerlichen Parteirichtungen (Freisinnige, Antisemiten, Ultramontane) ein paar Sitze und schließen die Socialdemokratie principiell vom Stadthaus aus. Durch Kandidatenaustausch mit allen nichtnationalliberalen Parteien haben sich jetzt unsre Genossen endlich zwei Sitze erzwungen. In Alzey waren die Freisinnigen herrschende Partei. Im Zusammengehen mit einer nationalliberal-ultramontanen Opposition hat die Socialdemokratie nunmehr den ersten Sitz erobert.

Ueberall ist es die historisch gegebene Situation, die unsren Genossen das Zusammengehen mit diesen oder jenen vorschreibt. Sie können sich ihre Bundesgenossen nicht wählen, sondern sie müssen diejenigen nehmen, die gleich ihnen in die Opposition gegen eine dominierende Partei oder Parteikombination gedrängt sind. Das Gesamtbild mag sich für den Betrachter in der Ferne dann buntscheckig genug ausnehmen. Allein, wenn man sich nicht auf „principielle" Proteste beschränken, sondern auch Mandate und damit Einfluß auf die städtische Verwaltung gewinnen will, dann muß man schon mit den Wölfen heulen. Konkrete Verhältnisse lassen sich eben nicht mit abstrakten Schablonen meistern.

Was nun speciell die Bischofsstadt Mainz betrifft, so ist sie bekanntlich die geistige Centrale des mittelrheinischen Ultramontanismus. Man muß das Vorgehen, die offenen und versteckten Machtmittel des politischen Klerikalismus aus der Nähe zu beobachten Gelegenheit haben, um den Einfluß schätzen zu können, den das Centrum im kommunalen und privaten Leben katholischer Städte ausübt. Und dieser Einfluß ist in den letzten Jahren immer stärker hervorgetreten. Dazu kommt die wachsende Machtstellung des Centrums im Reich, die wiederholten Verstöße gegen das geistige und künstlerische Leben der Nation. Das hat die latente Opposition gegen den klerikalen Druck in der gesamten Bevölkerung anwachsen lassen.

Aus dieser Stimmung ist das Wahlbündnis aller nichtultramontanen Parteien entstanden. Was der Diplomatie des Centrums seit einer Reihe von Jahren bei den Kommunalwahlen gelungen war, alle bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie zu vereinen, gelang ihr diesmal nicht mehr. Demokratie und Freisinn erklärten sich von vornherein zu einem Bündnis gegen das Centrum bereit. Die Nationalliberalen schwankten. Einflußreiche Personen in ihrer Führung neigten wieder zum Anschluß an das Centrum. Eine nationalliberale Parteiversammlung annullierte jedoch mit großer Mehrheit diesen Antrag und beschloß, den Anschluß nach links zu suchen; ein Begehren, das bei Freisinnigen und Demokraten die stärkste Fürsprache fand. Hätten wir das Zusammengehen abgelehnt, so wäre es dem Centrum höchstwahrscheinlich doch wieder gelungen, das frühere Kartell gegen uns zu Wege zu bringen. Der Aufmarsch in drei Schlachthaufen, wie es der Kritiker im „Vorwärts" annimmt, wäre gewiß nicht erfolgt. Denn er bedeutete bei der Eigenart unsres Wahlsystems den sicheren Sieg des stärksten Haufens, also der Socialdemokratie, über die beiden getrennt kämpfenden Haufen der bürgerlichen Liberalen und der Ultramontanen. Nur mit vereinten Kräften konnten sie eine Niederlage abwehren.

Die Wahlziffern zeigen, daß auch wir, auf uns allein gestellt, den vereinigten Gegnern unterlegen wären. In diesem Fall wäre unsre seither vierköpfige Fraktion bis auf eine einzige Säule weggefegt worden. Denn es standen unsre drei, vor neun Jahren durch Zusammengehen mit den Freisinnigen gewonnenen Mandate zur Nachwahl. Vor sechs Jahren hatten wir, da isoliert, nichts erobert. Vor drei Jahren war Genosse Haas durch Kandidatenaustausch mit einem zu Wahlzwecken gebildeten oppositionellen „Bürgerverein" gerade noch hineingeschlüpft. Die Wahlbeteiligung war diesmal, dank der verzweifelten Gegenwehr der Ultramontanen und dank der zugkräftigen Parole: Abrechnung mit dem verhaßten Centrum! eine sehr starke. Nahezu 70 Proz. der Stimmberechtigten haben abgestimmt. Die Arbeiterschaft ist mit Begeisterung und in geschlossenem Heerbann an die Urne marschiert. Wir können sicher 3000 von den 5636 ungestrichenen Zetteln der vereinigten Parteien auf unser Conto rechnen. Nehmen wir auch noch die Hälfte der 645 gestrichenen Zettel dazu, so gäbe das rund 3300 socialdemokratische Stimmen. Das wäre ein glänzender Stimmenzuwachs gegen 1898, wo wir rund 2800 ungestrichene und gestrichene Zettel zählten. Aber es hätte doch nicht ausgereicht, um die vereinigten Gegner zu schlagen. Für letztere blieben immer noch ca. 5000 (2800 liberale und 2288 ultramontane) Stimmen. Selbst wenn die Losung: Alle gegen die Socialdemokratie! noch einige Hundert bürgerliche Centrumsfeinde auf unsre Seite gebracht und noch einige weitere Hundert mißvergnügte Liberale veranlaßt hätte, zu Hause zu bleiben oder ein paar socialdemokratische Namen auf ihren Zettel zu nehmen, so hätte uns das alles den Sieg doch noch nicht gebracht.

Hätten uns die gegnerischen Parteien ein isoliertes Vorgehen aufgezwungen, so hätten wir selbstverständlich den Kampf auch so mutig aufgenommen. Aber bei der geschilderten Sachlage unsrerseits die Isolierung zu provozieren, dazu fehlte uns in der That diejenige Dosis von — sagen wir „Principienfestigkeit", die dazu gehört, um mit ruhigem Gewissen eine Machtposition in den Wind zu schlagen, wenn man in der Lage ist, sie nicht nur zu erhalten, sondern sie sogar zu stärken.

Denn das letztere war unsre Bedingung für das Zusammengehen. Wir verlangten, daß uns aus Rücksicht auf die früher an uns verübte Vergewaltigung die dem Centrum abzujagende Beute ungeschmälert zufiel. Das wurde uns zugebilligt. Die Demokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen erhalten lediglich ihre freiwerdenden Mandate zurück; wir allein vermehren unsre Sitze um die zwei dem Centrum entrissenen. Dadurch steigt die Zahl unsrer Vertreter im Stadthaus auf sechs. Das ist sicherlich besser, als wenn sie bis auf einen dahingeschwunden wäre.

Aber — höre ich einwerfen — was hülfe es der Partei, wenn sie alle Stadthaussitze gewönne und nähme doch Schaden an ihrer Seele! Auch ich bin dem gewichtigen Korn Wahrheit, das hierin liegt, nicht unzugänglich. Ich habe aber die beruhigende Ueberzeugung, daß wir durch diese Wahl nicht im mindesten die „höheren Gesichtspunkte" mißachtet haben, die für unsre Partei auch bei Kommunalwahlen gelten. Wir haben unser kommunalpolitisches Programm wie früher ohne Abstriche oder Konzessionen in den Kampf geworfen. Wir haben wiederholt in Presse und Agitation auf die großen Gegensätze hingewiesen, die die Socialdemokratie von dem bürgerlichen Liberalismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete scheiden. Von irgend einer Vertuschung oder Principienverwischung war gar keine Rede.

Andrerseits konnten wir mit gutem Gewissen auch auf das Gemeinsame hinweisen, das die liberalen Parteien mit uns verbindet gegenüber den Ultramontanen. Der „Vorwärts" hat den Ausdruck: die vier „liberalen" Parteien, in kritische Gänsefüßchen gesetzt. Gewiß, der Socialismus steht dem Liberalismus als wirtschaftspolitische Theorie schroff gegenüber und die socialpolitische Praxis der Nationalliberalen und Freisinnigen dient den Interessen des Kapitalismus. Aber in geistig-kulturellen Fragen stehen wir auf dem gemeinsamen Boden der liberalen Weltanschauung. In allen Schul- und Bildungsfragen kommt dies zum klaren Ausdruck. Diese spielen aber in der kommunalen Politik keine kleine Rolle. Im Kampf gegen die ultramontane Reaktion stehen wir Schulter an Schulter mit dem bürgerlichen Liberalismus. Wird dieser Gegensatz aufgerollt, dann gehören wir auch zu den „liberalen" Parteien, liberal hier im alten guten Sinn von freiheitlich gemeint.

Und von dieser Seite aus betrachtet hat die Mainzer Kommunalwahl eine mehr als lokale Bedeutung.

Die Mainzer Bevölkerung ist zu 2/3 katholisch, und die „Katholische Volkspartei" ist mit Dreiviertel-Mehrheit geschlagen worden. Das ist eine gründliche Niederlage. Sie ist zugleich zu einer moralischen Niederlage geworden, durch die perfide Art, mit der die schwarzen Herren gekämpft haben. Sie haben nämlich die meisten Kandidaten der Nationalliberalen, Freisinnigen und Demokraten offiziell auf ihren Zettel genommen, — angeblich aus Gerechtigkeitssinn, in Wahrheit, um Mißtrauen und Verwirrung in der gegnerischen Vereinigung zu stiften —, und hintennach haben sie dann diese Namen systematisch und massenhaft gestrichen. Dieser Jesuitenkniff ist zahlenmäßig aufgedeckt.

* * *

Der Ultramontanismus ist in einer seiner geistigen und geistlichen Hochburgen aufs Haupt geschlagen, sein in den letzten Jahren dort aufgefrischter Machtnimbus ist zerstört, seine Diplomatie ist entlarvt und diskreditiert worden — mit diesem Erfolg können wir zufrieden sein.

* * *

Wir werden unsre Antwort auf David's Darlegungen morgen geben.

Sociale Rechtspflege.

Der Vertrag der Maurer. Ueber die wichtige Gewerbegerichts-Entscheidung, die die Gültigkeit des Vertrags der Berliner Maurer mit den Unternehmern auch für die dem Centralverband der Maurer nicht angehörigen Arbeiter festlegte, erhalten wir nunmehr die schriftliche Begründung, die wir ihrer Wichtigkeit wegen vollständig zum Abdruck bringen.

Der Kläger begehrt Lohnzahlung für 14 Tage mit 54,60 Mark, weil er ohne Innehaltung der gesetzlichen 14tägigen Kündigungsfrist am 18. November cr. entlassen ist.

Der Beklagte hat Abweisung beantragt und behauptet, daß Kläger unter den von der Achtzehnerkommission festgestellten Bedingungen — und mithin unter Kündigungsausschluß — gearbeitet habe.

Kläger hat dies bestritten und angeführt, daß diese Bedingungen für ihn nicht maßgebend seien, weil er dem Lokalverbande der Maurer angehöre.

Ueber die Behauptung des Beklagten ist der Maurer Wolf als Zeuge vernommen. Beklagter hat ferner eine Nummer des Organes der lokalorganisierten Maurer („Einigkeit" vom 11. Mai 1901) vorgelegt, in der es heißt: „Ganz ausgeschlossen erscheint uns ein Versuch von unsrer Seite, den Vertrag — betreffend die Verlängerung und Ergänzung der allgemeinen Arbeitsbedingungen im Maurergewerbe — nicht anzunehmen."

. . . Es bleibt also nichts anderes übrig, als unsren Organisationsmitgliedern den Rat zu geben, daß sie auch wie die Verbändler, die Arbeitszettel — enthaltend die allgemeinen Arbeitsbedingungen — unterschreiben ꝛc."

Kläger hat behauptet, daß dies nur eine Privatmeinung des betreffenden Redacteurs sei, welche von seiner Organisation nicht gebilligt worden sei, nur die Festsetzung über die Lohnhöhe und die Arbeitszeit habe man beschlossen bis auf weiteres gelten zu lassen.

Nach dem Ergebnis der mündlichen Verhandlung scheinen zum mindesten einzelne wichtige der von der Achtzehnerkommission festgestellten Arbeitsbedingungen auch von den Lokalorganisierten innegehalten zu werden, obwohl sie den Abmachungen betr. Verlängerung und Ergänzung dieser Bedingungen im Frühjahr 1901 nicht beigetreten sind und die Lohnkommission nicht mehr beschicken. So ist von klägerischer Seite auf Befragen zugegeben, daß man beschlossen habe, sich den Festsetzungen über Lohnsatz und Arbeitszeit einstweilen zu fügen, andrerseits sollen z. B. die — neu eingeführten — Bedingungen über Lohnverkürzung bei unverschuldetem Pausieren und über die Menge der zu leistenden Arbeit für unannehmbar erklärt sein. Weitere Bedingungen, darunter die hier in Betracht kommende des Kündigungsausschlusses, scheinen überhaupt nicht näher erörtert zu sein. Nach alledem wird man wohl die Bedingungen über Lohnsatz und Arbeitszeit nach wie vor als Verkehrssitte (§§ 157, 242 Bürgerlichen Gesetzbuches) ansprechen dürfen, nicht dagegen die Bedingungen über Lohnverkürzung und Arbeitsmenge (weil diese erst jetzt eingeführt sind und nicht feststeht, daß sie schon allgemein und ohne besondre Abrede innegehalten werden), und bezüglich des Kündigungsausschlusses wird man die Entscheidung davon abhängig zu machen haben, ob diese Bedingung auch von den dissentierenden Maurern noch immer als etwas Selbstverständliches angesehen wird. Hierüber fehlt es zur Zeit an thatsächlichem Material. Es kommt aber im vorliegenden Falle auch gar nicht auf die Feststellung an, daß Kündigungsausschluß im Baugewerbe Verkehrssitte sei. Denn das Gericht hat auf Grund der Beweisaufnahme und des Ergebnisses der mündlichen Verhandlung die Ueberzeugung erlangt, daß jedenfalls der Kläger nicht nur gewußt hat, daß auf dem fraglichen Bau unter den Bedingungen der Achtzehnerkommission gearbeitet werde, sondern auch durch sein Verhalten diese Bedingungen (zum mindesten die hier in Betracht kommende Kündigungsbedingung) als auch für ihn maßgebend anerkannt hat. Gewußt deshalb, weil bei dem Interesse, das die Frage der Gültigkeit dieser Bedingungen zur Zeit erregt, fast täglich auf dem Bau darüber gesprochen wurde, und weil von Nachbarbauten aus die Maurer seines Baues als Vertragsmaurer gehänselt wurden. Anerkannt aber dadurch, daß er nicht nur den festgelegten Lohnsatz von 65 Pf. annahm, sondern auch die im Laufe seiner Arbeit eintretende Verkürzung der Arbeitszeit besonders billigte, schließlich dadurch, — und hierauf ist vor allem Gewicht zu legen — daß er die kündigungslose Entlassung stillschweigend hinnahm. In diesem Schweigen, wo er nach Treu und Glauben hätte sprechen müssen, liegt die Billigung der Entlassung.

War somit das Arbeitsverhältnis rechtsgültig gelöst, so steht dem Kläger ein Anspruch auf Weiterzahlung des Lohnes oder Schadensersatzes nicht zu. Mithin treffen ihn auch die Kosten. (§ 91 Civil-Prozeß-Ordnung.)

gez. Dr. Schalhorn.

Versammlungen.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband hielt am 14. Dezember eine gut besuchte Generalversammlung ab. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Emil Last als erster Vorsitzender, Paul Heinze als zweiter Vorsitzender; Gustav Hoffmann als erster Kassierer, Bernicke als zweiter Kassierer; Otte als erster und Bernhardt Weihmann als zweiter Schriftführer. Revisoren wurden Korn, Döring und Berndt. In die Fachkommission wurden gewählt Korn, Spann und Adolf Quast von den Webern, Döring und Schönthal von den Strumpfwirkern. Hierauf wurde die in einigen Fabriken angekündigte Lohnreduktion besprochen. Es ergab sich, daß dieselbe in einer Fabrik bis auf einzelne Artikel rückgängig gemacht wurde, in der andern ist dieselbe vorläufig verschoben worden. Genossin Altmann wendete sich in warmen Worten an die Kolleginnen, dieselben mögen sich der Organisation und den Kollegen anschließen. Sodann wurde beschlossen, das Vertrauenspersonen-System einzuführen, um mit den einzelnen Fabriken eine bessere Verbindung herzustellen.

Die Brauer hielten am 15. d. M. ihre Generalversammlung ab. Die Mitgliederzahl hat sich auf über 500 erhöht; in größerem Verhältnis jedoch als diese ist die Summe der Arbeitslosen-Unterstützung im letzten Jahre gewachsen. Den Mitgliedern wurde dringend der Anschluß an die politische Organisation empfohlen, welcher unbedingt notwendig ist, wenn die Brauer Ansehen und jederzeitige Sympathie bei der übrigen Arbeiterschaft genießen wollen.

Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Hodapp erster, Funk zweiter Vorsitzender, Gärtner erster, Schwedler zweiter Kassierer, Wirth erster, Reichardt zweiter Schriftführer, Heider, Spielmann und Steinbauer Revisoren, Kirmse, Wunderlich und Bandow Beisitzer.

Die Bibliothek ist im verflossenen Jahre bedauerlicherweise nur von 15 Mitgliedern benutzt worden. Unter Verschiedenem wurde die Anschaffung einer neuen Reichs-Gewerbe-Ordnung, sowie zweier Exemplare von Informationsbüchern für die aus der Gewerkschaft gewählten Beisitzer beim Reichs-Versicherungsamt beschlossen; dieselben sind nach Ablauf eines Jahres der Bibliothek einzuverleiben.

Die Freie Vereinigung der Asphalteure, Pappdachdecker und verw. Berufsgenossen hielt am Sonntag im Gewerkschaftshause ihre erste ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Weiglin erörterte den Siebenmonats-Bericht. Stattgefunden haben eine öffentliche Versammlung, 7 Mitgliederversammlungen, darunter eine mit Frauen, und 6 Vorstandssitzungen. Trotz Abneigung einiger Kollegen ist die Vereinigung doch auf 333 Mitglieder gestiegen; doch hat dieselbe auch unter der gegenwärtigen schlechten Konjunktur zu leiden. Nach dem Kassenbericht sind eingegangen 1219,80 M., an Ausgaben waren zu verzeichnen 333,16 M., bleibt ein Bestand von 886,64 M. Der bisherige Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer wurden einstimmig wiedergewählt. Als Beisitzer wurden Hoppmann und Pander gewählt, als Revisoren Banisch und Meier, an Stelle der ausgeschiedenen Bezirkskassierer Krüger, Schermer und Rathei. Als Gewerkschaftsdelegierter wurde Julius Täubner vorgeschlagen und auch gewählt.

Johannisthal. In einer gemeinsamen Versammlung hatten sich am 14. Dezember die Genossen der Wahlvereine von Niederschöneweide und Johannisthal zusammengefunden. Reichstags-Abgeordneter Zubeil, der das Referat übernommen hatte, sprach in einem 1½stündigen beifällig aufgenommenen Vortrag über die gegenwärtigen politischen Fragen. Eine längere Debatte rief der 2. Punkt der Tagesordnung: „Die Lokalfrage an der Oberspree" hervor. Fast sämtliche Redner vertraten hier die Meinung, daß die Freigabe der beiden Lokale an der Oberspree, deren Säle uns nicht zur Verfügung stehen, äußerst schädigend für die Parteiverhältnisse der anliegenden Orte sei. Es kommt folgende von Mann gestellte Resolution zur Annahme: „In Anbetracht der schwierigen Lage, in welcher sich die Parteigenossen in Sachen der Lokalfrage befinden, hält es die heutige gemeinsame Versammlung für Niederschöneweide und Johannisthal für ihre Pflicht, dafür einzutreten,

daß in der Lokalliste nur die Lokale aufgeführt werden, die thatsächlich frei sind.“ Ferner wird ein Antrag Grau angenommen, welcher den Vorstand beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen, damit auch den Gewerkschaftsblättern ein Exemplar der Lokalliste beigelegt werde.

Litterarisches.

Karl Henckell: Gedichte für das Volk. Eine Auswahl Zürich, Leipzig, Berlin. Verlag von Karl Henckell u. Co. Vertrieb: Buchhandlung Vorwärts-Berlin. Preis 30 Pfennig.

Zu dieser Weihnacht schenkt Karl Henckell dem deutschen Proletariat eine schöne Gabe. Er hat aus seinen Gedichten eine Auswahl für das Volk zusammengestellt und giebt für dreißig Pfennige in einem schmucken Heft auf gutem Papier, mit bildnerischem Schmuck geziert, mehr als hundert seiner Schöpfungen.

Karl Henckell ist einer der Ganz-Wenigen, in dem die Freiheitsbewegung des Proletariats einen Sänger gefunden hat. Gerade heut, wo die tändelnde Brettelei Leidenschaft ohne Kraft, flitternden Singsang ohne Empfindung, satirische Späße ohne Größe und Ernst als feine weltmännische Gipfelkunst ausruft, kann Henckell zeigen, wo die Hoffnung und der einzig mögliche Freiheitsweg der modernen Poesie sich erschließt.

Henckell kommt als socialer Dichter unmittelbar aus dem Tagesleben der heutigen Gesellschaft, der bunte Inhalt der Zeitung, das Gewirr der Großstadtstraße, der Qualm des Kaffeehauses, der dröhnende Lärm der Fabrik, der Kampf des organisierten Proletariats, Streik und Hunger, Prostitution und Prassertum, ordnungspolizeiliche Chikanen, corpsstudentische Aefferei, die grausen Zahlen der Statistik und die christliche Socialreform — alles das wird ihm zum anklagenden, höhnenden, weinenden, hassenden, sehnenden und befeuernden Liede. In den socialen Satiren verliert er sich nicht in leichten, geleckten, kitzelnden Ulk, er ist derb, bitterernst, oft überschwer von proletarischer Gedrungenheit, grob, massig, aber niemals verflacht er zur bloßen gereimten Tendenz. Er schaut das Elend mit Dichteraugen an, und er geht auch nicht pessimistelnd in der Notschilderung auf, sondern erhebt sich prophetisch, kampffroh, siegessicher zu den Höhen der socialistischen Freiheitsidee. Ob auch Jammer, Schmutz, Gemeinheit in den Niederungen sich breiten — die Gipfel glühen purpurn.

In knappen realistischen Strichen zeichnet er ein Berliner Abendbild:

Wagen rollen in langen Reih'n,
Magisch leuchtet der blaue Schein.
Bannt mich arabische Zaubermacht?
Tageshelle in dunkler Nacht?
Hastig huschen Gestalten vorbei,
Keine fragt, wer die and're sei.
Keine fragt dich nach Lust und Schmerz,
Keine horcht auf der andern Herz.
Keine sorgt, ob du krank und schwach,
Jede rennt ihrem Glücke nach,
Jede stürzt ohne Rast und Ruh
Der hinrollenden Kugel zu.
Langsam schlend're ich im Schwarm allein —
Magisch leuchtet der blaue Schein.
Kaufmann, Werkmann, Student, Soldat,
Bettler in Fetzen, Dirnen im Staat.
Rechnend drängt sich der Kaufmann hin,
Rechnet des Tages Verlust und Gewinn.
Werkmann bebt vor des Winters Not:
„Fänd' ich, ach fänd' ich mein täglich Brot!
Hungernd wartet die Kinderschaar,
's ist ein kritisches, böses Jahr.“

Indessen Henckell begnügt sich nicht mit der Schilderung der sinnlichen Stimmungen und Kontraste des heutigen Daseins — magisch leuchtet über den Dingen, über dem Jahrmarkt, so groß und so klein, der blaue Schein, und so läßt er die Armen singen:

Uns ist gefallen ein Los vor allen
Unvergleichlich und wahrhaft schön:
Wir steigen aufwärts und vorwärts wallen
Wir zu des Lebens leuchtenden Höhn.
Wir sind die Armen, wir sind die Elenden,
Arme und Elende sind wir nicht,
Weil mit reichen Tönen, mit glückbeseelenden,
Zu uns die Stimme der Zukunft spricht.“

Während der erste Teil dieser Sammlung den socialen Dichter vorführt, zeigt uns der zweite den Sänger der alten und ewig neuen Geschichten. Hier duften der Frühling und die roten Rosen, die Mondnacht rinnt, der Rauhreif glitzert und die Liebe spinnt all ihre Zauber, in tiefen Weisen und eignen vollen Tönen. Eine fesselnde Daseinsfreude erfüllt diese Lieder und die Glückeswunder des Daseins rauschen erlöst: Idyllischer Frieden und ein leise lächelnder Humor nach den Kampfgesängen, dem zornigen Gelächter und den schreienden Anklagen der socialen Gedichte.

In der Hast und dem Hader unsrer Werktagsarbeit mag Karl Henckell dem ringenden Proletariat heilig erfüllte Feierstunden bereiten, den Weg zum Ziel leuchtend weisen, soll er uns alle zum Großen und Ewigen mahnen, die Trägen wecken, die Ermüdenden aufrichten und die Verzagenden trösten. Die Kunst war noch immer der tapferste, treueste und hilfreichste Weggesell der Befreier und Revolutionäre.

Fidus, der zarte Maler knospenden Menschentums, hat die Gedichtsammlung mit sinnvollen Zeichnungen begleitet.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit“** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 11. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Zolltarif-Debatte. — Zola als Utopist. Von Franz Diederich-Bremen. — Grundzüge der Handelspolitik. Von K. Kautsky. 1. Schippels historische Methode. — Englische Lokalverwaltung. Von C. Hugo. — Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Württemberg. Von Helene Simon. — Zwei Bücher für die Arbeiterjugend. Von D. Bach. — Litterarische Rundschau: Otto Hübner, Geographisch-statistische Tabellen aller Länder. Leo Berg, Das sexuelle Problem in Kunst und Leben.

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 26 des 11. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Schwarze Weihnachten. Von M. W. — Arbeitsverhältnisse in der Berliner Konfektion. Von dx. — Eine deutsche Fabrikinspektorin über die Gewerbe-Aufsicht durch Frauen. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Was der Hans sah. Eine märchenhafte Weihnachtsgeschichte. Von Ernst Preczang. — Notizenteil: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Frauenstimmrecht. — Vereinsrecht der Frauen. — Genossenschaftsbewegung. — Frauenbewegung.

Der „Wahre Jacob“ giebt soeben seine Weihnachtsnummer, die 26. seines 18. Jahrgangs, heraus. Das farbige Titelbild schildert eine Scene „Auf dem Weihnachtsmarkt“, den Serenissimus mit seinem Besuche beehrt und dort seine volkswirtschaftliche Weisheit verkündet. Dem Weihnachtsfeste sind dann noch zwei Gedichte, eines davon von Klara Müller, ferner eine Novelle aus der Feder der letzteren, die Skizze „Momentbilder“ von Max Kegel und mehrere andre Beiträge gewidmet. Das farbige Rückbild „Im zoologischen Garten“ behandelt den auf dem Kasernenhofe üblichen Umgangston. Weitere Beiträge behandeln die militärischen Duellaffairen der letzten Zeit und andre aktuelle Themata.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7–9 Uhr abends statt.

Weißgerber 59. Es werden nach dem betreffenden Orte Arbeiterbillets nicht verausgabt.

B. B. 100. 1. Wenden Sie sich an das „Volksblatt“ in Harburg, Gr. Schippsee 4, p. 2. Ernst, Buchdruckerei, Brunnenstr. 164.

G. G. 20. Zur guten Weißen.

Verviers. Bocks Buch vom gesunden und kranken Menschen können Sie durch die Buchhandlung Vorwärts gebunden zum Preise von 12 M. beziehen. Die technischen Fragen können wir im Briefkasten nicht beantworten.

E. Sch. 169. Wir raten Ihnen, sich zunächst beim Magistrat zu beschweren.

Osterwald. Wir können unmöglich Versammlungsberichte aus Hannover aufnehmen.

Vorwerk. Zahlen Sie und fordern Sie beim Gericht die unnötig verursachten Kosten ein.

E. Sch. Den Laden brauchen Sie nicht bis zum Schluß des Vertrages offen zu halten. Wohl aber müssen Sie bis dahin die Miete zahlen und rechtzeitig kündigen, damit nicht eine Verlängerung des Vertrages eintritt. — **M. M. 12.** Wenden Sie ein, daß nicht Sie, sondern lediglich Ihr Mann gekauft hat. Allerdings würden aber auch Sie haften, wenn Sie etwa in einem Vertrag oder mündlich als Mitkäuferin aufgetreten sind. — **A. B. 4.** 1. Nein. 2. Die Abteilung für „Hauspflege“ des Berliner Frauenvereins hat folgende Komiteestellen: SO. Frau Fränkel, Grünauerstraße 6, O. Frau Dr. Birnbaum, Frankfurter Allee 171a, NO. Frau Vogel, Charlottenburg, Uhlandstr. 183, N. Frau Wallich, Bellevuestr. 18a, NW. Frau Gustavus, Spenerstr. 33. 3. Zu 10 Jahren. 4. Zum Landtag und zur Stadtverordnetenwahl können nur Preußen wählen. Die Aufnahme in den preußischen Staatsverband muß jedem Deutschen erteilt werden. Ein Formular für solchen Aufnahmeantrag erhalten Sie durch Ihren Wahlverein. — **O. K. 68.** 1. Nein. 2. Ja. — **A. F., Fürstenwalderstraße und H. H. 15.** Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. — — **A. A. 1.** 1. Die Invaliditätsanstalt zieht das Krankengeld von der Kasse ein. Sie kann dem Patienten auf seinen Antrag einen Teil gewähren. Die hiesige gewährt durchschnittlich etwa 8 M. 2. Der Wirt hat das Recht, die gesamte Miete zu verlangen. Nur kann er nicht auf Exmission wegen unpünktlicher Mietszahlung in der Zeit klagen, in der er mit den Ratenzahlungen einverstanden war. Verlangt der Wirt, daß fortan pünktlich und vollständig gezahlt werde, so kann ihm eine Einrede aus der früheren Ratengestattung nicht abgeleitet werden. — **A. W. 9.** Nein. — **Musterbetrieb N.** Zunächst müßten Sie abwarten, was die Zeugin aussagen wird. Erst dann, wenn aus der Zeugenaussage hervorgehen sollte, daß eine grobe Beleidigung derselben vorgelegen habe, würde eine sofortige Entlassung derselben gerechtfertigt gewesen sein. Sie können sich auf die andren anwesend gewesenen Arbeiterinnen Ihrerseits beziehen. — **N. 2000.** Es ist das Gerathenste, sich direkt an den Magistrat zu wenden. — **Gesundebraten.** Nach dem Gesetz ist leider die Herrschaft im Recht. Nach der Gesinde-Ordnung muß Kost bis zur Sättigung gegeben werden, nur „offenbar der Gesundheit nachteilige und ekelhafte Speisen kann das Gesinde anzunehmen nicht gezwungen werden.“ Ein Grund, wegen mangelnder Kost ohne vorhergehende Aufkündigung den Dienst zu verlassen, liegt erst dann vor, wenn die Herrschaft dem Gesinde „selbst die notwendige Kost verweigert“. — **F. N. 110.** Wenn Sie sich zur Zahlung des Betrages verpflichtet haben, ist nichts zu machen. Sonst hängt die Entscheidung der Frage, ob Sie rechtlich verpflichtet sind, Ihren hilfsbedürftigen Vater zu unterstützen, davon ab, ob der Richter annimmt, daß Sie dies ohne Beeinträchtigung des standesgemäßen Unterhalts Ihrer Person und Ihrer Familie thun können. Zur Erstattung der von der Stadt gezahlten Unterstützung sind Sie nicht verpflichtet. — **N. N. 12.** Voraussichtlich würde die Klage gegen Sie Erfolg haben. Sie können im Termin beantragen für den Fall einer Verurteilung zur Exmission, Ihnen eine angemessene Frist zur Räumung zu gewähren und diese Frist bis zum 1. Januar zu erstrecken. Der Richter kann auf solchen Antrag eingehen, ist aber hierzu nicht verpflichtet. Ein Beispiel für solche Klageantwortung finden Sie auf S. 231 des dem Arbeiterrecht angefügten Führers. — **O.** Uns nicht bekannt. — **Zahlungsbefehl.** Der Antrag auf Erlaß eines Zahlungsbefehls ist an das Gericht zu richten, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie Seite 435 des „Arbeiterrecht“. Das Buch liegt in den öffentlichen Lesehallen aus. — **M. B.** Auch wenn Sie nicht mehr in Arbeit sind, können Sie weiter kleben. — **A. R. Chamisso-Platz.** Verjährung liegt nach der herrschenden Rechtsprechung nicht vor. — **Karl B.** Die Berufung in Strafsachen muß innerhalb einer Woche nach der Verkündung des Urteils bei dem Gericht, welches gesprochen hat, schriftlich oder zu Protokoll eingelegt werden. In Ihrem Fall scheint die Berufung wenig Aussicht auf Erfolg zu haben. Sie hätten bereits in erster Instanz Ihre Frau als Zeugin benennen oder mitbringen sollen. Die Kosten der Berufungsinstanz einschließlich der Anwaltskosten würden etwa 70 Mark ausmachen. — **O. E. H.** Ja. — **B. A. T.** Nein. — **A. Sch. 100.** Zur Mietszahlung würden Sie verpflichtet sein. — **A. 82.** Eine Strafanzeige hätte wenig Zweck. Sie kommen eher zu Ihrem Ziel, wenn Sie auf Zahlung des Restes beim Gericht klagen. Zuständig ist, falls es sich um eine Summe bis 300 Mark handelt, das Amtsgericht, sonst das Landgericht. Die Anhängung der Klage bei einem Landgericht müßte durch einen Anwalt erfolgen. — **Alter Abonnent, F. L. 12.** 1. Sie können stets vor der Zeit kündigen, also auch am 31. 2. Nein. — **H. 185.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Doch. — **K. 8.** Der junge Mann hat selbst zu klagen. Ob er krankenversicherungspflichtig ist, ist aus Ihren Angaben nicht zu ersehen, weil daraus nicht erhellt, ob er als Handlungsgehilfe angestellt war. War er als Handlungsgehilfe angestellt, so war er versicherungspflichtig, wenn die Kündigungsfrist auf weniger als 6 Wochen zum Quartalsersten abgekürzt war. In diesem Fall wäre die Kasse (zunächst bei der Aufsichtsbehörde), nicht Ihr Chef, zu verklagen. Krankenkassenmitglied wird man nicht durch die Anmeldung, sondern durch das Gesetz auch bei fehlender Anmeldung. Die unterlassene Anmeldung hat nur Rechtsnachteile des Chefs der Kasse gegenüber zur Folge. Bestand sechswöchentliche Kündigungsfrist, so ist der Chef verpflichtet, 6 Wochen hindurch das volle Gehalt zu zahlen. — **B. B.** Lassen Sie sich ein Verzeichnis über Gesetze ꝛc. von der Buchhandlung Vorwärts schicken.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Vater und Großvater, der Töpfermeister

Carl Bielecke

am 15. Dezember, abends 7½ Uhr, nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. 26485

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Jakobi-Kirchhofes zu Rixdorf statt.

Gustav Scholz nebst Kindern.

Danksagung.

Für die mir bezeigte Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes und Vaters, des Ciseleurs

August Bergner

insbesondere allen Verwandten und Bekannten, dem „Verbande der Graveure und Ciseleure“, den Kollegen der Firmen Arndt u. Martus und Schöffer u. Walcker, und dem Berliner Männerquartett „Harmonie“ sage ich hiermit meinen besten Dank. 26496

Emilie Bergner, geb. Wolter.
August Bergner.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben unvergeßlichen Mannes, unsres guten Vaters, des Gastwirts

Robert Grüneberg

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsren herzlichsten Dank. Besonders danken wir dem Gesangverein „Einigkeit“. 26505

Berlin, den 16. Dezember 1901.

Ww. Marie Grüneberg.

Echte Perser

Teppiche, Kelims, Djidjims, Erker- und Gebet-Teppiche, alte und neue Stücke imitiert Perser spottbillig

Teppich-Lefèvre

Oranienstr. 158.

Gänsefedern

mit allen Daunen, ungerissen 1,30 bis 1,50, gerissen 2,00–3,50. [27242*

Paul Paegelow, Wrietzen (Oderdruch).

Weihnachts-Prämie

für

die Abonnenten des „Vorwärts“.

Wir liefern

zum Vorzugspreise von 3 Mark:

Hauff's illustrierte Werke in zwei Prachtbänden.

Ebenso liefern wir unseren Abonnenten das neu erschienene herrliche Kunstblatt in Kupfergravüre:

Die Freiheit führt das Volk an

(nach dem Gemälde von E. Delacroix. 95/72 Ctm. groß)

zum Vorzugspreise von 5 Mark.

Ferner:

Portraits von Marx und Engels.

Zwei Kunstblätter in Kupfer-Radierung (Größe 85/65 Ctm.)

zum Vorzugspreise von 5,– Mk. statt 8,– Mk.

Die Partei-Spediteure:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, part. im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stoltzenburg, Wiesenstraße 41/42. — **Gesundbrunnen:** Hermann Raschke, Grünthalerstraße 65. — **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sesenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, v. I. — **Wilmersdorf:** W. Nickel, Uhlandstraße 108, parterre. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde:** Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. — **Rixdorf:** Ostermann, Erststraße 6. — **Schöneberg:** Wilh. Bäumler, Apostel Paulusstr. 13, Quergeb. Hochp. — **Köpenick:** Friedrich Woick, Grünstraße 29. **Neu-Weissensee:** H. Bachmann, Lehderstr. 1

Die schönsten und passendsten

Weihnachts-Geschenke

sind gut gearbeitete 28882*

Steppdecken.

Am besten und billigsten direkt in der Fabrik

Bernh. Strohmandel, Berlin S., 72. Wall-Strasse 72.

Wo auch alte Decken aufgearbeitet werden.

Achtung! Vereine, welche zu den Feiertagen und Neujahr noch keinen Klavierspieler bestellt haben, werden ersucht, sich an **R. Zeidler**, Landsberger Platz 4, (nachm. 4–9) zu wenden. 26545

Teilzahlung

monatlich 10 M. liefert elegante

Herren-Garderobe

nach Maß, auch bar Kasse allerbilligste Preise. Fert. Garderobe stets vorrätig.

Tomporowski, Schneidermeister, Neanderstr. 16. II.

36 Mk. elegante **Winter-Paletots.**
30 Mk. hochfeine **Herren-Anzüge.**
12 Mk. schwere **Winter-Beinkleider.**

Anfertigung nur nach Maß. Guter Stoff, tadelloser Sitz. [2913L*

14 Krausenstr. 14,

1 Tr. kein Laden 1 Tr.

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57.

Auskunft bis abends neun. [7678*

Blütenhonig,

garantiert reiner Bienenhonig, 10 Pfd.-Posteimer M. 6,– fco.

Raffinade-Honig,

10 Pfd.-Posteimer M. 5,– fco. unter Nachnahme offeriert 30488*

Jul. Pagener, Epe, Westfalen.

Rum

sehr kräftig und von feinstem Aroma, per ¾ Ltr.-Fl. 1,00 bis 5,00.

Punsch und Glühwein,

Fl. 75 Pf. bis 4,00.

F. Willumeit,

Alexanderstr. 62. [29602*
Potsdamerstr. 48 (Eing. Kurfürstenstr.)
Skalitzerstr. 135. — Reichenbergerstrasse 87 u. Löwestr. 12.

Fett-Gänse

stehen zum Verkauf Central-Viehhof, Eldenaerstraße, gegenüber Restaurant Cybulsky. 26525

Weihnachts-Ausverkauf

in **Hosen** wegen Saisonschluß, in jeder Größe und Weite, für Herren, Burschen und Knaben, zu **Fabrikpreisen.** 25305*

Bernhard Coper,

Hosen-Fabrik,

Alexanderstr. 39. 2 Treppen,

bis-à-vis dem Polizeipräsidium.

Charlottenburg.

Socialdemokrat. Wahlverein.

Donnerstag, den 19. Dezember 1901, abends 8½ Uhr, in der Gambrinus-Brauerei, Wallstr. 94:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 250/19

1. Vortrag des Genossen **Dr. Conrad Schmidt.** 2. Bericht über die Generalversammlung des Central-Wahlvereins. 3. Diskussion und Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend 8½ Uhr. Rixdorf, Hermannstraße 197:

Ausserordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: Wahl eines Delegierten. 148/11

Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1–5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 18. Dezember, abends 8½ Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:

Konferenz der Vertrauensleute des Südens.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Grösstes Lager aller Arten

Uhren und Goldwaren

sowie

Hochzeits- und Patengeschenke

in Silber und Alfenide von den einfachsten bis zu den elegantesten. [30072*

Massen-Auswahl

in sämtlichen Schmucks. Specialität: Opal- und Farbsteine. **Regulateure** und Freischwinger mit Schlagwerk von 14 M. an.

Remontoir-Uhren von 5 M. an.
Goldene Ringe von 1,25 M. an.

Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112,

Fernsprecher Amt III. Nr. 6360.

Hoffmanns Volksgarten Westend

sind Säle für Sonnabende zu Festlichkeiten unter coulanten Bedingungen zu vergeben. 26210*

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste empfehle ich meine Geschäfte in

Spiel- und Bötticherwaren, Haus- und Küchengeräten.

G. Michelchen,

1. Geschäft: Kottbuser Damm 98.
2. „ Dresdenerstraße 15.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 18. Dezember.

Opernhaus. Der Freischütz. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Die Journalisten. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Lysanders Mädchen. Hierauf: Die Komödie der Irrungen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Faust. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Frau Holle.
Lessing. Die Fee Caprice. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Doppelgänger. Vorher: English spoken. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Coralie u. Co. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Martha. Anfang 7½ Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Dornröschen.
Secessionsbühne. Detlev Liliencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogens Buntes Theater (Ueberbrettl). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorstellung. Anfang 8½ Uhr.
Central. Schneewittchen bei den sieben Zwergen. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Fröhliche Weihnacht. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Offenbach-Cyklus: Pariser Leben. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Geschlossen.
Casino-Theater. Weihnachten. Mädchenjäger. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Orpheus. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Metropol. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. König Aqua. Luftballett „Grigolatis". Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panopticum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: „Ueber den Wolken."
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Mittwochabend 8 Uhr:
Lysanders Mädchen.
Historisches Lustspiel in einem Akt von J. B. Widmann.
Hierauf:
Die Komödie der Irrungen.
Lustspiel in 3 Aufzügen v. Shakespeare.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die schöne Melusine.
Freitagabend 8 Uhr:
Die Mütter.

Central-Theater.

Heute nachmittag 4 Uhr, halbe Preise (jeder Erwachsene ein Kind frei):
Schneewittchen bei den sieben Zwergen.
Weihnachtsmärchen in 9 Bildern.
Abends wegen Vorbereitung zu: Das süße Mädel **keine Vorstellung.**
Am Donnerstag, den 19. Dezember, Novität! Zum erstenmale mit neuer Ausstattung an Kostümen und Requisiten: **Das süsse Mädel.**
Freitag und Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Schneewittchen. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Schneewittchen. Abends 7½ Uhr: **Das süsse Mädel.**

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Jeden Abend 7½ Uhr:
Die Badepuppe.
An allen 3 Weihnachtsfeiertagen: abends 7½ Uhr: **Die Badepuppe.**
Nachmittags-Vorstellungen 3 Uhr.
1. Feiertag: Goldfisch. 2. Feiertag: Das Geheimnis der alten Mamsell.
3. Feiertag: Lumpenmüllers Lieschen.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Berliner Rangen.
Ausstattungsposse mit Gesang in sieben Bildern von G. Albert. Musik von R. Leonhard.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Volks-Vorstellung. Kleine Preise. „Das Schloß am Meer."
Ab 25. Dezember: Novität! **Das Jungfernstift.** Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Kock von Ernest Guinot. Musik von Gilbert. — **Komtesse Marie:** Minna Michetti als Gast.
Billet-Vorverkauf an der Kasse von 11—1½ Uhr.

Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236.
Das neue **Dezember-Programm.**
26 internationale
Künstler ersten Ranges.
Anfang 7 Uhr.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.
Grosse Weihnachts-Ausstellung
Eine Reise
ins Schlaraffenland
Marionetten-Theater
für die Kinderwelt.

Passage-Panopticum.

Neu! Der indische Neu!
Doppelmensch!
4 Arme, 4 Beine, 1 Kopf, lebend.

Schall und Rauch,

Unter den Linden 44.
Mittwoch, den 18. Dezember 1901:
Vorstellung vor Serenissimus.
Anfang 8½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

E. von Wolzogens

Buntes Theater (Ueberbrettl)
Köpnickerstr. 68.
Gastspiel der japanischen Truppe
Sada Yacco u. Kawakami
Der Shogun, 3 Scenen aus einem altjapanischen Drama.
Vorstellung des **Bunten Theaters.**
U. a.: **Die Lügenbrücke.** Lustspiel von Raoul Auernheimer; **Brunnenzauber.** Musik von Bogumil Zepler; **Die Protestversammlung** von Ludw. Thoma. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Grosses Festprogramm des Weihnachtsmonats.
Mme. Jourda
in ihrer grossartig. Imitation der **Sada Yacco.**
Die Harrison-Truppe.
Hella v. Schmidt. Lotte Sebus. Sisters Pontelli.
„Mascagni" etc. etc.
16 neue erstklass. Nummern.

Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg d. Burleske
König Aqua
mit Willy Walden, Georg Kaiser, Emil Richard, Arnold Rieck, Martin Kettner, Emmy Kröchert und Siegm. Lieban, dazu die **vorzüglichen Dezember-Specialitäten.**
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Nur noch bis Donnerstag das so erfolgreiche
Dezember-Programm.
Um 9 Uhr: Die allabendlich mit stürmischem Beifall aufgeführte Ausstattungsburleske
Großstadtzauber
Hugo Lustig: Direktor R. Winkler.
Anfang 8 Uhr. Entree **50** Pf.
Billet-Vorverkauf v. 11—1 Uhr.
Mittwoch, 18. Dez.: Letzte Vorstellung vor Weihnachten.
Wiedereröffnung: **Am ersten Weihnachtsfeiertag.**

Metropol-Theater.

Letzte Woche:
Schön war's doch.
Gr. Berliner Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Thomas, Josephi, Bender,
Frid-Frid, de Veré,
!! Bender als Saharet !!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
In Vorbereitung:
Ne feine Nummer!

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmst. Vergnügungslokal!
Täglich: **Internationale Konzerte.**
Specialität.-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Die beiden Waisen.
Volksschauspiel in 7 Akten von J. Odenford.
Donnerstag: **Mit vollen Segeln.**

Cirkus A. Schumann.

Mittwoch, den 18. Dezember, abends präc. 7½ Uhr:
Grande Soirée équestre.
Ganz exquisites Programm. U. a.
Zum 2. Male:
Neu! Sensationell! Neu!
Zum 1. Male in Deutschland
Original-Bycicle Renn-Truppe
vom Alhambra-Theater London.
Wett- und Kunstfahren auf einer eigens in der Manege errichteten Rennbahn mit 65° Steigung.
Fahrer: **H. Irving, A. Wood, J. Staig, W. Watson, Miss Burgess.**

Neu! Neu! Neu!
Allabendlich stürmischer Beifall!
The Louisiana Amazon-Guard
genannt: **Das schwarze Ueberbrettl.**
Zum erstenmal auf dem Kontinent. Schwarze Damen aus dem Staate Louisiana.
Zum Schluß zum 67. Mal:
Der Schlager der Saison:
Quer durch Paris

Cirkus Busch

Mittwoch, 18. Dezember, abds. 7½ Uhr.
„Klondike". Original-Pantom: des Cirkus Busch.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree: **Tanz.**
Neu! Neu! Neu!
Lehmanns Heimkehr.
Entree **50** und **75** Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr. Entree **30** u. **50** Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Ein vollständiges
Schachspiel
für **20 Pfg.**
mit Anleitung zum Erlernen.
Das interessanteste aller Spiele.
Zusammenklappbar in der Tasche zu tragen.
Wiederverkäufern Rabatt!
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Vorwärts,
Beuthstraße 2.

Reichshallen.

Grosse Fest-Soiree der **Stettiner Sänger.**
Anfang 8 Uhr.
Erhöhte Preise.

Casino-Theater.

Lothringerstr. 37.
Neu! Das Volksstück:
„Weihnachten".
Neu! Die Gesangsposse: **„Mädchenjäger".** Sens. Spec.-Progr. Corradini. Anf. Woch. 8 Uhr. Sonnt. 7½ Uhr.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Verlorene Ehre.**

Die Beleidigung gegen Frau Adam nehme ich zurück und erkläre dieselbe für eine achtbare Frau.
2553b **Görmer,** Schlächter.

Weihnachts-Geschenke.

Wir empfehlen die Besichtigung unsres
Reichen Lagers
von
Büchern zu Fest-Geschenken
Bilderbücher, Märchenbücher, Gedichtsammlungen
Illustrierte u. nichtillustrierte Klassiker-Ausgaben
Geschichtliche und naturwissenschaftliche Werke
in allen Preislagen von **15 Pf.** bis **5 Mk.**

Special-Weihnachts-Verzeichnis — enthält auch besonders empfehlenswerte Jugendschriften — auf Wunsch gratis und franco.

Ein neues Kunstblatt ersten Ranges:
„Die Freiheit führt das Volk".
Kupfergravüre nach dem berühmten Gemälde von E. Delacroix. 95/72 cm groß. **Preis 6 Mk.**
Vom Künstler selber kolorierte Blätter: 25 Mk.

Kupfer-Radierungen
Portraits Bebel—Liebknecht—Singer à Mk. 1,50, in Rahmen 5 u. 6 Mk. Remarkdrucke à Mk. 10,—, alle drei zusammen Mk. 25.

Besondere Weihnachtsgabe für Vorwärts-Leser
zum Vorzugspreise von Mk. 5,— statt Mk. 8,—
Portraits von Marx und Engels
2 Kunstblätter in Kupfer-Radierung.
Größe 85/65 cm.

Unsre Kunstblätter zeichnen sich durch **Schönheit** und **ungewöhnlich billigen Preis** aus; im bürgerlichen Kunsthandel kosten solche Blätter das Doppelte und Dreifache. Wir empfehlen sie daher als
schönste und wertvollste Festgeschenke!
Vereine machen wir auf diese Weihnachtsartikel besonders aufmerksam.
Buchhandlung Vorwärts.
233/3 **Beuth-Strasse 2.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

Die richtige, wirkliche, grosse
Weihnachts-Messe u. Ausstellung
Luisenhof, Dresdenerstr. 34/35
ist eröffnet!!
Im prachtvollen, weihnachtlich dekorierten Ausstellungs-Palast **kauft jedermann billigst und amüsiert sich köstlich!**
Hört! Seht! 6 intern. Kapellen, 3 Karoussels, Erste Panoramen, Panoptikum, Vorführung fremder Völker, dressierte Feldhasen und Katzen, Variétés mit ersten Kräften, Automaten-Ausstellung, Illusionen, China, Boerenlewe unter Leitung von Ohm Krüger, Musolinos, Räuberhöhle, Schießstände, Kasperltheater, Olympia-Billards und vieles andre!
!Verkaufs-Centrale für Weihnachtsartikel!
Geöffnet vormittag 10 bis abend 11 Uhr, auch Sonn- u. Feiertag! Entree 10 Pf.
Bis 5 Uhr nachmittag Entree frei! Direktion: O. Cranz.

G. R. Zöffel

en détail **Schirmfabrik** en gros
BERLIN
Gegründet 1873. Tel.: Amt VIIa, 8040.
1.: **NO., Gr. Frankfurterstr. 106.**
Schirme, Stöcke, sowie Herren-Artikel, Hüte, Handschuhe.
2.: **NO., Landsbergerstr. 33.**
Schirme. — Stöcke.
3.: **O., Grüner Weg 39.**
Schirme. — Stöcke.
4.: **C., Gertraudtenstr. 10/12.**
Schirme. — Stöcke 2943L*

Mittwoch, den 25. Dezember (1. Feiertag)
in den **Apollo-Sälen,** Hermannstrasse 49, Ph. Thomas
Grosses Weihnachtsfest
arrangiert vom
Socialdemokratischen Wahlverein Rixdorf
bestehend in
Konzert, Vorstellung und Tanz.
Auftreten der Theater-Gesellschaft Strzlewitz.
Musik von den Mitgliedern der Freien Vereinigung der Civil-Berufsmusiker.
Damen 20 Pf. Herren incl. Tanz 50 Pf.
Anfang 7 Uhr abends.
Der Tanz beginnt nach 12 Uhr.
Eintrittskarten sind bei den Bezirksführern sowie in den Zahlstellen zu haben. 235/1*
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Butter-Handlung
J. Maeding
Andreas-Markthalle (Stand 115 bis 118)
empfiehlt **zum bevorstehenden Feste:**
fl. Backbutter a Pfd. M. 1,00 und 1,10.
Feine Tafelbutter 1,20 M. Feinste Theebutter 1,30 M.
Ferner offeriere den werten Kunden **Prima Bratenschmalz**
sowie **sämtliche Sorten Käse und Eier**
stets frisch zu den billigsten Tagespreisen.
Empfehle mich, den werten Kunden stets mit feinster Ware dienen zu können. Wiederverkäufern wird zu Engros-Preisen berechnet.
Nächste Filiale: Krautstraße 48.

Heinzelmann & Co., Berlin, **Brandenburgstr. 44, Cigarren-Fabrik.**
Ein jeder Versuch mit uns: Nr. 54 a 3,50 M. } pro 100 Stück
Parforce-Marken . . . . 60 „ 4,— „ } [*
macht Sie zu unsren treuen Kunden. Große Auswahl in Weihnachts-Präsentkisten. Einige fl. Fabrikat.-Reste gebe unt. Herstellungspreis ab. Preislagen von 20 M. an. Händlern, welche in Fabriken verkaufen, besond. empfohlen.

Reste zur Damen-Konfektion
und Kinder-Garderobe.
Fertige Mäntel.
C. Pelz, Kottbuserstraße **4.**
28142*

Weihnachtsmahnung!

Angesichts der industriellen Krise ist es dringend nötig, dass ein Jeder die falsche Spartheorie beiseite wirft und sich an einer gesunden Steigerung des Konsums nach Kräften beteiligt.

Nur durch eine Vermehrung des Konsums kann die Arbeitslosigkeit, wenn auch nicht beseitigt, wohl aber wesentlich gemildert werden.

Wenn der Kapitalist sowie der Arbeiter sein ganzes Einkommen verbrauchen würde, dann gäbe es keine Arbeiterentlassungen in dem Umfange, wie wir es jetzt erleben.

Die Belebung der Kauflust des Publikums ist demnach dringend notwendig.

Die Firma **Max Busse, Uhren und Goldwaren,**

Brunnenstrasse 175 an der Invalidenstrasse,

älteste Inserentin dieses Blattes (seit 1884) empfiehlt allen Lesern die prächtigen Auslagen in Augenschein zu nehmen. Es sind dort in bekannter Güte und Reellität zu kaufen: **Brillanten ◦ Opale • Similis •** sowie alle andren **Edelsteine** und Imitationen, geschmackvoll in massiv Gold oder Goldplattierung gefasst als **Broches • Armbänder • Ohrgehänge • Halsketten • Ringe** etc. Silberne und versilberte **Tafelgeräte** u. **Bestecks** zu Hochzeits- und Pathen-Geschenken. Goldene und silberne **Uhren** sowie **Uhrketten** in **massiv Gold, Doublé, Silber, Talmi** etc. Specialität: **Lange Uhrketten mit Schieber.** Gut gearbeitete **Regulateure, Hänge-Uhren** und **Stand-Uhren** eignen Fabrikats. Sämtliche in den grossen Räumen ihres Hauses ausgestellten Waren sind solide gearbeitet trotz der billigen Preise und bürgt das 24jährige Bestehen des Geschäfts für die Reellität der Bedienung.

Sirup Pagliano

107/11* von

Prof. Ernesto Pagliano

NEAPEL, 4 Calata S. Marco

dessen Verkauf vom Ministerium des Innern Sanitäts-Direktion Rom, bewilligt worden ist.

Prämiiert

auf der

Nationalen Pharmacie-Ausstellung 1894

und auf der

Nationalen Hygiene-Ausstellung 1900

mit

Goldener Medaille.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Schankwirtschaft. zwei Fabriken, sofort. Mückenstrasse 70. 2600b*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Veilchen Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. [9248*

Winterpaletots wegen vorgerückter Saison bedeutend unter Preis einzeln zu verkaufen. Niels Pir, Berlin, Jerusalemerstraße 8. 2297b

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark Verkauf Sonnabend und Sonntag Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 9068*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 8576

Nähmaschine (W. M.), gut erhalten, spottbillig zu verkaufen, Martin, Heimstraße 1. *

Kanarienhähne. Zuchtweibchen verkauft Möbis, Schönleinstraße 16.

Harzer Kanarienhähne, Weibchen, Vogelbauer, Vogelfutter. Dähn, Brunnenstraße 101, Bahnhof Gesundbrunnen. [†105*

Kanarienhähne. Baum, Chorinerstraße 34, Quergebäude. 2585b*

Knabenanzüge. Knabenjoppen, Knabenpaletots, spottbillig, Riesenauswahl. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Rosenberg. Kottbuserdamm 93. Billigste Einkaufsquelle. Damenjacketts, Sackpaletots, Damencapes, Röcke, Krimmerkragen. Spottbillige Preise. 9332*

Rosenberg. Kottbuserdamm 93. Mädchenkleider, Mädchenjacken, Mädchenmäntel, enorme Auswahl. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Resterhandlung. Stoffe zu Damenjacketts, Capesstoffe, Krimmer, Plüsche, Astrachan, Pelz, Pelzbesätze in enormer Auswahl. Reste zu Knabenanzügen, Paletots, Kindermänteln; Zuschnitt gratis. Rosenberg, Kottbuserdamm 93.

Große Betten, 11 Mark an, echt chinesische Mandarinenbäumen Pfund 1,00, Fabriklager Landsberger Allee Nr. 37, I. 9409*

Spottbillig: Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Winterpaletots, Operngläser, Regulatoren, goldene Remontoiruhren, Broche, Ohrringe, Manschettenknöpfe verkauft Leihhaus Neanderstraße 6. 1/5*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/14*

Hochelegante Salongarnituren, Plüschtaschensofas 65,—, Säulenschränke 50,—, Luxusmöbel, Trumeaux 30,—, Muschelspinde 28,—, Ausziehtische 18,—, Küchenmöbel alle Farben, Kindertische, Kinderstühle, Möbelfabrik Hirschowitz, Mariannenstraße 7a.

Nähmaschinen, preiswerteste Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Landsbergerstraße „82", Köpnickerstraße 60/61 2260b*

Gaskocher! Sparsysteme! Zweiflochgaskocher 3,00, Dreiflochgaskocher 9,00. Geschlossene Gaskocher 10,00. Gaskocher mit Bratofen 15,00. Gasplätteisen, Gashügelapparat billig, Wohlauer, Wallner-Theaterstraße zweiunddreißig. 2506b*

Weihnachtsbäume billigstens, 0,50 an, Brunnenstraße 9. 2538b*

Weihnachtsbäume von 30 Pfennig an Weinbergsweg 11b. 2641b*

Mohra täglich frisch Pudhuserstraße 40. 2605b*

Haarfärbemittel, unübertroffen, überzeugungshalber fünfzig Pfennig-Probeflaschen, Charlottenstraße 3. *

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Weihnachtsgeschenk passend: guter Schlagregulator, Stand Betten, Oelbilder, spottbillig Blumenstraße 52 II, Müller. 2647b

Goldene Damenuhren (von 10 Mark an), silberne Remontoiruhren (von 5 Mark an) Deutsches Leihhaus, Rosenthalerstraße 11/12. *

Damenuhren, verfallene, kolossale Auswahl, 14karätig 14,00 an, leichteres Gold 12,00, Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11. 110/4

Eine Geige billig zu verkaufen Wienerstr. 57a, Quergebäude I, Schubert. 2655b

Gut singende Kanarienvögel verkauft Jretze, Grünauerstraße 28.

Cigarrenkonkurs (Schneider, Glaser — Kommandantenstraße) wird jetzt spottbillig ausverkauft Deutsches Leihhaus, Rosenthalerstraße 11/12. *

Sprechende Staare, singend und pfeifend, Zwergpapageien, ausländische Vögel, verschiedene Waldvögel, Schwarzdrosseln, pfeifend, Eichelhäher, Kanarienhähne billig. Paul Weinast, Wienerstraße 1—6. †17*

Händler. Stellungslose zum Verkauf lohnender Artikel Köpnickerstraße 170, Hof rechts, vormittags melden. †17

Menzenhauer-Zither nothalber Höhlke, Chausseestraße 98b. 110/5

Accordzither verkauft Liesenberg, Oderbergerstraße 21. †37

Kinderbillard und ein Nebelbilder-Apparat zu verkaufen Kastanien-Allee 88, Quergebäude III. †57*

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau, Teltowerstraße fünfundvierzig. Eingabengesuche, Rat-erteilung. 9218*

Rechtsbureau Rechtshilfe, Raterteilung. Andreasstraße dreiundsechzig (neben Concordiasäle). 2630b*

Unfallsachen. Klagen, Eingaben, Reklamationen Putzger, Stegliperstraße 65. 2657b

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Jahnatelier C. Gedicke Stargarderstraße 3. †139*

Meyerlexikon. Brockhaus und alle andren Bücher kauft, beleiht Hannemann, Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. 885K*

Kanarienhähne und Weibchen kauft Vogelhandlung Flottwellstraße 6. 2639b

Metallbruch aller Art kauft Broderick, Oppelnerstraße 16, Raunynstraße 18. 2474b*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchlose Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Daselbst können auch Referenten für Vorträge in Arbeitervereinen über Vivisektion bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Festsäle. Elsasserstraße 26, Sonnabend Februar frei. 2525b*

Bartsch's Gesellschaftssäle, Tristraße 41, Säle, Vereinszimmer, Winter-Kegelbahn zu vergeben. [8895*

Vereinszimmer, geräumig. Simeonstraße 23. 845K*

Vereinszimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65.

Charlottenburg. Bismarckstraße 35 Wilke. Vereinszimmer zu vergeben.

Cigarren, Brillanten, Bücher, Warenposten, sowie alles Brauchbare beleiht fabelhaft hoch Deutsches Leihhaus (Lombardabth.), Rosenthalerstraße 11/12. 110/3*

Restauration habe eröffnet. Karl Schmidt, Beusselstraße 37. 950K*

Vermietungen.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herren Gräfestraße 35 bei Hinz.

Möblierte Schlafstelle, separater Eingang, für Herrn, Müllerstraße 160, 2. Quergebäude II. Künzel. †68

Schlafstelle, Herrn, Alte Leipzigerstraße 21, Hof III. Schieck. 2651b

Vereinszimmer mit Piano zu vergeben Invalidenstraße 4. †68*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Malachstraße 27, M. Gläser. *

Stellenangebote.

Mamsells auf verschnürte Jacketts verlangt Fruchtstraße 52. 2540b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Goldleisten. 1/49 **Einbalkirer,** gewandt, sofort Berg, Chausseestr 82.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Der socialdemokratische Verein für den fünften Berliner Wahlkreis beruft am Mittwoch eine geschlossene Mitglieder-Versammlung ein, in der eine Reihe wichtiger innerer Vereinsangelegenheiten zu erledigen sind. Außerdem steht auf der Tagesordnung ein Vortrag des Genossen Rosenow über das Thema: „Wie die Junker den Bauern helfen. Wir ersuchen die Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Achtung, Schiffer! Am Freitag, den 20. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Feuerstein, Alte Jakobstr. 75 (unterer Saal) eine öffentliche Versammlung aller in Berlin anwesenden Schiffer statt. Tagesordnung: Welche politische Partei nimmt die Interessen der Schiffer am besten wahr? Referent: Waldeck Manasse. Alle Genossen, welche mit Schiffern in Berührung kommen, werden ersucht, diese auf die Versammlung aufmerksam zu machen.

Kommunales.

Krankenhauspflege und Wahlrecht. Der Ausschuß zur Vorberatung des bekannten Antrags Augustin und Genossen, auf Einführung unentgeltlicher Krankenhauspflege in beschränktem Umfang, hat gestern nach wiederholten längeren Sitzungen die Beratungen zu Ende geführt. Es gelangte schließlich folgender kombinierter Antrag Augustin und Dr. Nathan zur Annahme:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, sobald die nötige Anzahl von Krankenhäusern vorhanden ist, an die Versammlung eine Vorlage folgenden Inhalts zu bringen (Antrag Augustin):

„denjenigen Personen, welche den Unterstützungs-Wohnsitz in Berlin besitzen, das Recht einzuräumen, im Fall einer Anstaltspflege-Bedürftigkeit für sich, ihre Ehefrau und und diejenigen minderjährigen unverheirateten Kinder, welche ihren Unterstützungs-Wohnsitz teilen, unentgeltliche Aufnahme in einem städtischen Krankenhause zu verlangen. Von der Einräumung dieses Rechts wären die Mitglieder einer Krankenkasse für die Dauer der von der Krankenkasse zu leistenden statutarischen Hilfe sowie anstaltspflegebedürftige Geisteskranke auszuschließen."

eventuell folgendem Antrage zuzustimmen (Antrag Dr. Nathan):

„Für diejenige Person, welche den Unterstützungswohnsitz in Berlin besitzt, für deren Ehefrau und minderjährigen unverheirateten Kinder, die diesen Unterstützungswohnsitz teilen, wird im Fall der Notwendigkeit der Krankenhauspflege in den städtischen Krankenhäusern die Bezahlung der ausstehenden Kurkosten in folgender Weise geregelt, insofern für den betreffenden Kranken nicht eine Krankenkasse, eine Korporation oder Privatperson gesetzlich einzutreten verpflichtet ist:

1. Die Kurkosten können fortlaufend auf einen Monat im voraus bezahlt werden,

2. falls dies nicht geschieht, hat die Direktion des betreffenden Krankenhauses an die Krankenhausdeputation zu berichten, die ihrerseits nach Anstellung der notwendigen Ermittelungen zu entscheiden hat, in welcher zweckmäßen Weise eventuell wie ad 1 oder unter Stundungen (Ratenzahlungen u. dgl.) entsprechend der socialen Lage der betreffenden Personen die Kurkosten zu begleichen sind.

3. Im Fall Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln dem betreffenden Kranken oder dem Familienoberhaupt im letzten Jahre bereits gewährt wurde oder nunmehr gewährt werden muß, tritt die Armendirektion für die Begleichung der Kurkosten in bisheriger Weise ein."

Dieser Antrag wurde mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen. Tritt der Magistrat dem ersten Teil bei, so ist jährlich 4000 Personen das Wahlrecht gerettet, denen selbst oder deren Familienmitgliedern Krankenhauspflege gewährt werden mußte und die infolge der bislang herrschenden Rechtsprechung dadurch ihres Wahlrechtes verlustig gingen.

Lokales.

Freisinnige Wohnungspolitik.

Die seit langem beabsichtigte und von den städtischen Behörden im Princip bereits beschlossene Niederlegung des Scheunenviertels scheint nunmehr auf ernstlichen Widerstand gestoßen zu sein. Wir berichteten nach der „Voss. Zeitung" in Nr. 289 unsres Blattes vom 11. d. Mts., daß das Polizeipräsidium die Gewährung der erforderlichen Enteignungsbefugnis an die Bedingung geknüpft habe, daß die Stadtgemeinde eine ausreichende Möglichkeit zur Unterbringung derjenigen Personen schafft, welche bisher im Scheunenviertel Wohnung gehabt haben. Die „Voss. Zeitung" teilt nunmehr mit, daß der Magistrat gegen die in dieser Weise hergestellte Verbindung des Scheunenviertel-Projekts mit der Wohnungsfrage Stellung genommen und beschlossen habe, die von der Polizeibehörde erhobene Forderung, einen solchen Nachweis zu führen, abzulehnen. Nach den Vorgängen, die sich bei Beratung der von unsern Genossen in der Wohnungsfrage gestellten Anträge in der Stadtverordneten-Versammlung abgespielt haben, muß als sicher angenommen werden, daß auch die Stadtverordneten-Versammlung dem Verlangen der Polizeibehörde genau so ablehnend gegenübersteht, wie der Magistrat.

Ende März d. J. gelangte der von der socialdemokratischen Fraktion gestellte Antrag auf Errichtung von Häusern mit gesunden und billigen kleinen Wohnungen auf städtischem Grund und Boden zur Verhandlung. In der Begründung wies der Redner der Fraktion unter anderm auch auf den geplanten Bau des neuen großen Rathauses in der Stralauerstraße und die beabsichtigte Niederlegung des Scheunenviertels hin, wodurch die Stadt in großem Stil zerstörende Wohnungspolitik treibe. Das notwendige Gegengewicht, die positive, aufbauende Wohnungspolitik kümmern die städtischen Behörden aber nicht. Es wurde gefragt, wo denn bei dem anerkannten Mangel an kleinen, billigen Wohnungen die vielen Hunderte von armen Mietern, die dort eine zwar elende, aber doch vergleichsweise billige Unterkunft hätten, Wohnung finden sollten, und es wurde auf das Beispiel der englischen Gesetzgebung und von Sachsen hingewiesen, das in seinem Baugesetz vom 1. Juli 1900 den sächsischen Gemeinden ein Vorgehen wie das von Berlin geplante, zur Unmöglichkeit gemacht habe. Der Antrag unsrer Genossen wurde bekanntlich abgelehnt und die Warnung, sich durch das preußische Ministerium nicht erst zur Erfüllung einfacher socialer Pflichten zwingen zu lassen, glaubte Herr Wallach mit einem schlechten Witz abthun zu können, während Herr Cassel, der Führer der freisinnigen Majorität, trocken die selbstverständliche Aeußerung that, käme auch für Preußen ein solches Gesetz, wie es für Sachsen bestehe, so werde man eben die darin der Gemeinde auferlegten Pflichten erfüllen.

Daß es für die Berliner Kommunalverwaltung ehrenvoller und im Interesse der städtischen Selbstverwaltung wünschenswerter wäre, wenn es dazu nicht erst eines gesetzlichen Zwanges bedürfte, das will unsern Kommunalfreisinnigen natürlich nicht einleuchten.

Konfisciert wurde gestern auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene Weihnachts-Zeitung „Arbeitslos". Gefunden wurden in der Buchhandlung ca. 13 000, in der Druckerei 17 000 teilweise noch unfertige Exemplare. Auch die Platten wurden aus der Maschine gehoben und von der Polizei mitgenommen. Die Beschlagnahme erfolgte auf Grund des § 130 des Straf-Gesetzbuches, der den mit bis 600 M. Geldstrafe oder bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft, der verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander aufreizt. Diese Aufreizung hat die Staatsanwaltschaft in dem gesamten Inhalt, besonders aber in einem Gedicht auf der Titelseite gefunden.

Wir hatten Gelegenheit, das Blatt vor der Beschlagnahme einzusehen und müssen sagen, daß dasselbe schwere Anklagen gegen die heutige Gesellschaft, an keiner Stelle aber Aufreizungen zu Gewaltthätigkeiten enthält. Es wird der Staatsanwaltschaft in diesem Falle wahrscheinlich so ergehen wie vor ein paar Jahren, wo sie die Maifestzeitung" konfiscieren ließ. Das Gericht erklärte damals die Konfiskation für ungerechtfertigt, die Polizei mußte die beschlagnahmten Exemplare wieder ausliefern und dieselben fanden infolge dieser Riesenreklame natürlich rasenden Absatz.

Die Vermehrung der städtischen Heimstätten für Genesende, die bereits seit einer Reihe von Jahren notwendig war, und von den Socialdemokraten in der Stadtverordneten-Versammlung sowie vom „Vorwärts" Jahr für Jahr gefordert worden ist, wird nun endlich wieder um einen weiteren Schritt gefördert werden. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten-Versammlung um ihr Einverständnis mit der Einrichtung des jetzigen Sanatoriums der Landesversicherungs-Anstalt Berlin in Götergotz als Heimstätte für brustkranke Männer und der Belegung der bisher für brustkranke Männer benutzten Heimstätte Malchow mit brustkranken Frauen. Die Vorlage wird begründet durch eine Reihe von Angaben, die zwar nicht neu sind, auf die aber immer von neuem hingewiesen werden muß, weil sie recht anschaulich zeigen, wie wenig die Berliner Kommunalverwaltung bisher für die Heimstättensache gethan hat. Der Andrang zu den vorhandenen Heimstätten für Brustkranke, in Malchow für Männer und in Blankenfelde für Frauen, ist in den letzten Jahren so weit über die Zahl der verfügbaren Betten hinausgegangen, daß in den Sommermonaten in Malchow und auch in Blankenfelde nicht bloß eine zweite, sondern sogar eine dritte und zeitweise selbst eine vierte Anstalt von gleicher Größe hätte belegt werden können. Die Zahl der bereits vorgemerkten Personen ging manchmal in die Hunderte (z. B. 200 in Malchow im Sommer 1899 und 235 in Blankenfelde im Sommer 1900) und die Wartezeit überschritt gelegentlich drei und selbst vier Monate. Die Zahl der Heimstätten wird durch die in Buch sowie durch die jetzt geplante in Gütergotz auf sechs vermehrt. Aus den Angaben der Vorlage geht aber hervor, daß auch damit dem Bedürfnis noch bei weitem nicht genügt ist.

Noch ein Verteidiger des städtischen Obdachs. In den „Berliner Neuesten Nachrichten" wird die Vermutung ausgesprochen, die Kritik, die der „Vorwärts" im Herbst an dem städtischen Obdach geübt habe, sei nur ein auf die Stadtverordneten-Wahlen berechnetes Wahlmanöver gewesen; „eine eingehende Untersuchung habe bekanntlich die Haltlosigkeit der Beschuldigungen ergeben". Der Mann, der diesen einfältigen Vorwurf gegen den „Vorwärts" erhebt, hat anscheinend weder von den Verhältnissen im städtischen Obdach, noch von der im „Vorwärts" daran geübten Kritik, noch von den Ergebnissen der darüber geführten Untersuchung auch nur die geringste Ahnung. Er weiß nicht einmal, daß von uns nicht erst im Anschluß an die Affaire Hoffmann „ein förmlicher Feldzug" gegen das Obdach eröffnet wurde, sondern, daß erst nach der von uns bewirkten Aufdeckung der im Obdach herrschenden skandalösen Zustände unser Genosse Hoffmann unter der Maske eines Obdachlosen die Anstalt besucht hat. Mit der Behauptung, die Untersuchung habe „bekanntlich" die Haltlosigkeit der Beschuldigungen ergeben, stützt sich der Verteidiger des Obdachs auf das, was bürgerliche Blätter, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten", ihren Lesern mitzuteilen für gut befunden haben. Diese Blätter sind sogar vor der Albernheit nicht zurückgeschreckt, die Sache so darzustellen, als ob selbst die dem Obdach-Kuratorium bezw. der Untersuchungskommission angehörenden socialdemokratischen Stadtverordneten anerkannt hätten, daß im Obdach alles in schönster Ordnung gewesen sei. Dieselben Blätter haben ja auch sonst in den letzten Monaten den haarsträubendsten Unsinn über das Obdach verbreitet. Sie haben beispielsweise ihren Lesern vorgeschwätzt, auch in der Abteilung für nächtliche Obdachlose sei die Frequenz in diesem Jahre nicht höher als im vorigen. In Wahrheit ist hier eine geradezu erschreckende Steigerung der Frequenz eingetreten.

Lehrer und Eltern sollen gemeinsam das schwere Werk der Erziehung vollbringen, das war das Leitmotiv, welches Herrn Rektor Kalischer der 69. Gemeindeschule veranlaßte, am vergangenen Sonntag in der Aula obiger Schule eine Abendunterhaltung zu arrangieren. Die Eltern der Schüler und Schülerinnen waren dazu eingeladen und so zahlreich erschienen, daß die Aula bis auf den letzten Platz besetzt war. Das gedruckte Programm wies 28 Nummern auf, die sämtlich von Schülern und Schülerinnen der 69. Gemeindeschule ausgeführt wurden. Die Auswahl der einzelnen Nummern war im allgemeinen eine vortreffliche und gaben für Jung und Alt manche erzieherische Nutzlehre. Daß der Patriotismus und die Religion nicht zu kurz kamen, versteht sich von selbst, wenn wir auch gern zugeben wollen, daß beides nicht gar zu aufdringlich geschah. Dennoch glauben wir, daß es im Interesse des guten Zweckes läge, wenn bei den zwanglosen Zusammenkünften etwas mehr Rücksicht auf die verschiedenen religiösen und politischen Anschauungen der Eltern genommen wird.

Ganz besondere Anerkennung muß man Lehrern und Lehrerinnen der Schule zollen, die mit Ausdauer und Verständnis sich der Aufgabe der mühsamen Einübung unterzogen und dieselbe so vortrefflich lösten. Was gewiß etwas sagen will, wenn man bedenkt, daß Kinder der ersten bis siebenten Klasse in Frage kamen und die letzteren sogar in hervorragendem Maße. Wir wollen nicht nur wünschen, daß, wie Herr Rektor Kalischer versprach, diese Abende sich wiederholen werden, sondern daß der Herr recht viele Nachahmer unter seinen Kollegen finden möge, die mit gleichem Geschick und Erfolg die Sache arrangieren und Eltern und Lehrer einander näher zu führen wissen. Es wird gewiß jeder freudig den Herren und Damen des Lehrerkollegiums und dem Herrn Rektor die Anerkennung zollen, wenn man bedenkt, daß sie nicht nur ihre freie Zeit und Arbeitskraft der guten Sache widmen, sondern auch noch Ausstattung, Requisiten, Programm usw. aus eigner Tasche bestreiten, denn zu solchen der Erziehung höchst förderlichen Dingen giebt es im Etat der Volksschulen leider noch keine Fonds.

Einen eigentümlichen und recht bezeichnenden Grund, um von seinem Amt als Armenpfleger entbunden zu werden, hat der Kohlenhändler F. Bernhardt zu Spandau, Triftstr. 5, angegeben. Er ersucht nämlich den Magistrat um Entbindung von seinem Amte, weil er befürchtet, daß ihm durch Almosenempfänger oder deren Kinder ansteckende Krankheiten ins Haus gebracht werden. Sollte man seinem Gesuche nicht entsprechen, so bittet er um Zuweisung eines Zimmers. Krasser kann man wohl kaum seine Stimmung den unglücklichen Armen gegenüber zum Ausdruck bringen. Vielleicht erweist man dem furchtsamen Manne auch einen großen Gefallen, wenn man ihm keine Kohlen mehr abkauft, denn es ist nicht ausgeschlossen, daß er dadurch, da er ja dabei ebenfalls mit Menschen zusammenkommt, auch angesteckt werden kann. Die Stadtverordneten-Versammlung hat die Gründe natürlich nicht für stichhaltig erklärt, auch kein Zimmer bewilligt.

Ein boykottierter Komiker. Der „Verband der Variété-Direktoren" hat in seiner Sitzung in Hamburg den Komiker Fritz Steidl für boykottiert erklärt. Dieser bekannte Humorist ist ein eifriger Vorkämpfer der neugegründeten „Artisten-Loge", und als Redakteur des Organs dieser Vereinigung hat er durch seine Fachartikel, welche zur Säuberung des Artistenstandes und den unlauteren Elementen unter den Variété-Direktoren auffordern, den Zorn der letzteren sich zugezogen. Dem „Variété-Direktoren-Verband" gehören meist kleinere Variétés an, während Steidl bisher nur an den größeren Variété-Bühnen auftrat. Der Boykott hat demnach wenig zu bedeuten für den Komiker.

Steuerpflichtige Offiziere gab es Anfang dieses Jahres 690 in Berlin, darunter 69 mit einem Steuersatz von 4 M. als Niedrigstbesteuerte und 1 mit einem Steuersatz von 5000 M. als Höchstbesteuerter. 102 Offiziere hatten ein Einkommen von 1200 M., 116 ein solches von 5—15 000 M., 328 hatten ein steuerpflichtiges Einkommen von 1200—5000 M., 17 hatten ein Einkommen von 15 000 bis 20 000 M., 14 ein solches von 20—27 000 M., 5 ein Einkommen von 27—38 000 M. und 8 ein Einkommen von 40—130 000 M.

Die Landes-Versicherungsanstalt Berlin macht bekannt, daß, nachdem für den Stadtkreis Berlin vom 1. Januar 1902 ab der ortsübliche Tagelohn für erwachsene (über 16 Jahre alte) männliche Personen auf 2,90 M., für erwachsene (über 16 Jahre alte) weibliche Personen auf 1,60 M. festgesetzt ist, demgemäß für diejenigen männlichen Personen, die der Invaliden-Versicherungspflicht unterliegen und keiner Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- oder Innungs-Krankenkasse angehören, wie z. B. männliche Dienstboten und Hausreiniger, vom 1. Januar 1902 ab Beitragsmarken IV. Lohnklasse zu 30 Pfennigen statt wie bisher III. Lohnklasse zu 24 Pfennigen zu verwenden sind.

Bezüglich der Versicherung weiblicher Personen verbleibt es bei der bisherigen Markenverwendung.

Hofjagd im Grunewald. Am Montagvormittag bot der Grunewald ein eigenartiges Aussehen. Dicht umstellt von dem Garde-Schützen-Bataillon durfte kein Passant den Wald betreten, während in seinem Innern, wo sonst nur fröhliche Spaziergänger den Fuß hinsetzen, sich das bunte Treiben einer Hofjagd abspielte. Ueber den Verlauf dieses alljährlich sich wiederholenden Jagdarrangements wird folgende bemerkenswerte Darstellung gegeben: Das Wild war bereits am Dienstag vom **Garde-Schützen-Bataillon zusammengetrieben und eingehegt worden.** Um 11½ Uhr fielen die ersten Schüsse, um 1½ Uhr war die Jagd beendet. Das in der Nähe der Saubucht, im hohen Zeuge eingestellte, mit Kammern und Doppellauf versehene Jagen auf Damwild ergab nach anderthalbstündiger Dauer bei der nach dem Frühstück im Jagdzelt unweit des Sternes verrichteten Strecke 237 Schaufler und 502 Stück Damwild. Davon hatten der Kaiser 39 und der Großfürst-Thronfolger von Rußland 27 kapitale Schaufler erlegt.

Nach einem schweren Krankenlager ist der 41 Jahre alte Maurer Andreas Krause aus der Wallstr. 35 zu Charlottenburg an den Folgen eines Unfalles gestorben. Krause war auf dem Schulneubau an der Ecke der Andreasstraße und des Stralauer Platzes beschäftigt. Hier wurde am 22. v. M. ein 15 Centner schwerer Sandstein von einem Rollwagen abgeladen. Das Brett, auf dem der Block abgleiten sollte, brach, Krause, der hinten am Wagen stand, fiel hin und der Stein stürzte auf ihn. Furchtbar zugerichtet wurde der Unglückliche in das Krankenhaus Bethanien gebracht. Hier stellte man Brüche des Schädels, der Wirbelsäule, mehrerer Rippen und des rechten Oberschenkels fest. Trotz dieser fürchterlichen Verletzungen lebte der Verunglückte noch bis vorgestern. Er hinterläßt seine Frau mit fünf Kindern im Alter von 5 bis 18 Jahren.

Einen nächtlichen Kampf mit einem Unhold und Räuber hatte die neunzehn Jahre alte Näherin Anna W. zu bestehen, die bei ihren Eltern in der Samariterstraße Nr. 8 wohnt. Das Mädchen besuchte am Sonntag ein Vergnügen. Auf dem Heimwege gesellte sich ein Mann zu ihr und machte ihr unsittliche Anträge. Sie wies ihn ab, konnte aber nicht verhindern, daß er ihr auf dem Fuße folgte. Sobald sie nun die Hausthür aufgeschlossen hatte, stellte er einen Fuß zwischen Thür und Pfosten und erklärte ihr, daß er ebenfalls im Hause wohne und schließen werde. Dann drängte er sie in den Hausflur und folgte ihr dorthin. Als sie um Hilfe rief, packte er sie, warf sie dreimal wuchtig auf die Treppe, zerriß ihr Kleid und Uhrkette und raubte ihr eine schwarze Remontoiruhr. Das Mädchen wehrte sich nach Kräften mit dem Hausschlüssel, aber erst als es dem Räuber in die rechte Hand biß, ließ er von ihm ab und ergriff die Flucht nach der Frankfurter Allee zu. Die Ueberfallene beschreibt den Unhold, der noch nicht ermittelt ist, als einen Mann in der Mitte der 30er Jahre. Er hat eine Mittelgestalt und einen schwarzen Schnurrbart und trug einen dunkelblauen Winterüberzieher, einen schwarzen Anzug und einen schwarzen weichen Filzhut.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern der 40 Jahre alte Tischler Karl Steffen aus der Ramlerstraße Nr. 16. Beim Aufstapeln von Brettern auf dem Lagerplatze in der Koloniestraße Nr. 10 glitt er aus, verlor das Gleichgewicht, stürzte von dem Stapel auf den asphaltierten Hof hinab und brach sich beide Unterschenkel. Ein Lückscher Rettungswagen brachte den Verunglückten nach der Unfallstation in der Flensburgerstraße.

Ein patriotisches Arbeiterfest. Die hiesigen Ortsvereine des Verbandes deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter, der seinen Sitz in Trier hat, feierten am Sonnabend ihr Stiftungsfest im Krollschen Lokal. Den Leitern des Verbandes muß es wohl als eine unangebrachte Vermessenheit erschienen sein, wenn Arbeiter im Reiche des Herrn v. Thielen ein eigenes Fest feiern wollten. Das würde ja als eine unstatthafte Regung von Selbstbewußtsein gedeutet werden können. Deshalb ist man wohl auf den Gedanken gekommen, das Stiftungsfest gleichzeitig als — Kaisers-Geburtagsfeier zu bezeichnen. Eingedenk der Thatsache, daß Arbeiter, mögen sie nun in Privatbetrieben oder in staatlichen „Musteranstalten" beschäftigt sein, wenig Sinn für das haben, was man in gewissen Kreisen patriotisch nennt, waren die Veranstalter der Feier klug genug, die „patriotischen Kundgebungen" auf das Mindestmaß einzuschränken. Außer einem Kaiserhoch am Schluß der Festrede und darauf folgender Absingung eines Verses von „Heil Dir im Siegerkranz" wurde den Arbeitern kein „Patriotismus" verzapft. Aber auch diese Kundgebung entbehrte nicht einer gewissen Komik. Nach dem Hoch, in das die Anwesenden pflichtschuldigst, doch ohne Begeisterung eingestimmt hatten, setzten sich die meisten sofort nieder. Erst durch das Beispiel der Vorstandsmitglieder und Ehrengäste sowie durch freundschaftliche Rippenstöße kundiger Nachbaren wurden die unpatriotisch Gesinnten belehrt, daß man so eine heilige Handlung wie den Gesang von „Heil Dir im Siegerkranz" stehend auszuführen habe. Na, bis zum nächsten Stiftungsfest mit Kaisers-Geburtstagsfeier wird der Verband seine Mitglieder wohl besser für „patriotische" Kundgebungen abgerichtet haben. Wie es der Verband mit der Vertretung der Arbeiter-Interessen hält, das konnte man aus den verschiedenen von Vorstandsmitgliedern gehaltenen Reden entnehmen. Sie waren alle auf den Ton gestimmt, der auch in einem Festliede wiederklingt in den Worten: „Wir bringen friedlich unsre Klag' an höchster Stelle vor, bis kommen wird dereinst der Tag, der willig leiht das Ohr."

Wenn auch die höchste Stelle — der Eisenbahn-Minister — den berechtigten Klagen der Eisenbahn-Arbeiter ein williges Ohr leihen sollte, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß ihre bescheidenen Wünsche auch erfüllt werden. Die Hoffnungsfreudigen mögen daran erinnert sein, daß die preußische Eisenbahn-Verwaltung mit ihrer bekannten Sparsamkeit immer bei den Löhnen der Arbeiter und Unterbeamten beginnt und daß Herr v. Thielen Mitglied einer Regierung ist, die augenblicklich ihren ganzen Scharfsinn an der Durchbringung eines Zolltarifs verschwendet, welcher den reichen Grundbesitzern die Taschen füllt, den Arbeitern aber das tägliche Brot in unerhörter Weise verteuert. — Auch der Abgeordnete Dasbach, der sich unter den Ehrengästen befand, und der als Protektor des Verbandes gepriesen wurde,

gehört einer Partei — dem Centrum — an, die für die Brotverteuerungspläne der Regierung eintritt.

Unter solcher Führung und unter den bezeichneten Umständen kann das, was das Festlied in den Worten sagt: „Doch wünschen wir, wie sich's gebührt, daß Mangel bleibt uns fern, reichlich der Lohn bemessen wird: Das ist des Pudels Kern" — nicht in Erfüllung gehen.

Gefunden wurde am Mittwoch voriger Woche, abends kurz nach 6 Uhr, Weißenburger- und Belforterstraßen-Ecke ein Dutzend neue ungeplättete Kragen. Dieselben sind bei Oderwaldt, Belforterstraße 1, unentgeltlich abzuholen.

Feuerbericht. Durch mehrmalige Meldung wurde Dienstagabend 7 Uhr ein größeres Löschaufgebot nach Wilibald Alexisstr. 3 gerufen, es konnte jedoch sofort wieder abrücken, weil es sich lediglich um einen Gardinenbrand handelte. Zur selben Zeit waren fast ein Dutzend Löschzüge unterwegs, die jedoch nirgends in Thätigkeit traten. Dienstagvormittag 9 Uhr wurde die Wehr nach der Rigaerstraße gerufen, wo in einer Böttcherei Feuer ausgebrochen war, das aber von der Wehr auf seinen Herd beschränkt und in kurzer Zeit abgelöscht werden konnte. Kurz darauf brannte Weißenburgerstr. 1 der Inhalt eines Schaufensters, während Freienwalderstr. 28 Gardinen und Möbel Feuer gefangen hatten. In der Nacht zum Dienstag gingen Kreuzbergstr. 26 Putzlappen, Bretterverschläge und Transmissionsriemen in Flammen auf! Kurz vorher mußte Wiesenstr. 37 ein Bodenbrand abgelöscht werden. Außerdem erfolgte noch ein Ausrücken der Wehr nach Fürbringerstraße 10. Hier brannten im vierten Stock des Seitenflügels Möbel, Kleidungsstücke, der Fußboden und die Balkenlage.

Aus den Nachbarorten.

Die Stichwahl zur Gemeindevertretung in Wilmersdorf brachte für unsre Parteigenossen den erfreulichen Erfolg, daß der erste Socialdemokrat in das Gemeindekollegium einzieht. Gewählt wurde Genosse

August Natusch mit 567 Stimmen.
Gustav Henze (lib.) 446 Stimmen.
Müller (lib.) 416 Stimmen.

Die Reichstreuen erhielten 298 bis 343 Stimmen.

Der Sieg unsrer Parteigenossen hat eine um so größere Bedeutung, als Wilmersdorf für die Hochburg der Reaktionäre gilt.

Die evangelischen Christen Rixdorfs sind seit langem in zwei Lager gespalten. Besonders der Pfarrer und Ortsschulinspektor Schröder hat sich schon manche Anfeindung seitens des sogenannten Parochialvereins gefallen lassen müssen. Dieser Verein hat es sich angeblich zum Ziel gesetzt, die „kirchlichen Mißstände" in Rixdorf zu beseitigen und das Rixdorfer kirchliche Leben zu reformieren. Sein Vorstand ließ im April 1901 in unsrer Nachbarstadt ein Flugblatt in 2000 Exemplaren verbreiten, das sich auch gegen Pfarrer Schröder richtete und worin behauptet wurde, Herr Schröder verkehre gesellschaftlich mit einer Frau Neumann, an deren Vorleben sittlicher Makel hafte. Worin dieser Makel bestehen soll, war in dem Flugblatt näher bezeichnet. Die Herren Glühmann, Schulz und Mirahm vom Vorstande des Parochialvereins wurden daraufhin vom Landgericht II wegen Beleidigung der Frau Neumann auf Grund des § 186 des Strafgesetzbuchs zu Gefängnisstrafen von je drei Monaten verurteilt. Sie legten hiergegen Revision ein. Der Strafsenat des Kammergerichts hat nun jetzt die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen. Begründend wurde ausgeführt: § 186 des Strafgesetzbuchs sei allerdings vom Vorderrichter nicht verletzt worden, da die Angeklagten wegen Verbreitung eines bloßen Gerüchts über das sittliche Vorleben der Frau Neumann verurteilt worden seien. Es sei aber ein Rechtsirrtum des Vorderrichters, wenn er den Angeklagten den Schutz des § 193 schon deshalb verweigere, weil sie den Namen der Frau in dem Flugblatt genannt hätten. Durch eine Namensnennung würde berechtigte Interessenwahrung noch nicht überschritten. Das Landgericht müsse nachprüfen, ob den Angeklagten § 193 nicht doch zur Seite stehe.

Die Herrschaft Schweninger. Das Kreis-Krankenhaus Groß-Lichterfelde hat eine Krise durchzumachen, die sich zu fast unhaltbaren Zuständen zuspitzt. Die ärztliche Leitung führt Professor Schweninger, mit dem die Aerzte und Krankenschwestern zahlreiche Konflikte haben. „Die „Schwesternfrage" war das Vorspiel der Entladung des Konfliktstoffes. Bekanntlich traten am 17. Juni d. J. sämtliche Schwestern aus. Dann legte der chirurgische Oberarzt Herr Professor Dr. Schleich-Berlin Ende August seine Stellung nieder, gleichfalls infolge persönlicher und sachlicher Differenzen mit Professor Schweninger. Sämtliche drei Assistenzärzte des Prof. Schleich erklärten sich mit diesem solidarisch und traten gleichfalls aus. Seitdem besteht nun das Faktum, daß ein großes öffentliches Krankenhaus ohne Chirurgen ist. Die natürliche Folge war und ist noch, daß viele Aerzte in der Umgebung, denen der Sachverhalt nicht unbekannt bleiben konnte, davon Abstand nehmen müssen, Kranke, die eines operativen Eingriffes bedürfen, weiterhin dem Lichterfelder Kreis-Krankenhause zuzuweisen, und die ebenso natürliche Konsequenz ist, daß sich die Rentabilität der Anlage zunehmend verschlechtert hat.

Der Kreistag hätte allen Anlaß, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten, mag Dr. Schweninger Patienten, die freiwillig zu ihm kommen, mit seiner Methode beglücken, nicht aber daß unter seinem herrischen Wesen ein gemeinnütziges Institut leidet.

Die südliche Vorortbahn, deren Aktien sich zur Hälfte im Besitz der „Großen Berliner" befinden, hat mit der Gemeinde Tempelhof einen Vertrag abgeschlossen, die Linie Groß-Lichterfelde—Lankwitz durch die Mantenffelstraße (zu Tempelhof gehörig) nach der Linkstraße (Berlin) zu führen. Mit Lankwitz besteht allerdings der Vertrag, diese Linie nach dem Dönhoffplatz — eine Verbindung von Tempelhof nach dort besteht nicht — zu führen. Die Große Berliner suchte nun den von Tempelhof verlangten fahrplanmäßig festzulegenden 6-Minutenverkehr, Tempelhof (Berlinerstraße) — Behrenstraße durch Einschiebung der von Lankwitz durch die Berlinerstraße nach dem Dönhoffplatz zu fahrenden Wagen herzustellen. Die Gemeinde Tempelhof ging darauf nicht ein, sondern fordert den 6-Minutenverkehr nur für die Linie Tempelhof (Berlinerstraße)—Behrenstraße. Ein andermal verlangte die Straßenbahn-Gesellschaft von Tempelhof, von dem Vertrag, die Linie Lankwitz durch die Mantenffelstraße (Tempelhof) nach der Linkstraße zu führen, Abstand zu nehmen. Laut Gemeindevertreter-Beschluß vom 8. November cr. bleibt aber Tempelhof auf dem abgeschlossenen Vertrag bestehen und will nötigenfalls den Klageweg beschreiten. Von einer Entschädigung von 30 000 M., wie vielfach in der Presse behauptet wurde, war dabei keine Rede. Als Antwort auf diesen Beschluß ist aber der bereits eingeführte 6-Minutenverkehr, mit Ausnahme der Morgen- und Abendstunden, wieder in den alten 12-Minutenverkehr umgewandelt. Nun warfen sich die Hausbesitzer in Tempelhof ebenfalls ins Mittel — wohl im stillen Einverständnis mit der Gemeindeverwaltung — und verlangen die vollständige Einführung des 6-Minutenverkehrs.

Wenn man sich jedoch die ganze Angelegenheit näher betrachtet, so findet man bald heraus, um was es sich handelt.

Die Mantenffelstraße, fast ganz unbebaut, durchschneidet das Gebiet der Berlin-Tempelhofer Terrain-Gesellschaft, welche eine Reihe neuer Straßen zum Bau für Villen angelegt hat. Ist erst einmal die Verbindung Lankwitz—Mantenffelstraße—Linkstraße hergestellt, dann hofft die Terrain-Gesellschaft, das Viertel bebauen und loschlagen zu können. Die Berliner Straßenbahn soll das Terrain aufschließen, sie hat aber von der so geplanten Linie keinen Vorteil, deshalb ihr Drehen und Wenden. Also zwei großkapitalistische Interessengruppen stehen sich gegenüber. Der Ausgang dieses Kampfes dürfte interessant sein.

Rixdorf. Zu dem Systemwechsel, den die Allgemeine Orts-Krankenkasse in ihrer Generalversammlung beschlossen hat und mit dem sich die Gewerbedeputation neulich bereits einmal beschäftigte, nahm die Deputation in einer neueren Sitzung abermals Stellung. Der Kassenvorstand war inzwischen aufgefordert worden, eine Uebersicht der Mehreinnahmen zu geben, welche man sich von der Einführung des Lohnklassensystems verspreche. Der Vorstand hat dies abgelehnt, weil er dazu nicht im stande sei. Weiter hat die Deputation von der großen Allgemeinen Ortskasse gewerblicher Arbeiter in Berlin eine Auskunft eingeholt. Diese Kasse hat das Lohnklassensystem seit Februar 1901. Der Rendant gab an, er und sämtliche Beamte der Kasse hätten den „Eindruck" gewonnen, daß die Kasse bei dem Lohnklassensystem finanziell schlechter fahren werde. Der Verwaltung entständen außerdem Scherereien und die Gefahr der besonderen Ausnutzung der Kasse durch die weiblichen Mitglieder sei nicht vermindert worden. — Stadtv. Wach (Soc.) maß dem auf Grund einer zehnmonatlichen Praxis gewonnenen „Eindruck" der Beamten der Berliner Kasse keine Beweiskraft bei und trat dafür ein, daß die Deputation dem Bezirksausschuß die Genehmigung der Statutenänderung der Rixdorfer Allgemeinen Orts-Krankenkasse empfehlen möge. Die Deputation beschloß indessen nach halbstündiger Verhandlung, dem Bezirksausschuß zu empfehlen, den neuen Bestimmungen des Statuts die Genehmigung zu versagen. Hiergegen stimmten nur Wach (Soc.) und Witzke (Soc.)

Einen dreisten Schwindel betreibt ein Mann, der in den Vororten seinem Gewerbe nachgeht. Der Schwindler führt sich als Beauftragter einer Firma in Nowawes ein, die die Anfertigung von Unterröcken vergeben will. Zunächst sucht der sehr zungengewandte Mann den Frauen die Arbeit als sehr lohnend zu schildern, kommt dann aber mit dem Verlangen heraus, daß er einen Proberock den Arbeiterinnen überlassen müsse, für den die Firma ein Pfand von 4,50 bis 6 Mark beansprucht. Geht jemand auf diese Vereinbarung ein, so erhält er das Versprechen, daß am andren Tage der Arbeitsauftrag und Material anlangen wird. Natürlich geschieht das letztere nicht, und zudem haben die Röcke nur einen Wert von höchstens zwei Mark. Obwohl der Schwindel etwas sehr plump ist, sind doch viele hineingefallen; die herrschende Arbeitslosigkeit bietet für die Manipulation ein nur zu günstiges Feld. Es sei deshalb vor diesem Schwindler ausdrücklich gewarnt.

Tempelhof. Die letzte Gemeindevertreter-Sitzung hatte sich abermals auf Veranlassung des Regierungspräsidenten wegen der Umgemeindung der Hasenhaide mit Berlin zu beschäftigen. Für Tempelhof bedeutet dieser Ortsteil, der jetzt 2300 Einwohner zählt, eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle, denn von den 48 000 M. Kommunalabgaben verbleibt der Gemeinde nach Abzug der Verwaltungskosten und Kreisabgaben ein reiner Ueberschuß von 25 000 M. Es wurde deshalb beschlossen, von Berlin als Equivalent eine Summe von 625 000 M. oder auf 6 Jahre eine jährliche Rente von 20 000 M. zu fordern, oder den schon früher abgeschlossenen Vertrag auf unentgeltlichen Anschluß und Benutzung des Berliner Druckrohrs auf weitere 20 Jahre zu verlängern. Eine andre Forderung sucht durch Berlin die 300 Morgen große Rixdorfer Kossäthenmark und 100 000 Mark zu erlangen. Auf Wunsch der Gemeinde sollen dann noch die für die Hasenhaide angestellten Beamten nach Berlin mit übernommen werden. — Ferner lag das Projekt eines Erweiterungsbaues der an der Werder- und Friedrich-Wilhelmstraße gelegenen zweiten Gemeindeschule, vor. Nach diesem Plan sind dann in Zukunft 31 Klassen vorhanden. Im Voranschlag belaufen sich die Gesamtkosten, nebst Bau einer Turnhalle, auf rund 200 000 M. Leider vermissen wir die Einrichtung von Schulbädern.

Auf der neuerbauten Eisenbahn Beeskow-Lübben hat der Güterverkehr eingestellt werden müssen, weil die massive Spreebrücke bei Briesch schadhaft geworden ist und bis auf weiteres nicht mehr befahren werden kann. Die Züge fahren auf beiden Seiten nur bis zur Brücke; der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Ein Pfeiler der Brücke hat sich gesenkt, nachdem sich vorher Steine gelöst hatten und ein Riß entstanden war. Die Brückenpfeiler sind auf sehr schlechtem Baugrund errichtet worden und ist hierin wohl die Ursache der unliebsamen Verkehrsstörung zu suchen.

Ein neuer großer Uebungsplatz soll für die Spandauer Garnison geschaffen werden, weil das bisher zu diesem Zweck benutzte militärfiskalische Gelände nicht mehr ausreichend ist und auch nicht den heutigen taktischen Ansprüchen genügt. Die Militärverwaltung hat jetzt ein umfangreiches Terrain dazu in Aussicht genommen, das in unmittelbarer Umgebung des Außenforts Hahneberg belegen ist. Die Militärverwaltung hat nun der Stadt Spandau das Anerbieten gemacht, daß dieselbe die Ländereien für den Exerzierplatz ankaufe und sie austausche gegen Terrains der Stadtbefestigung, die bekanntlich freigegeben werden soll. Ob die Stadtverwaltung hierauf eingehen wird, ist noch ungewiß, weil die Kosten des Landerwerbs den Wert des Festungsgeländes voraussichtlich übersteigen dürften.

Socialles.

Die Reichsten werden immer reicher.

Die Statistische Korrespondenz giebt eine Uebersicht über die Einkommen von mehr als 100 000 M. in Preußen und Sachsen in den Jahren 1896 bis 1900. Mit einem Jahreseinkommen von mehr als 100 000 M. waren zur Steuer veranlagt physische und juristische Personen:

	in Preußen	in Sachsen
1896	2038	394
1900	3277	583

In 4 Jahren also hat die Zahl dieser Allerreichsten in Preußen um rund 60 Prozent und in Sachsen um rund 50 Prozent zugenommen. In ungefähr gleichem Maße hat sich auch der Anteil dieser Geldsäcke an der Gesamtzahl der Eingeschätzten vermehrt; er betrug gleichmäßig in beiden Staaten 1896 0,02 auf Hundert und 1900 0,03 auf Hundert. Dies beweist, daß die riesige Vermehrung der Leute mit den größeren Einkommen nicht etwa in einer natürlichen Vermehrung der Steuerpflichtigen ihren Grund hat, sondern die oberen Einkommen werden einfach immer größer, so daß immer mehr Leute, die mit ihrem Einkommen in der Nähe von 100 000 M. sind, darüber hinausrücken. Diese Einkommen stammen ja nicht aus der eignen Arbeit der Besitzer, sondern aus Grundbesitz, Barvermögen und industriellen oder Handelsunternehmungen in der Weise, daß in den meisten Fällen alle drei genannten Einkommensquellen bei jedem einzelnen zusammenwirken dürften. Es ist also die Arbeit andrer, die diese Einkommen schafft. Abgesehen davon, daß das Steigen der Profite in den genannten Aufschwungsjahren zur Erhöhung der Zahl dieser Rieseneinkommen beigetragen hat, ist diese Erscheinung der Vermehrung des Reichtums dieser Reichsten zuzuschreiben; ihr Reichtum wächst und damit wächst ihr Einkommen. Und dieser Reichtum wächst auf Kosten der andren. Dieser Reichtum ist entstanden durch die Arbeit. Er ist aber den Arbeitenden, die ihn schufen, vorenthalten worden und ist zu den großen Haufen gelegt worden, deren Besitzer die Arbeitsmittel beherrschen.

Es hat sich aber nicht bloß die Zahl der Leute mit mehr als 100 000 Mark Jahreseinkommen vermehrt, vielmehr sind auch innerhalb dieser Gruppe die einzelnen Leute immer reicher geworden. Auf jeden mit über 100 000 M. Jahreseinkommen Veranlagten entfiel durchschnittlich:

	in Preußen		in Sachsen	
1896	257 000 M.	Jahreseinkommen	218 400 M.	Jahreseinkommen
1900	306 000 „	„	236 600 „	„

Jeder der 3277 preußischen Großkapitalisten hatte also im Jahre 1900 durchschnittlich 49 000 M. mehr Einkommen, als einer der 2038 Großkapitalisten im Jahre 1896; die Steigerung des Durchschnittseinkommens beträgt in den vier Jahren 19 Prozent. Das will bei solchen Riesensummen etwas ganz andres besagen, als wenn der Stundenlohn eines Arbeiters etwa von 30 Pf. auf 36 Pf. erhöht wird. Der Arbeiter muß dabei immer noch Hunger leiden, der Kapitalist aber erhöhte sein Einkommen wieder um 50 ganze Arbeiter-Jahreslöhne.

Rund 150 000 Arbeiterfamilien, die nicht wissen, wo sie Brot hernehmen sollen, könnten notdürftig leben von der Summe, um die sich das Einkommen dieser 3000 ohnehin schwerreichen Leute in dem kurzen Zeitraum von 4 Jahren vermehrt hat. Eine Million Arbeiterfamilien hat nicht mehr Einkommen, wie diese 3000 Großkapitalisten haben!

Trunkenheit als Unfallursache.

Wir teilten vor einiger Zeit mit, daß durch die Unfallverhütungsvorschriften für die Württembergische Bauberufsgenossenschaft der Genuß geistiger Getränke auf Bauten verboten wird und daß jeder Arbeiter, dem von seinem Vorgesetzten gesagt wird, er sei betrunken, sofort den Bau verlassen müsse. An diese von Bayern übernommene und unterdes noch mehrfach nachgeahmte Vorschrift knüpften wir damals schon die Bemerkung, daß, so sehr man Trunkenheit bei der Arbeit mißbilligen könne, doch in dem gänzlichen Verbot des Genusses geistiger Getränke nichts wie ein Ausfluß des üblichen Bevormundungssystems zu erblicken ist, das die Arbeiter sich hoffentlich auch noch vom Halse schaffen werden.

Im Fachblatt der Töpfer unterzieht nun G. H. (Heinke?) diese Art Unfallverhütung ebenfalls einer ausführlichen berechtigten Kritik. Besonders wichtig ist es dabei, daß er aus der amtlichen Unfallstatistik nachweist, eine wie geringe Rolle thatsächlich die Trunkenheit unter den Unfallursachen spielt. Nach der Statistik von 1897 wurden in diesem Jahre im Gebiet der gesamten berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung für 45 981 Unfälle erste Entschädigungen festgestellt. Von 44 896 dieser Unfälle wurde die Ursache nachgewiesen und davon entfallen auf die Rubrik „Leichtsinn, Balgerei und Neckerei, Trunksucht ꝛc. 533, also nur etwas über 1 Proz. Bei den Baugewerks-Berufsgenossenschaften wurden 1897 für 9156 Unfälle erste Entschädigungen festgestellt. Die Ursachen wurden bei 8960 Fällen nachgewiesen und davon entfallen auf die genannte Rubrik 97, also wiederum nur reichlich 1 Proz. Auf Trunkenheit allein, die in der Statistik nicht selbständig als Unfallursache nachgewiesen wird, entfallen demnach erheblich weniger wie 1 Proz. der Unfälle.

Diese Zahlen zeigen, daß Trunkenheit als Unfallursache so vereinzelt auftritt, daß zu einem allgemeinen Verbot des Genusses geistiger Getränke gar keine Veranlassung vorliegt. Die Arbeiter üben, von ganz vereinzelten Fällen abgesehen, genügend Selbstzucht, so daß zu solcher Bevormundung, die sie Kindern gleichstellt, nicht der geringste Grund vorhanden ist.

Auszahlung der Unfall- und Invalidenrenten. In der gestern von uns veröffentlichten Berichtigung des Postamtes 19 wird gesagt, daß die Renten während des ganzen Monats zu allen Dienststunden ausgezahlt werden, während unser Gewährsmann behauptet hatte, daß dies nur am 1. des Monats der Fall sei, an allen übrigen Tagen des Monats aber nur in den Frühstunden. Wir sind heute in der Lage, diesen Widerspruch aufklären zu können.

Das Postamt 19 zahlt allerdings während des ganzen Monats zu allen Dienststunden Renten aus; es besteht aber eine Verfügung der Ober-Postdirektion Berlin, daß Renten nur am 1. des Monats zu allen Dienststunden ausgezahlt werden, an den übrigen Tagen jedoch nur von 9 bis 12 Uhr vormittags. Diese Auszahlungszeiten werden Rentenempfängern bei gewissen postalischen Zustellungen auch vom Postamt 19 amtlich mitgeteilt, obwohl nicht danach verfahren wird.

Unsern Gewährsmann trifft also an diesem, wie gesagt nebensächlichen Irrtum in seiner Mitteilung keine Schuld. Es bestätigt sich aber, daß die Postbehörde die Rentenempfänger als eine Art Almosenempfänger behandelt, mit denen man nicht viel Geschichten zu machen braucht.

Vermischtes.

Ein aufsehenerregender Mordversuch ist gegen die verwitwete Bauerngutsbesitzerin Burisch zu Ragow bei Lübbenau verübt worden. Der Thäter ist nachts in das Haus eingedrungen und hat die Frau erdrosseln wollen, indem er ihr einen Sack über den Kopf zog und damit den Hals zuschnürte. Die Ueberfallene vermochte jedoch ihre Hand zwischen Hals und Schlinge zu drängen und vereitelte das Vorhaben des Mordgesellen. Als der That verdächtig ist der eigne Schwiegersohn der Witwe verhaftet worden.

Ein blutiger Zusammenstoß hat in Eberswalde Sonntagnacht zwischen Studierenden der Forstakademie und städtischen Wächtern stattgefunden. Eine Schar bezechter Akademiker durchzog gegen 3 Uhr morgens lärmend die Straßen und verhöhnte die Ruhe gebietenden Nachtwächter. Als diese die Tumultuanten behufs Feststellung der Namen zur Wache bringen wollten, zog ein Akademiker den Hirschfänger und versetzte einem Wächter einen scharfen Hieb über den Kopf. Von der Arretierung der Ruhestörer mußten die Wächter, weil sie der Uebermacht gegenüber ohnmächtig waren, Abstand nehmen. Der schlagfertige Akademiker ist ermittelt und am nächsten Tage verhaftet worden; da er aber nicht fluchtverdächtig erscheint, wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt.

Marktpreise von Berlin am 16. Dezember 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen, gut	D.-Ctr.	17,20	17,18	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	6,—	4,—
„ mittel	„	17,16	17,14	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,70	1,20
„ gering	„	17,12	17,10	do. Bauch	„	1,40	1,—
*) Roggen, gut	„	14,40	14,38	Schweinefleisch	„	1,70	1,30
„ mittel	„	14,36	14,34	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	14,32	14,30	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
†) Erbse, gut	„	14,50	13,90	Butter	„	2,80	2,—
„ mittel	„	13,80	13,20	Eier	60 Stück	5,80	2,80
„ gering	„	13,10	12,50	Karpfen	1 kg	2,20	1,—
†) Hafer, gut	„	17,10	16,50	Aale	„	2,50	1,40
„ mittel	„	16,40	15,80	Zander	„	2,50	1,20
„ gering	„	15,70	15,10	Hechte	„	2,00	1,—
Richtstroh	„	7,06	7,00	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	8,30	6,00	Schleie	„	2,80	1,40
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,—	25,—	Krebse	per Schock	15,—	3,—
Linsen	„	65,—	20,—				

*) ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 17. Dezember. Die Tendenz auf dem Getreidemarkt war fest auf die zunehmende Kälte und die Aussicht auf baldigen Schiffahrtschluß, wenn auch Preissteigerungen durch die schwachen Meldungen aus Oesterreich-Ungarn und Amerika verhindert wurden. Weizen und Roggen waren gut behauptet. Hier und in der Provinz macht sich Deckungsbedürfnis geltend. Mehl war ruhiger und ebenfalls nicht schwächer. Futterartikel ungleichmäßig. Hafer auf stärkere Zufuhren nachgebend, Mais fester auf Frostwetter. Rüböl ohne Geschäft.

Spiritus 10 Pf. niedriger, 70er loco 31,30 M.

Witterungsübersicht vom 17. Dezember 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	761	S	1	wolkig	−8	Kopparanda	758	ONO	2	wolkig	−11
Hamburg	760	SO	2	wolkenl	−7	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	762	SO	2	wolkenl	−7	Cork	767	W	3	heiter	3
Frankf./M.	760	WNW	2	wolkenl	−5	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	757	NO	3	bedeckt	−5	Paris	758	WNW	1	wolkenl	−4
Wien	760	S	1	Regen	2						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 18. Dezember 1901.
Etwas gelinder bei zunehmender Bewölkung, leichten Schneefällen und mäßigen südlichen Winden, später wieder aufklarend.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.